

Amtsblatt

der Europäischen Union

L 288

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

50. Jahrgang
6. November 2007

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden

VERORDNUNGEN

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1292/2007 des Rates vom 30. Oktober 2007 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Indien nach einer Überprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates und zur Einstellung einer teilweisen Interimsüberprüfung dieser Maßnahmen gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96** 1
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1293/2007 des Rates vom 30. Oktober 2007 zur Aufhebung sowie zur Rückzahlung bzw. zum Erlass der mit der Verordnung (EG) Nr. 1050/2002 auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs mit Ursprung in Taiwan eingeführten Antidumpingzölle und zur Aufhebung sowie zur Rückzahlung bzw. zum Erlass der mit der Verordnung (EG) Nr. 960/2003 auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs mit Ursprung in Indien eingeführten Ausgleichszölle und zur Einstellung des diesbezüglichen Verfahrens** 17
- Verordnung (EG) Nr. 1294/2007 der Kommission vom 5. November 2007 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 20
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1295/2007 der Kommission vom 5. November 2007 zur zollamtlichen Erfassung bestimmter zubereiteter oder haltbar gemachter Zitrusfrüchte (Mandarinen usw.) mit Ursprung in der Volksrepublik China** 22
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1296/2007 der Kommission vom 5. November 2007 über ein Fangverbot für Kabeljau im Skagerrak für Schiffe unter der Flagge Schwedens** 25

RICHTLINIEN

- ★ **Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken ⁽¹⁾** 27
-

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden*

ENTSCHEIDUNGEN UND BESCHLÜSSE

Kommission

2007/710/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 29. Oktober 2007 zur Änderung von Anlage B zu Anhang VII der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens hinsichtlich einiger Betriebe in der Fleisch-, Geflügelfleisch-, Fisch-, Milch- und Milcherzeugnisverarbeitung in Rumänien (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2007) 5210) ⁽¹⁾** 35
-

III *In Anwendung des EU-Vertrags erlassene Rechtsakte*

IN ANWENDUNG VON TITEL V DES EU-VERTRAGS ERLASSENE RECHTSAKTE

2007/711/GASP:

- ★ **Beschluss des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees BiH/11/2007 vom 25. September 2007 zur Ernennung eines EU-Befehlshabers des Einsatzkontingents für die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina** 60



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden)

VERORDNUNGEN

VERORDNUNG (EG) Nr. 1292/2007 DES RATES

vom 30. Oktober 2007

zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Indien nach einer Überprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates und zur Einstellung einer teilweisen Interimsüberprüfung dieser Maßnahmen gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽¹⁾ („Grundverordnung“), insbesondere auf Artikel 11 Absätze 2 und 3,

auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Beratenden Ausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

übrigen Unternehmen. Die Untersuchung, die zu der Verordnung (EG) Nr. 1676/2001 in der geänderten Fassung führte, wird als „Ausgangsuntersuchung“ bezeichnet.

- (2) Die im Zuge der Ausgangsuntersuchung eingeführten Maßnahmen gegenüber den Einfuhren aus Indien wurden mit der Verordnung (EG) Nr. 1975/2004 des Rates ⁽⁴⁾ auf Einfuhren von aus Brasilien und Israel versandten PET-Folien, ob als Ursprungserzeugnisse Brasiliens oder Israels angemeldet oder nicht, ausgeweitet.
- (3) Mit dem Beschluss 2001/645/EG ⁽⁵⁾ akzeptierte die Kommission die Verpflichtungsangebote von fünf indischen Herstellern mit Bezug auf die Ausgangsuntersuchung. Die Annahme dieser Verpflichtungen wurde mit dem Beschluss 2006/173/EG ⁽⁶⁾ widerrufen.

A. VERFAHREN

1. Geltende Maßnahmen

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1676/2001 ⁽²⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1424/2006 ⁽³⁾, hat der Rat einen endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in unter anderem Indien eingeführt. Bei den in den laufenden Überprüfungen untersuchten Maßnahmen handelt es sich um einen Wertzoll in Höhe von 0 % bis 18 % auf die Einfuhren von namentlich genannten Ausführern und in Höhe von 17,3 % auf die Einfuhren aller

- (4) Mit der Verordnung (EG) Nr. 367/2006, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1124/2007 ⁽⁷⁾, führte der Rat einen endgültigen Ausgleichszoll auf Einfuhren von PET-Folien mit Ursprung in Indien ein. Die Maßnahmen wurden in Form eines Wertzolls eingeführt, der für die Einfuhren von einzelnen namentlich genannten Ausführern zwischen 7 % und 19,1 % lag und für die Einfuhren aller übrigen Unternehmen 19,1 % betrug. Die Untersuchung, die zu der Verordnung (EG) Nr. 367/2006 in der geänderten Fassung führte, wird als „frühere Antisubventionsuntersuchung“ bezeichnet.

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2117/2005 (AbI. L 340 vom 23.12.2005, S. 17).

⁽²⁾ ABl. L 227 vom 23.8.2001, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 270 vom 29.9.2006, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 342 vom 18.11.2004, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 227 vom 23.8.2001, S. 56.

⁽⁶⁾ ABl. L 68 vom 8.3.2006, S. 37.

⁽⁷⁾ ABl. L 255 vom 29.9.2007, S. 1.

2. Überprüfungsantrag

- (5) Am 23. Mai und am 3. Juli 2006 reichten die nachstehend genannten Gemeinschaftshersteller einen Antrag auf Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens der geltenden Maßnahmen gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Grundverordnung sowie einen Antrag auf eine teilweise Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung, die auf die Untersuchung des Dumpings bei Jindal Poly Films Limited („Jindal“) beschränkt war, ein: Du Pont Teijin Films, Mitsubishi Polyester Film GmbH und Nuroll SpA („Antragsteller“). Auf die Antragsteller entfällt ein erheblicher Teil der PET-Folienproduktion in der Gemeinschaft.
- (6) Die Antragsteller behaupteten und legten hinreichende Anscheinsbeweise dafür vor, dass a) ein Anhalten oder ein erneutes Auftreten von Dumping und Schädigung des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft wahrscheinlich ist und b) sich die Umstände hinsichtlich des Dumpings, die zu den Maßnahmen gegenüber Jindal geführt hatten, dauerhaft geändert haben.

3. Untersuchung

- (7) Die Kommission kam nach Anhörung des Beratenden Ausschusses zu dem Schluss, dass die Beweislage ausreichte, um zwei Überprüfungen einzuleiten: eine Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens der Maßnahmen gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Grundverordnung („Auslaufüberprüfung“) und eine teilweise Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung; folglich leitete sie diese beiden Überprüfungen mit der Veröffentlichung der entsprechenden Bekanntmachungen am 22. August 2006 ⁽¹⁾ bzw. am 25. August 2006 ⁽²⁾ im *Amtsblatt der Europäischen Union* ein.
- (8) Die Interimsüberprüfung beschränkte sich auf die Untersuchung des Dumpingtatbestandes bei dem Unternehmen Jindal. Der Untersuchungszeitraum für beide Überprüfungen („UZÜ“) erstreckte sich vom 1. Juli 2005 bis zum 30. Juni 2006. Die Analyse der Entwicklungen, die für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung relevant sind, betraf den Zeitraum von 2003 bis zum Ende des UZÜ („Bezugszeitraum“).

4. Betroffene Parteien

- (9) Die Kommission unterrichtete die ausführenden Hersteller, die Vertreter des Ausfuhrlandes, die Gemeinschaftshersteller und die bekanntermaßen betroffenen Einführer und Verwender offiziell über die Einleitung der Auslaufüberprüfung. Bei beiden Überprüfungen erhielten die interessierten Parteien Gelegenheit, innerhalb der in den Einleitungsbekanntmachungen gesetzten Frist ihren Standpunkt schriftlich darzulegen und eine Anhörung zu beantragen.

(10) Alle interessierten Parteien, die einen entsprechenden Antrag stellten und nachwiesen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprachen, wurden gehört.

(11) In der Bekanntmachung der Auslaufüberprüfung war aufgrund der großen Anzahl ausführender Hersteller von PET-Folien in Indien, die im Antrag genannt wurden, ein Stichprobenverfahren gemäß Artikel 17 der Grundverordnung vorgesehen. Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden konnte, wurden alle ausführenden Hersteller aufgefordert, sich zu melden und die in der Einleitungsbekanntmachung genannten grundlegenden Informationen über ihre Tätigkeiten in Verbindung mit PET-Folien im UZÜ zu übermitteln. Sechs ausführende Hersteller in Indien waren zur Mitarbeit bereit. Von diesen sechs Herstellern wurden drei Unternehmen (Ester Industries Limited, Garware Polyester Limited und Jindal) für die Stichprobe ausgewählt und erhielten einen Fragebogen. Auf diese Unternehmen entfiel den Untersuchungsergebnissen zufolge das größte repräsentative Ausfuhrvolumen von PET-Folien, das gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Grundverordnung in angemessener Weise in der zur Verfügung stehenden Zeit untersucht werden konnte.

(12) Die Kommission sandte außerdem Fragebogen an alle anderen bekanntermaßen betroffenen Parteien und an alle Parteien, die sich innerhalb der in der Einleitungsbekanntmachung gesetzten Fristen selbst gemeldet hatten. Vier Gemeinschaftshersteller, die drei in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller, ein Einführer/Verwender sowie vier Verwender füllten die Fragebogen vollständig aus.

(13) Die Kommission holte alle Informationen ein, die sie für die Untersuchung von Dumping und Schädigung sowie der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder Wiederauftretens von Dumping und Schädigung und der Frage, ob eine Aufrechterhaltung der Maßnahmen im Interesse der Gemeinschaft läge, benötigte, und überprüfte sie. Bei den folgenden interessierten Parteien wurden Kontrollbesuche durchgeführt:

a) Gemeinschaftshersteller

- DuPont Teijin Films, Luxemburg,
- Mitsubishi Polyester Film GmbH, Deutschland,
- Nuroll SpA, Italien,
- Toray Plastics Europe, Frankreich.

b) Ausführende Hersteller in Indien

- Ester Industries Limited, Neu-Delhi,
- Garware Polyester Limited, Aurangabad,
- Jindal Poly Films Limited, Neu-Delhi.

⁽¹⁾ ABl. C 197 vom 22.8.2006, S. 2.

⁽²⁾ ABl. C 202 vom 25.8.2006, S. 16.

c) *Verbundener Einführer/Verwender in der Gemeinschaft*

— REXOR SAS, Frankreich.

d) *Einführer/Verwender*

— COVERNE SpA, Italien.

e) *Verwender*

— SAFTA SpA, Italien,

— METALVUOTO SpA, Italien.

B. BETROFFENE WARE UND GLEICHARTIGE WARE**1. Betroffene Ware**

- (14) Bei der betroffenen Ware handelt es sich um dieselbe Ware wie in der Ausgangsuntersuchung, d. h. um Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien, die gemeinhin unter den KN-Codes ex 3920 62 19 und ex 3920 62 90 eingereiht werden.

2. Gleichartige Ware

- (15) Wie die Ausgangsuntersuchung ergab auch diese Untersuchung, dass die in Indien hergestellten und auf dem indischen Inlandsmarkt verkauften PET-Folien und die aus Indien in die Gemeinschaft ausgeführten PET-Folien sowie die von den Gemeinschaftsherstellern produzierten und verkauften PET-Folien dieselben grundlegenden materiellen und technischen Eigenschaften aufweisen und denselben Verwendungszwecken zugeführt werden. Daher sind sie gleichartige Waren im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 der Grundverordnung.

C. TEILWEISE INTERIMSÜBERPRÜFUNG: DUMPING**1. Normalwert**

- (16) Zur Ermittlung des Normalwerts wurde zunächst für JINDAL geprüft, ob die Inlandsverkäufe repräsentativ im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 der Grundverordnung waren, d. h. ob sie mindestens 5 % der in die Gemeinschaft ausgeführten Verkaufsmenge der betroffenen Ware entsprachen.
- (17) Dann wurde für jeden Warentyp geprüft, ob die Inlandsverkäufe mindestens 5 % der in die Gemeinschaft ausgeführten Verkaufsmenge desselben Typs ausmachten.
- (18) Für die Warentypen, deren Inlandsverkäufe mindestens 5 % der Verkäufe desselben in die Gemeinschaft ausgeführten Typs entsprachen, wurde dann geprüft, ob hinreichende Mengen im normalen Handelsverkehr im Sinne des Artikels 2 Absatz 4 der Grundverordnung verkauft worden waren. Wenn das Volumen der Inlandsverkäufe eines Warentyps, die zu einem über den Produktionskosten liegenden Preis erfolgten, mehr als 80 % der gesamten Verkäufe jenes Warentyps ausmachten, stützte sich der Normalwert auf den tatsächlichen Inlandspreis, der als

gewogener Durchschnitt ermittelt wurde. Wenn die gewinnbringenden Verkäufe eines Warentyps höchstens 80 %, aber nicht weniger als 10 % des gesamten Verkaufsvolumens ausmachten, wurde dem Normalwert der tatsächlich gezahlte Inlandspreis zugrunde gelegt, der als gewogener Durchschnitt allein der gewinnbringenden Inlandsverkäufe dieses Warentyps ermittelt wurde. Für Warentypen, bei denen weniger als 10 % der auf dem Inlandsmarkt abgesetzten Menge über den Stückkosten verkauft wurden, wurde davon ausgegangen, dass der betreffende Warentyp nicht im normalen Handelsverkehr verkauft worden war; in diesen Fällen musste der Normalwert gemäß Artikel 2 Absatz 3 der Grundverordnung rechnerisch bestimmt werden.

- (19) Für die Warentypen, bei denen die Inlandspreise des ausführenden Herstellers wegen mangelnder Repräsentativität oder unzureichender Verkäufe im normalen Handelsverkehr nicht für die Ermittlung des Normalwerts herangezogen werden konnten, wurde der Normalwert gemäß Artikel 2 Absätze 3 und 6 der Grundverordnung rechnerisch ermittelt auf der Grundlage der dem fraglichen ausführenden Hersteller entstandenen Fertigungskosten zuzüglich eines angemessenen Betrags für Vertriebs-, Verwaltungs- und Gemeinkosten („VVG-Kosten“) und Gewinne.

- (20) Die VVG-Kosten basierten auf den Kosten, die dem ausführenden Hersteller in Bezug auf seine als repräsentativ angesehenen Inlandsverkäufe der betroffenen Ware entstanden waren. Die Gewinnspanne des Unternehmens wurde auf der Grundlage der gewogenen durchschnittlichen Gewinnspanne der Warentypen festgesetzt, die auf dem Inlandsmarkt in ausreichenden Mengen im normalen Handelsverkehr verkauft wurden.

2. Ausführpreis

- (21) Der überwiegende Teil der Ausführverkäufe der betroffenen Ware in die Gemeinschaft während des UZÜ ging an unabhängige Abnehmer. Deshalb wurde der Ausführpreis gemäß Artikel 2 Absatz 8 der Grundverordnung auf der Grundlage der tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Ausführpreise ermittelt.
- (22) Einige der Ausführverkäufe gingen an ein verbundenes Unternehmen in der Gemeinschaft. Dieses Unternehmen verkaufte die Waren nicht direkt weiter, sondern unterzog sie einer umfangreichen Weiterverarbeitung, so dass der Ausführpreis der betroffenen Ware nicht auf der Grundlage des Weiterverkaufspreises des verarbeiteten Erzeugnisses ermittelt werden konnte (vgl. Artikel 2 Absatz 9). Die von JINDAL dem mit ihm verbundenen Unternehmen in Rechnung gestellten Preise wurden mit den Preisen verglichen, die das Unternehmen im UZÜ seinen unabhängigen Abnehmern in der Gemeinschaft für dieselben Warentypen berechnete. Da sich die beiden Preise bei allen Warentypen entsprachen, wurde der Schluss gezogen, dass die Preise, die JINDAL dem mit ihm verbundenen Unternehmen in der Gemeinschaft in Rechnung stellte, zuverlässig waren und für die Berechnung des Ausführpreises herangezogen werden konnten.

3. Vergleich

- (23) Der Normalwert und der Ausführpreis wurden auf der Stufe ab Werk miteinander verglichen. Im Interesse eines fairen Vergleichs wurden gemäß Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung gebührende Berichtigungen für Abweichungen vorgenommen, die die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussten. Sofern die entsprechenden Anträge gerechtfertigt und belegt waren, wurden Berichtigungen für Unterschiede bei Preisnachlässen und Rabatten, Transport-, Versicherungs-, Bereitstellungs-, Verlade- und Nebenkosten, Verpackungs- und Kreditkosten sowie Provisionen zugestanden.
- (24) Jindal beantragte ferner eine Berichtigung des Normalwerts für die gemäß der Advance-Licence-Regelung (Advance Licence Scheme, ALS) nicht erhobenen Zölle auf Einfuhren von Rohstoffen, die bei der Herstellung von Ausfuhrwaren eingesetzt werden. Im Rahmen der ALS können Rohstoffe zollfrei eingeführt werden, sofern das Unternehmen das Fertigerzeugnis in einer Menge und zu einem Wert wieder ausführt, die im Einklang mit den offiziell festgelegten Standard Input/Output Norms (SION) festgelegt werden. Einfuhren unter der ALS können entweder für die Herstellung von Ausfuhrwaren oder für inländische Vorleistungen für die Produktion dieser Waren verwendet werden. Das Unternehmen machte geltend, dass die Ausfuhren der betroffenen Ware in die Gemeinschaft dazu dienen, die Vorgaben der ALS in Bezug auf die eingeführten Rohstoffe zu erfüllen. Da das Unternehmen den Untersuchungsergebnissen zufolge im UZÜ ohnehin nicht gedumpte hatte, wurde keine Schlussfolgerung dahingehend gezogen, ob dieser Einwand berechtigt gewesen war, da dies für das Ergebnis der Überprüfung nicht von Belang gewesen wäre.

4. Dumpingspanne

- (25) Zur Ermittlung der Dumpingspanne wurde gemäß Artikel 2 Absatz 11 der Grundverordnung der gewogene durchschnittliche Normalwert mit dem gewogenen durchschnittlichen Ausführpreis verglichen.
- (26) Der Vergleich ergab eine negative Dumpingspanne.

5. Dauerhafte Veränderung der Umstände

- (27) Im Einklang mit Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung wurde auch geprüft, ob die im Laufe dieser Untersuchung getroffenen Feststellungen als dauerhaft angesehen werden konnten.

- (28) Bekanntlich wurde in zwei aufeinanderfolgenden Untersuchungen, die in die Verordnung (EG) Nr. 1676/2001 bzw. in die Verordnung (EG) Nr. 390/2005 des Rates⁽¹⁾ mündeten, festgestellt, dass Jindal nicht gedumpte hatte. Diese Feststellungen wurden in der laufenden Untersuchung bestätigt und es deutet nichts darauf hin, dass der Tatbestand des Nichtdumpings nicht von Dauer ist.
- (29) Nach Auffassung der Kommission führen die geltenden Maßnahmen in Bezug auf Jindal zu dem angestrebten Ergebnis und sollten daher unverändert aufrechterhalten werden.

D. UNTERSUCHUNG WEGEN BEVORSTEHENDEN AUSSERKRAFTTRETENS DER MASSNAHMEN

D.1. WAHRSCHEINLICHKEIT EINES ANHALTENS ODER ERNEUTEN AUFTRETENS DES DUMPINGS

1. Vorbemerkungen

- (30) Eurostat-Daten zufolge belief sich im UZÜ das aus Indien in die Gemeinschaft eingeführte Volumen der betroffenen Ware auf 23 472 Tonnen. Davon entfielen im UZÜ 97 % auf die drei Unternehmen der Stichprobe; Jindal allein exportierte rund 90 % des gesamten Volumens, das im UZÜ aus Indien in die Gemeinschaft ausgeführt wurde.
- (31) Im Untersuchungszeitraum (UZ) der Ausgangsuntersuchung (1. April 1999 bis 31. März 2000) betrug das Einfuhrvolumen aus Indien 50 590 Tonnen. Im UZ der früheren Antisubventionsuntersuchung (1. Oktober 2003 bis 30. September 2004) betrug das Einfuhrvolumen aus Indien 12 679 Tonnen.

2. Dumping von Einfuhren während des UZÜ

2.1. Vorbemerkung

- (32) Wie unter Randnummer 11 erläutert, bestand die Stichprobe aus drei ausführenden Herstellern. Für Jindal gelten die Feststellungen unter den Randnummern 16 bis 26.

2.2. Normalwert

- (33) Zur Ermittlung des Normalwerts für die Unternehmen Garware und Ester wurde zunächst geprüft, ob die von den beiden ausführenden Herstellern angegebenen Inlandsverkäufe repräsentativ im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 der Grundverordnung waren, d. h. ob sie mindestens 5 % der angegebenen in die Gemeinschaft ausgeführten Verkaufsmenge der betroffenen Ware entsprachen.

⁽¹⁾ ABl. L 63 vom 10.3.2005, S. 1.

- (34) Dann wurde für jeden Warentyp geprüft, ob die Inlandsverkäufe mindestens 5 % der in die Gemeinschaft ausgeführten Verkaufsmenge desselben Typs ausmachten.
- (35) Für die Warentypen, deren Inlandsverkäufe mindestens 5 % der Verkäufe desselben in die Gemeinschaft ausgeführten Typs entsprachen, wurde dann geprüft, ob hinreichende Mengen im normalen Handelsverkehr im Sinne des Artikels 2 Absatz 4 der Grundverordnung verkauft worden waren. Wenn das Volumen der Inlandsverkäufe eines Warentyps, die zu einem über den Produktionskosten liegenden Preis erfolgten, mehr als 80 % der gesamten Verkäufe jenes Warentyps ausmachten, stützte sich der Normalwert auf den tatsächlichen Inlandspreis, der als gewogener Durchschnitt ermittelt wurde. Wenn die gewinnbringenden Verkäufe eines Warentyps höchstens 80 %, aber nicht weniger als 10 % des gesamten Verkaufsvolumens ausmachten, wurde dem Normalwert der tatsächlich gezahlte Inlandspreis zugrunde gelegt, der als gewogener Durchschnitt allein der gewinnbringenden Inlandsverkäufe dieses Warentyps ermittelt wurde. Für Warentypen, bei denen weniger als 10 % der auf dem Inlandsmarkt abgesetzten Menge über den Stückkosten verkauft wurden, wurde davon ausgegangen, dass der betreffende Warentyp nicht im normalen Handelsverkehr verkauft worden war; in diesen Fällen musste der Normalwert gemäß Artikel 2 Absatz 3 der Grundverordnung rechnerisch bestimmt werden.
- (36) Für die Warentypen, bei denen die Inlandspreise des ausführenden Herstellers wegen mangelnder Repräsentativität oder unzureichender Verkäufe im normalen Handelsverkehr nicht für die Ermittlung des Normalwerts herangezogen werden konnten, wurde der Normalwert gemäß Artikel 2 Absätze 3 und 6 der Grundverordnung rechnerisch ermittelt auf der Grundlage der dem fraglichen ausführenden Hersteller entstandenen Fertigungskosten zuzüglich eines angemessenen Betrags für Vertriebs-, Verwaltungs- und Gemeinkosten („VVG-Kosten“) und Gewinne.
- (37) Die VVG-Kosten basierten auf den Kosten, die dem ausführenden Hersteller in Bezug auf seine als repräsentativ angesehenen Inlandsverkäufe der betroffenen Ware entstanden waren. Die Gewinnspanne des Unternehmens wurde auf der Grundlage der gewogenen durchschnittlichen Gewinnspanne der Warentypen festgesetzt, die auf dem Inlandsmarkt in ausreichenden Mengen im normalen Handelsverkehr verkauft wurden.
- 2.3. *Ausfuhrpreis*
- (38) Hinsichtlich der Bestimmung der Ausfuhrpreise sei daran erinnert, dass im Rahmen dieser Untersuchung festgestellt werden soll, ob bei einer Aufhebung der Maßnahmen das Dumping anhalten oder erneut auftreten würde. Vor diesem Hintergrund durfte sich die Kommission bei der Bestimmung der Ausfuhrpreise für die Dumpingberechnung nicht nur auf das bisherige Verhalten der Ausführer stützen, sondern musste auch der wahrscheinlichen künftigen Entwicklung der Ausfuhrpreise Rechnung tragen. Mit anderen Worten: Es musste geprüft werden, ob die bisherigen Ausfuhrpreise zuverlässige Anhaltspunkte für die künftig zu erwartenden Ausfuhrpreise liefern.
- (39) Da während eines Teils des UZÜ Preisverpflichtungen bestanden, wurde insbesondere geprüft, ob diese Preisverpflichtungen die Zuverlässigkeit der bisherigen Ausfuhrpreise für die Bestimmung des künftigen Ausfuhrverhaltens beeinträchtigt haben. Die Annahme dieser Preisverpflichtungen von Garware und Ester wurde am 9. März 2006 widerrufen, der UZÜ erstreckt sich jedoch auf den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis zum 30. Juni 2006. Den Untersuchungsergebnissen zufolge tätigten Garware und Ester ihre Ausfuhrgeschäfte im Rahmen der Preisverpflichtungen während des UZÜ zu Preisen die relativ nah am Mindesteinfuhrpreis (MEP) lagen, was Zweifel daran aufkommen lässt, ob diese Preise als dauerhaft angesehen werden können und unabhängig vom MEP festgelegt wurden. Unter Randnummer 28 der Verordnung (EG) Nr. 366/2006 des Rates⁽¹⁾ wurde bereits ähnlich argumentiert.
- (40) Bei Garware machten die Geschäfte, die während des UZÜ, aber nach dem Widerruf der Preisverpflichtung, getätigt wurden, rund 20 % des gesamten Ausfuhrvolumens aus und erfolgten auch kontinuierlich nach dem Widerruf der Preisverpflichtung. Angesichts der Mengen, die nach dem 8. März 2006 ausgeführt wurden, werden die Preise dieser Ausfuhr als aussagekräftige Hinweise darauf angesehen, wie Garware seine Preise ohne Verpflichtungen gestaltet hätte. Folglich wurde der Ausfuhrpreis für alle von Garware im gesamten UZÜ ausgeführten Mengen auf der Grundlage der Preise dieser Geschäfte berechnet.
- (41) Bei Ester machten die Geschäfte, die nach dem Widerruf der Preisverpflichtung getätigt wurden, rund 5 % des gesamten Ausfuhrvolumens aus und beschränkten sich auf einen sehr kurzen Zeitraum unmittelbar im Anschluss an den Widerruf. Aus diesem Grund können die Preise dieser Geschäfte nicht als repräsentativ für die Ausfuhrpreise angesehen werden, die das Unternehmen ohne Preisverpflichtung in Rechnung gestellt hätte. Unter Randnummer 39 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die von Ester vor dem Widerruf in Rechnung gestellten Preise für Ausfuhr in die Gemeinschaft sehr nahe am MEP lagen. Zudem ergab die Untersuchung, dass die Preise der Ausfuhr von Ester in andere Drittländer sowohl im

(1) ABl. L 68 vom 8.3.2006, S. 6.

gewogenen Durchschnitt als auch für die einzelnen Warentypen erheblich niedriger waren als die Preise der Ausfuhren in die Gemeinschaft, so dass ohne Verpflichtungen die Preise der Ausfuhren in die Gemeinschaft wahrscheinlich an die Preise der Ausfuhren der entsprechenden Warentypen in andere Drittländer angeglichen würden. Aus diesem Grund wurde der Schluss gezogen, dass in dieser Auslaufüberprüfung die Preise der Ausfuhren von Ester in die Gemeinschaft nicht zur Ermittlung zuverlässiger Ausführpreise im Sinne des Artikels 2 Absatz 8 der Grundverordnung herangezogen werden konnten. Da Ester die betroffene Ware im UZÜ in erheblichen Mengen auf dem Weltmarkt verkaufte, wurde beschlossen, den Ausführpreis auf der Basis der Preise zu ermitteln, die in allen Drittländern für die Typen gezahlt wurden oder zu zahlen waren, die während des Zeitraums des UZÜ in die Gemeinschaft verkauft wurden, in dem die Preisverpflichtung galt. Für den Teil des UZÜ, der auf den Widerruf der Preisverpflichtung folgte, wurde der Ausführpreis anhand der tatsächlich in der Gemeinschaft gezahlten oder zu zahlenden Preise ermittelt.

2.4. Vergleich

- (42) Der Normalwert und der Ausführpreis wurden auf der Stufe ab Werk miteinander verglichen. Im Interesse eines fairen Vergleichs wurden gemäß Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung gebührende Berichtigungen für Abweichungen vorgenommen, die die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussten. Sofern die entsprechenden Anträge gerechtfertigt und belegt waren, wurden Berichtigungen für Unterschiede bei Transport-, Versicherungs-, Bereitstellungs-, Verlade- und Nebenkosten, Provisionen, Verpackungs- und Kreditkosten zugestanden.
- (43) Die ausführenden Hersteller beantragten ferner für eine begrenzte Anzahl von Ausfuhrgeschäften eine Berichtigung des Ausführpreises gemäß Artikel 2 Absatz 10 Buchstabe k der Grundverordnung für die im Rahmen der „Duty-Entitlement-Passbook“-Regelung („DEPB-Regelung“) auf Nachausfuhrbasis entstandenen Vorteile. Im Rahmen dieser Regelung können die bei der Ausfuhr der betroffenen Ware ausgestellten Gutschriften gegen die Einfuhrabgaben beliebiger Waren aufgerechnet oder aber ohne weiteres an andere Unternehmen verkauft werden. Außerdem müssen die eingeführten Waren nicht ausschließlich zur Herstellung der Ausfuhrware verwendet werden. Die Hersteller wiesen nicht nach, dass die Vorteile aus der DEPB-Regelung auf Nachausfuhrbasis die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussten, und insbesondere nicht, dass die Abnehmer auf dem Inlandsmarkt wegen der DEPB-Vorteile durchgehend andere Preise zahlten. Daher wurde der Antrag zurückgewiesen.

2.5. Dumpingspanne

- (44) Zur Ermittlung der Dumpingspanne wurde gemäß Artikel 2 Absatz 11 der Grundverordnung der gewogene durchschnittliche Normalwert mit dem gewogenen

durchschnittlichen Ausführpreis verglichen. Basierten die Ausführpreise auf den Preisen der Ausfuhren in Drittländer, wurden je Warentyp entsprechende cif-Werte errechnet, und zwar auf der Grundlage des Ab-Werk-Preises der Ausfuhren in Drittländer zuzüglich der gewogenen durchschnittlichen Differenz zwischen dem Ab-Werk-Preis und dem cif-Preis der Ausfuhren in die Gemeinschaft.

- (45) Der Vergleich ergab eine Dumpingspanne zwischen 15 % und 25 %. Es sei daran erinnert, dass für Jindal eine negative Dumpingspanne festgestellt wurde (vgl. Randnummer 26).

3. Einfuhrentwicklung im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen

Auswirkungen des Außerkrafttretens der geltenden Maßnahmen auf die gedumpten Einfuhren

3.1. Ungenutzte Produktionskapazitäten

- (46) Die Kapazitätsreserven aller bekannten indischen Ausführer während des UZÜ betragen schätzungsweise 32 000 Tonnen. Davon entfielen jedoch ungefähr 25 000 Tonnen auf indische Ausführer, die einem Antidumpingzoll von 0 % unterlagen. Ein Außerkrafttreten der Antidumpingmaßnahmen dürfte die Ausfuhrpolitik dieser Unternehmen nur geringfügig beeinflussen. Nur etwa 7 000 Tonnen entfielen demnach auf indische Ausführer mit einem Antidumpingzoll über 0 %. Diese Kapazitätsreserve, die im UZÜ ungefähr 30 % des gesamten Einfuhrvolumens der betroffenen Ware aus Indien in die Gemeinschaft und 3 % des Gemeinschaftsverbrauchs entsprach, könnte bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen für Ausfuhren in die Gemeinschaft genutzt werden.

3.2. Anreize zur Umleitung der Verkäufe in die Gemeinschaft

- (47) Ein Typenvergleich ergab, dass für die indischen Ausführer der Stichprobe mit einer Dumpingspanne über 0 % die Preise der Ausfuhren in Drittländer im UZÜ 20 % bis 30 % niedriger waren als die Preise ihrer Ausfuhren in die Gemeinschaft. Die Mengen, die die beiden Ausführer in nicht zur EU gehörende Länder verkauften, machten 80 % bis 90 % ihrer gesamten Ausfuhrverkäufe aus. Es wurde daher die Auffassung vertreten, dass die Preise der Ausfuhren in andere Drittländer als Hinweis auf das im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen anzunehmende Preisniveau der Ausfuhrverkäufe in die Gemeinschaft angesehen werden können.
- (48) Einige der weltweit größten Ausfuhrmärkte für PET-Folien sind durch hohe Zölle geschützt. So unterliegen vor allem Einfuhren von PET-Folien aus Indien in die USA Antidumpingzöllen zwischen 2,32 % und 24,11 % und Ausgleichszöllen, die je nach Ausführer zwischen 9 % und 25,27 % liegen.

3.3. Schlussfolgerung

- (49) Es wird daher der Schluss gezogen, dass angesichts der Preisniveaus, der Kapazitätsreserven und der beschriebenen Anreize bei einem Außerkrafttreten der Antidumpingmaßnahmen i) ein Anhalten des Dumpings und ii) eine Zunahme des Ausfuhrvolumens in die Gemeinschaft wahrscheinlich sind.

D.2. DEFINITION DES WIRTSCHAFTSZWEIGS DER GEMEINSCHAFT

- (50) Vier Gemeinschaftshersteller (Dupont Teijin Films, Mitsubishi Polyester Film GmbH, Nuroll SPA und Toray Plastics Europe) arbeiteten uneingeschränkt an der Untersuchung mit. Im UZÜ entfielen rund 95 % der Gemein-

schaftsproduktion auf diese Hersteller. Sie bilden somit den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 und des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung.

- (51) Seit der Ausgangsuntersuchung hat sich die Lage der Gemeinschaftsproduktion von PET-Folien verändert. Kodak Industrie, Frankreich, hat seine PET-Folien-Produktion in der Gemeinschaft aufgegeben und 3M hat seine Produktion auf I.T.P. SPA, Italien, übertragen, das seine Produktionsanlagen auf neue und andere Produkte umstellt. Nicht zu vergessen, dass mit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 das Unternehmen Fatra a.s. (mit Sitz in der Tschechischen Republik) Teil der Gemeinschaftsproduktion ist.

D.3. LAGE AUF DEM GEMEINSCHAFTSMARKT

1. Gemeinschaftsverbrauch

- (52) Der Gemeinschaftsverbrauch insgesamt wurde anhand der Eurostat-Einfuhrstatistiken, der Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft in der Gemeinschaft und der Verkäufe anderer Gemeinschaftshersteller ermittelt.

Tabelle 1

Gemeinschaftsverbrauch	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Menge (in Tonnen)	253 890	250 231	251 612	257 177
Index (2003 = 100)	100	99	99	101

- (53) Gegenüber 2003 nahm der Verbrauch im UZÜ um 1 % bzw. mehr als 3 000 Tonnen zu.

2. Einfuhren aus Indien, Brasilien und Israel: Menge, Marktanteil und Einfuhrpreise

- (54) Die Menge der Einfuhren aus Indien in die Gemeinschaft stieg zwischen 2003 und dem UZÜ um 86 %, der Marktanteil vergrößerte sich von 5 % auf 9 %, während die Preise um 12 % fielen. Die Angaben stützen sich auf Eurostat-Statistiken.

Tabelle 2

Einfuhren aus Indien	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Menge (in Tonnen)	12 597	15 972	23 912	23 472
Index (2003 = 100)	100	127	190	186
Marktanteil	5 %	6 %	10 %	9 %
Preis (EUR/Tonne)	2 005	1 890	1 866	1 755
Index (2003 = 100)	100	94	93	88

- (55) Nach der Ausweitung der für Einfuhren aus Indien geltenden Antidumpingzölle auf die Einfuhren aus Brasilien und Israel, mit denen, wie unter Randnummer 2 beschrieben, die Maßnahmen umgangen wurden, haben diese beiden Länder ihre Einfuhren deutlich zurückgefahren. Die Preise für PET-Folien mit Ursprung in diesen Ländern schnellten nach Einführung der Anti-Umgehungsmaßnahmen um 219 % in die Höhe.

Tabelle 3

Einfuhren aus Brasilien und Israel	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Menge (in Tonnen)	6 855	5 527	271	419
Index (2003 = 100)	100	91	5	6
Marktanteil	2 %	2 %	0 %	0 %
Preis (EUR/Tonne) Quelle: Eurostat	1 581	1 741	4 170	3 461
Index (2003 = 100)	100	110	264	219

- (56) Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass den Ergebnissen dieser Untersuchung zufolge Jindal nicht gedumpte hat und dass für andere Unternehmen (namentlich Flex Industries Limited und Polyplex Corporation Limited) in früheren Untersuchungen ebenfalls kein Dumping festgestellt wurde. In der laufenden Untersuchung werden daher nur gedumpte Einfuhren aus Indien und Einfuhren, mit denen die Antidumpingmaßnahmen umgangen wurden, berücksichtigt. Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, gingen die gedumpten Einfuhren aus Indien sowie die Einfuhren, die Anti-Umgehungsmaßnahmen unterlagen, zwischen 2003 und dem UZÜ um 70 % zurück. Dieser Einbruch ist weitgehend auf die Einführung der Anti-Umgehungsmaßnahmen gegenüber den Einfuhren aus Brasilien und Israel zurückzuführen.

Tabelle 4

Einfuhren aus Indien, Brasilien und Israel (insgesamt)	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Menge (in Tonnen)	10 383	8 881	3 618	2 766
Index (2003 = 100)	100	86	35	27
Marktanteil	4 %	4 %	1 %	1 %
Preis (EUR/Tonne)	1 855	1 852	1 891	1 785

Quelle: Eurostat-Daten und Angaben der Unternehmen.

3. Einfuhren aus anderen Drittländern

- (57) Die Einfuhren aus anderen Drittländern stiegen im Bezugszeitraum um 24 % (von rund 62 000 Tonnen im Jahr 2003 auf rund 77 000 Tonnen im UZÜ); gleichzeitig vergrößerte sich der Anteil dieser Einfuhren am Gemeinschaftsmarkt um 5 Prozentpunkte (von 25 % auf 30 %). Die wichtigsten Einfuhrländer waren Südkorea, die Vereinigten Staaten, Thailand und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der Durchschnittspreis pro Tonne fiel zwischen 2003 und dem UZÜ um 11 %. Die Angaben stützen sich auf Eurostat-Statistiken.

Tabelle 5

Land		2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Südkorea	Einfuhren (in Tonnen)	25 895	23 983	22 225	23 878
	Index (2003 = 100)	100	93	86	92
	Marktanteil	10 %	10 %	9 %	9 %
	Preis (EUR/Tonne)	2 137	2 146	2 239	2 098
USA	Einfuhren	14 611	18 636	20 544	13 432
	Index (2003 = 100)	100	128	141	92
	Marktanteil	6 %	7 %	8 %	5 %
	Preis (EUR/Tonne)	7 575	6 067	4 974	6 690
Thailand	Einfuhren	2 858	6 511	8 647	8 647
	Index (2003 = 100)	100	228	303	303
	Marktanteil	1 %	3 %	3 %	3 %
	Preis (EUR/Tonne)	1 742	1 764	1 811	1 758
Vereinigte Arabische Emirate	Einfuhren (in Tonnen)	1	26	2 478	5 898
	Index (2004 = 100)		100	9 422	22 427
	Marktanteil		0 %	1 %	2 %
	Preis (EUR/Tonne)		2 872	1 854	1 790
Insgesamt Südkorea, USA, Thailand und Vereinigte Arabische Emirate	Einfuhren (in Tonnen)	43 366	49 157	53 894	51 855
	Index (2003 = 100)	100	80	100	110
	Marktanteil	17 %	20 %	21 %	20 %
Alle Länder außer In- dien, Brasilien und Is- rael	Einfuhren (in Tonnen)	62 300	65 683	74 191	77 054
	Index (2003 = 100)	100	105	119	124
	Marktanteil	25 %	26 %	30 %	30 %
Preis	Gewogener Durchschnittspreis (EUR/Tonne)	3 848	3 756	3 431	3 428
	Index	100	98	90	89

4. Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft

- (58) Gemäß Artikel 3 Absatz 5 der Grundverordnung prüfte die Kommission alle Wirtschaftsfaktoren und -indizes, die die Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft beeinflussen.

4.1. Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

- (59) Im Bezugszeitraum blieb die Produktionskapazität unverändert bei rund 190 000 Tonnen, während Produktion und Kapazitätsauslastung um 4 % zurückgingen.

Tabelle 6

	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Produktion (in Tonnen)	176 682	175 465	165 348	168 875
Index (2003 = 100)	100	99	94	96
Kapazität (in Tonnen)	190 694	185 863	186 721	189 832
Index (2003 = 100)	100	97	98	100
Kapazitätsauslastung	93 %	94 %	89 %	89 %
Index (2003 = 100)	100	101	96	96

4.2. Lagerbestände

- (60) Die Lagerbestände der betroffenen Ware sanken zwischen 2003 und 2004 von 23 929 Tonnen auf 22 241 Tonnen, wuchsen 2005 wieder an, um im UZÜ auf 21 272 Tonnen zurückzugehen. Der Abbau der Lagerbestände war im Wesentlichen eine Folge des Produktionsrückgangs.

Tabelle 7

Lagerbestände	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Tonnen	23 929	22 241	23 209	21 272
Index (2003 = 100)	100	93	97	89

4.3. Volumen der Verkäufe an unabhängige Abnehmer in der Gemeinschaft und Marktanteil

- (61) Das vom Wirtschaftszweig der Gemeinschaft an unabhängige Abnehmer auf dem Gemeinschaftsmarkt abgesetzte Volumen ging zwischen 2003 und 2005 um 5 % von 142 755 Tonnen auf 135 956 Tonnen zurück; von 2005 bis zum UZÜ nahmen die Verkäufe wieder leicht zu, erreichten aber nur 98 % des Verkaufsvolumens von 2003. Die Verkäufe an verbundene Unternehmen sind mit 200 bis 300 Tonnen/pro Jahr im Bezugszeitraum zu vernachlässigen. Der Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft schrumpfte zwischen 2003 und dem UZÜ um 2 Prozentpunkte.

Tabelle 8

	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Verkaufsmenge (Tonnen)	142 755	144 282	135 956	139 212
Index (2003 = 100)	100	101	95	98
Marktanteil am Gesamtverbrauch	56 %	58 %	54 %	54 %

4.4. Verkaufspreise und Kosten

- (62) Die Stückpreise fielen im Bezugszeitraum um 2 %: von 2 891 EUR/Tonne 2003 auf 2 819 EUR/Tonne im UZÜ, gleiches gilt für die Durchschnittskosten pro Tonne, die von 3 216 EUR/Tonne 2003 auf 3 137 EUR/Tonne im UZÜ sanken. Trotz eines massiven Anstiegs der Durchschnittskosten bei den meisten Rohstoffen (aufgrund der Explosion der Ölpreise) wurden die Stückkosten gesenkt. Die Zahlen zeigen, dass der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft keine kostendeckenden Verkaufspreise verlangen konnte, wollte er nicht zu viele Marktanteile verlieren.

Tabelle 9

	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Gewogener Durchschnittspreis (EUR/Tonne)	2 891	2 865	2 929	2 819
Index	100	99	101	98
Gewogene Durchschnittskosten (EUR/Tonne)	3 216	3 112	3 152	3 137
Index (2003 = 100)	100	97	98	98

4.5. Wachstum

- (63) Der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft büßte auf einem leicht wachsenden Markt im Bezugszeitraum Marktanteile ein.

4.6. Beschäftigung, Produktivität und Löhne

- (64) Die Beschäftigung im Wirtschaftszweig der Gemeinschaft sank von 2003 bis zum UZÜ um 13 %. Obwohl der Durchschnittslohn je Beschäftigten um 5 % zunahm, gelang es durch Rationalisierungsmaßnahmen die Produktivität je Beschäftigten um 9 % zu steigern. Damit sanken die Arbeitskosten pro Tonne um 4 %.

Tabelle 10

	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Beschäftigung	2 263	2 112	2 027	1 978
Index (2003 = 100)	100	93	90	87
Produktivität (in Tonnen je Beschäftigten)	78	83	82	85
Index (2003 = 100)	100	106	104	109
Löhne (in 1 000 EUR)	138 876	132 916	129 098	127 375
Index (2003 = 100)	100	96	93	92
Durchschnittslohn je Beschäftigten	61 362	62 922	63 669	64 407
Index (2003 = 100)	100	103	104	105
Löhne je produzierte Tonne (in EUR)	786	758	781	754
Index (2003 = 100)	100	96	99	96

4.7. Rentabilität und Kapitalrendite

- (65) Die Rentabilität ist Ausdruck der Gewinne, die mit dem Verkauf der betroffenen Ware in der Gemeinschaft erzielt wurden. Die Kapitalrendite wurde auf der Grundlage der Gesamtkapitalrentabilität berechnet.
- (66) Rentabilität und Kapitalrendite der Verkäufe der betroffenen Ware an unabhängige Abnehmer in der Gemeinschaft blieben im Bezugszeitraum trotz eines schwachen Aufwärtstrends in den Jahren 2004 und 2005 negativ. Im UZÜ waren Rentabilität und Kapitalrendite mit – 11 % bzw. – 3,1 % besonders niedrig, nachdem sie nach 2005 nochmals zurückgegangen waren.

Tabelle 11

	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Rentabilität	– 11,2 %	– 8,6 %	– 7,6 %	– 11,3 %
Index (2003=100)	– 100	– 77	– 68	– 101
Kapitalrendite (RoI)	– 2,6 %	– 2,1 %	– 1,9 %	– 3,1 %
Index (2003 = 100)	– 100	– 81	– 75	– 118

4.8. Cashflow

- (67) Vor allem im UZÜ nahm der Cashflow eine negative Entwicklung.

Tabelle 12

	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Cashflow (in 1 000 EUR)	35 305	34 690	21 980	15 128
Index (2003 = 100)	100	98	62	43

4.9. Investitionen und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten

Tabelle 13

	2003	2004	2005	UZÜ (1.7.2005—30.6.2006)
Investitionen (in 1 000 EUR)	21 745	18 131	16 772	17 724
Index (2003=100)	100	83	77	82

- (68) Zwischen 2003 und dem UZÜ sanken die Investitionen in die Produktion von PET-Folien um 18 %. Im UZÜ erhöhte sich der Wert der Investitionen gegenüber den Zahlen von 2005 zwar wieder um 6 %, blieb jedoch unter dem Wert von 2003. Die Untersuchung ergab, dass die Investitionen vor allem der Verbesserung der Produktqualität und der Aufrechterhaltung der Produktionskapazität dienten.
- (69) Das niedrige Investitionsniveau lässt sich weitgehend dadurch erklären, dass die Mutterunternehmen des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft offensichtlich nicht in unrentable Tätigkeiten wie die Produktion von PET-Folien in Europa investieren bzw. keine Garantien für solche Investitionen übernehmen wollten.

4.10. Höhe der Dumpingspanne und Erholung von bisherigem Dumping

- (70) Bei der Untersuchung der Höhe der Dumpingspanne wird der Tatsache Rechnung getragen, dass bereits Maßnahmen in Kraft sind, die schädigendes Dumping beseitigen sollen. Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass einer der ausführenden Hersteller der Stichprobe nach wie vor gedumpte Ware in die Gemeinschaft einführt. Die Dumpingspanne war zwar hoch, ist aber im UZÜ ohne schwerwiegende Folgen für die Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft geblieben, da der Marktanteil der gedumpten Einfuhren aus Indien und der Einfuhren, mit denen die Antidumpingmaßnahmen umgangen wurden, lediglich 1 % des Gemeinschaftsverbrauchs ausmachten. Jindal hat sicherlich zur Verschlechterung der Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft beigetragen. Es sei aber auch darauf hingewiesen, dass, auch ohne die Einfuhren von Jindal, der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft nicht in der Lage gewesen wäre, sich nach der Einführung von Maßnahmen im Jahr 2001 von früherem Dumping zu erholen, da die Maßnahmen umgangen, entsprechende Gegenmaßnahmen erst Ende 2004 eingeführt und die unzureichenden Preisverpflichtungen erst im vergangenen Jahr widerrufen wurden. Ferner war bekanntlich vor der Einführung der Anti-Umgehungsmaßnahmen und des Widerrufs der Preisverpflichtungen das Volumen der gedumpten Einfuhren aus Indien dreimal so hoch wie im UZÜ.

5. Schlussfolgerung zur Lage auf dem Gemeinschaftsmarkt

- (71) Das Volumen des Gemeinschaftsverbrauchs an PET-Folien stieg um 1 %, während das Absatzvolumen des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft um 2 % zurückging.
- (72) Die wirtschaftliche Situation des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft verschlechterte sich im Hinblick auf die meisten Schadensfaktoren: Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung (– 4 %), Verkaufsmenge (– 2 %) und -wert (– 5 %), Marktanteil (– 2 Prozentpunkte), Cashflow und Rentabilität, Investitionen und Kapitalrendite.
- (73) Die Strukturanpassungen des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft in Form von Arbeitsplatzabbau, Kostensenkungen und einer Steigerung der Produktivität je Beschäftigten konnten den Anstieg der Rohstoffpreise im Bezugszeitraum nicht ausgleichen. Die Produktionskosten lagen über den Verkaufspreisen. Hinzu kamen die niedrigen Preise der gedumpten Einfuhren aus Indien und der Einfuhren aus anderen Ländern, mit denen die Antidumpingmaßnahmen umgangen wurden. Der Preisdruck auf den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft wurde aber auch teilweise durch die Einfuhren von Jindal verursacht, die

zwar im UZÜ nicht gedumpte waren, auf die aber rund 90 % der gesamten Einfuhren von PET-Folien aus Indien entfielen.

- (74) Wie die obigen Ausführungen zeigen, befindet sich der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft nach wie vor in einer prekären Lage und eine Zunahme der gedumpten Einfuhren würde aller Wahrscheinlichkeit nach diese Lage noch verschlimmern.

D.4. WAHRSCHEINLICHKEIT EINES ANHALTENS ODER ERNEUTEN AUFTRETENS DER SCHÄDIGUNG

- (75) Wie bereits gesagt, ist die Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft nach wie vor schwierig. Sollten die Antidumpingmaßnahmen außer Kraft treten, werden die gedumpten Einfuhren stark zunehmen. Unter Randnummer 46 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die indischen Ausfühler, die bereits Antidumpingzöllen unterliegen, ihr Ausfuhrvolumen noch beträchtlich erhöhen können und wie unter Randnummer 48 erwähnt, sind einige der weltweit größten Ausfuhrmärkte für PET-Folien, insbesondere die USA, durch hohe Zölle geschützt.
- (76) Bei einem Außerkrafttreten der Antidumpingmaßnahmen könnten die gedumpten Einfuhren aus Indien die Preise auf dem Gemeinschaftsmarkt stark unter Druck setzen. Ein erneutes Auftreten der Schädigung wäre daher sehr wahrscheinlich.

- (77) Müsste der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft eine weitere Zunahme der Einfuhren aus Indien zu gedumpten Preisen hinnehmen, würde dies in Anbetracht der geschilderten Umstände seine finanzielle Lage weiter verschlechtern. Daher wird der Schluss gezogen, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen gegenüber Indien der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft aller Wahrscheinlichkeit nach erneut geschädigt würde.

D.5. GEMEINSCHAFTSINTERESSE

- (78) Gemäß Artikel 21 der Grundverordnung wurde geprüft, ob eine Aufrechterhaltung der geltenden Antidumpingmaßnahmen dem Interesse der Gemeinschaft insgesamt zuwiderliefe.
- (79) Dabei wurden, wie in Artikel 21 der Grundverordnung vorgeschrieben, alle auf dem Spiel stehenden Interessen berücksichtigt, d. h. die Interessen des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft, der Einführer und der Verwender der betroffenen Ware.

(80) Es sei daran erinnert, dass den Ergebnissen der Ausgangsuntersuchung zufolge die Einführung von Maßnahmen dem Interesse der Gemeinschaft nicht zuwiderliefe. Da es sich bei dieser Untersuchung um eine Überprüfung handelt und somit eine Situation analysiert wurde, in der bereits Antidumpingmaßnahmen galten, ist es ferner möglich zu bewerten, inwieweit die geltenden Antidumpingmaßnahmen die betroffenen Parteien über Gebühr beeinträchtigt haben.

(81) Es wurde daher geprüft, ob trotz der Schlussfolgerungen zur Wahrscheinlichkeit eines erneuten Auftretens von Dumping und Schädigung zwingende Gründe dafür sprachen, dass in diesem besonderen Fall die Aufrechterhaltung der Maßnahmen dem Gemeinschaftsinteresse zuwiderliefe.

(82) Um die voraussichtlichen Auswirkungen einer Einführung von Maßnahmen oder eines Verzichts auf Maßnahmen zu bewerten, holte die Kommission Informationen von allen Parteien ein, die bekanntermaßen betroffen waren oder sich selbst bei der Kommission gemeldet hatten. Dementsprechend schickte sie Fragebogen an den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft, an neun unabhängige Einführer und an 23 Verwender. Darüber hinaus nahm die Kommission Kontakt zu allen bekannten Gemeinschaftsherstellern auf, die die für die Einstufung als mitarbeitendes Unternehmen verlangten Informationen nicht vorgelegt hatten, um grundlegende Angaben über ihre Produktion und ihre Verkäufe einzuholen.

1. Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft

(83) Bekanntlich ist der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft weiterhin gefährdet (vgl. Randnummern 58 bis 74).

(84) Die Fortsetzung von Maßnahmen dürfte die Verzerrung des Marktes und den Druck auf die Preise verringern. Die Maßnahmen würden den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft in die Lage versetzen, sein Absatzvolumen zumindest aufrechtzuerhalten und von Größenvorteilen zu profitieren.

(85) Sollten hingegen die Antidumpingmaßnahmen außer Kraft treten, wird sich die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft wahrscheinlich nicht bessern, und sich unter Umständen sogar noch weiter verschlechtern. Der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft leidet besonders unter Einnahmenverlusten aufgrund gedrückter Preise und rückläufiger Marktanteile.

(86) Deshalb läge die Aufrechterhaltung der Antidumpingmaßnahmen im Interesse des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft.

2. Auswirkungen auf Einführer und Verwender

(87) Lediglich ein Einführer/Verwender und vier Verwender arbeiteten bei der Untersuchung mit und übermittelten vollständige Fragebogenantworten. Auf sie entfallen 16,3 % des gesamten Gemeinschaftsverbrauchs an PET-Folien; ihren Angaben zufolge dürfte sich eine Verlängerung der Antidumpingmaßnahmen nicht wesentlich auf ihre Unternehmen auswirken.

3. Schlussfolgerung zum Interesse der Gemeinschaft

(88) Aus dem oben Gesagten ergibt sich, dass die Einführung von Maßnahmen keine bzw. keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Lage der Verwender und Einführer der betroffenen Ware hätte.

(89) Daher wird der Schluss gezogen, dass keine zwingenden Gründe des Gemeinschaftsinteresses gegen eine Fortsetzung der Antidumpingmaßnahmen sprechen.

E. ANTIDUMPINGMASSNAHMEN

(90) Alle Parteien wurden über die wesentlichen Tatsachen und Erwägungen unterrichtet, auf deren Grundlage beabsichtigt wurde, die Aufrechterhaltung der geltenden Maßnahmen zu empfehlen. Es wurde ihnen ferner eine Frist zur Stellungnahme eingeräumt.

(91) Ausgehend von den vorgenannten Tatsachen und Erwägungen wird der Schluss gezogen, dass die auf Jindal beschränkte teilweise Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung eingestellt und der infolge der Ausgangsuntersuchung eingeführte Antidumpingzoll von 0 % auf Einfuhren von PET-Folien, die von Jindal hergestellt und in die Europäische Gemeinschaft ausgeführt wurden, aufrechterhalten werden sollten.

(92) In Bezug auf die Auslaufüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Grundverordnung sollten angesichts der getroffenen Feststellungen die Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von PET-Folien mit Ursprung in Indien aufrechterhalten werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die teilweise Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung unter anderem in Indien, die gemeinhin unter den KN-Codes ex 3920 62 19 und ex 3920 62 90 eingereiht werden, wird, soweit sie den indischen ausführenden Hersteller Jindal Poly Films Limited betrifft, eingestellt.

Artikel 2

(1) Auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET), mit Ursprung in Indien, die unter den KN-Codes ex 3920 62 19 (TARIC-Codes 3920 62 19 03, 3920 62 19 06, 3920 62 19 09, 3920 62 19 13, 3920 62 19 16, 3920 62 19 19, 3920 62 19 23, 3920 62 19 26, 3920 62 19 29, 3920 62 19 33, 3920 62 19 36, 3920 62 19 39, 3920 62 19 43, 3920 62 19 46, 3920 62 19 49, 3920 62 19 53, 3920 62 19 56, 3920 62 19 59, 3920 62 19 63, 3920 62 19 69, 3920 62 19 76, 3920 62 19 78 und 3920 62 19 94) und ex 3920 62 90 (TARIC-Codes 3920 62 90 33 und 3920 62 90 94) eingereicht werden, wird ein endgültiger Antidumpingzoll eingeführt.

(2) Für die von den nachstehend aufgeführten Unternehmen hergestellten Waren gelten folgende Zollsätze auf den Nettopreis frei Grenze der Gemeinschaft, unverzollt:

Unternehmen	Endgültiger Zoll (%)	TARIC-Zusatzcode
Ester Industries Limited 75-76, Amrit Nagar, Behind South Extension Part-1, Neu-Delhi 110 003, Indien	17,3	A026
Flex Industries Limited A-1, Sector 60, Noida 201 301, (U.P.), Indien	0,0	A027
Garware Polyester Limited Garware House, 50-A, Swami Nityanand Marg, Vile Parle (East), Mumbai 400 057, Indien	6,8	A028
Jindal Poly Films Limited 56 Hanuman Road, Neu-Delhi 110 001, Indien	0,0	A030
MTZ Polyfilms Limited New India Centre, 5th floor, 17 Co-operage Road, Mumbai 400 039, Indien	18,0	A031
Polyplex Corporation Limited B-37, Sector-1, Noida 201 301, Dist. Gautam Budh Nagar, Uttar Pradesh, Indien	0,0	A032
SRF Limited Express Building 9-10 Bahadur Shah Zaraf Marg Neu-Delhi 110-02 Indien	3,5	A753
Alle übrigen Unternehmen	17,3	A999

(3) Legt eine Partei der Kommission hinreichende Beweise dafür vor,

— dass sie die in Absatz 1 beschriebenen Waren in den Zeiträumen vom 1. April 1999 bis zum 31. März 2000 und vom 1. Juli 2005 bis zum 30. Juni 2006 nicht ausgeführt hat,

— dass sie mit keinem Ausführer oder Hersteller, der den mit der Verordnung (EG) Nr. 366/2006 eingeführten Maßnahmen unterliegt, verbunden ist und

— dass sie die betroffene Ware nach dem Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis zum 30. Juni 2006 tatsächlich in die Gemeinschaft ausgeführt hat oder dass sie eine unwiderrufliche vertragliche Verpflichtung zur Ausfuhr einer erheblichen Warenmenge in die Gemeinschaft eingegangen ist,

kann der Rat auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Beratenden Ausschusses mit einfacher Mehrheit Absatz 2 ändern und jene Partei in die Liste der den Antidumpingmaßnahmen unterliegenden Unternehmen in der Tabelle in Absatz 2 aufnehmen; der für die betreffende Partei geltende endgültige Antidumpingzoll ist der gewogene Durchschnittszoll von 3,5 %.

(4) Der in Absatz 2 genannte endgültige residuale Antidumpingzoll auf die Einfuhren aus Indien wird auf die aus Brasilien und Israel versandten Einfuhren derselben Ware, ob als Ursprungserzeugnisse Brasiliens oder Israels angemeldet oder nicht, (TARIC-Codes 3920 62 19 01, 3920 62 19 04, 3920 62 19 07, 3920 62 19 11, 3920 62 19 14, 3920 62 19 17, 3920 62 19 21, 3920 62 19 24, 3920 62 19 27, 3920 62 19 31, 3920 62 19 34, 3920 62 19 37, 3920 62 19 41, 3920 62 19 44, 3920 62 19 47, 3920 62 19 51, 3920 62 19 54, 3920 62 19 57, 3920 62 19 61, 3920 62 19 67, 3920 62 19 74, 3920 62 19 77, 3920 62 19 92, 3920 62 90 31, 3920 62 90 92) ausgeweitet, mit Ausnahme der Waren, die von folgenden Unternehmen hergestellt werden:

Terphane Ltda BR 101, km 101, Cabo de Santo Agostinho, Bundesstaat Pernambuco, Brasilien, (TARIC-Zusatzcode A569),

Jolybar Filmtechnic Converting Ltd (1987), Hacharutsim str. 7, Ind. Park Siim 2000, Natania South, 42504, POB 8380, Israel, (TARIC-Zusatzcode A570),

Hanita Coatings Rural Cooperative Association Ltd, Kibbutz Hanita, 22885, Israel, (TARIC-Zusatzcode A691).

- (5) Sofern nichts anderes bestimmt ist, finden die geltenden Zollvorschriften Anwendung.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Luxemburg am 30. Oktober 2007.

Im Namen des Rates

Der Präsident

F. NUNES CORREIA

VERORDNUNG (EG) Nr. 1293/2007 DES RATES

vom 30. Oktober 2007

zur Aufhebung sowie zur Rückzahlung bzw. zum Erlass der mit der Verordnung (EG) Nr. 1050/2002 auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs mit Ursprung in Taiwan eingeführten Antidumpingzölle und zur Aufhebung sowie zur Rückzahlung bzw. zum Erlass der mit der Verordnung (EG) Nr. 960/2003 auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs mit Ursprung in Indien eingeführten Ausgleichszölle und zur Einstellung des diesbezüglichen Verfahrens

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (nachstehend „Antidumpinggrundverordnung“ genannt), insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2026/97 des Rates vom 6. Oktober 1997 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽²⁾ (nachstehend „Antisubventionsgrundverordnung“ genannt), insbesondere auf Artikel 19,

auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Beratenden Ausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

A. VERFAHREN

1. Geltende Maßnahmen und Gegenstand der Überprüfung

- (1) Am 18. Juni 2002 wurden mit der Verordnung (EG) Nr. 1050/2002 des Rates vom 13. Juni 2002 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren beispielbarer Compactdiscs mit Ursprung in Taiwan und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls ⁽³⁾ endgültige Antidumpingzölle auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs mit Ursprung in Taiwan eingeführt (nachstehend „ursprüngliche Antidumpinguntersuchung“ genannt). Sie lagen zwischen 17,7 % und 38,5 %. Die Maßnahmen liefen von Rechts wegen am 18. Juni 2007 gemäß der Mitteilung der Kommission über das Außerkrafttreten bestimmter Antidumpingmaßnahmen ⁽⁴⁾ aus.
- (2) Die endgültigen Ausgleichszölle auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs (nachstehend „CD-R“ genannt) aus Indien wurden am 5. Juni 2003 mit der Verordnung (EG) Nr. 960/2003 des Rates vom 2. Juni 2003 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Ein-

fuhren beispielbarer Compactdiscs mit Ursprung in Indien ⁽⁵⁾ eingeführt (nachstehend „ursprüngliche Antisubventionsuntersuchung“ genannt). Sie beliefen sich auf 7,3 %.

2. Frühere Untersuchungen betreffend Einfuhren von CD-R aus der Volksrepublik China, Hongkong und Malaysia

- (3) Mit dem Beschluss 2006/753/EG ⁽⁶⁾ stellte die Kommission das Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von CD-R mit Ursprung in der Volksrepublik China (nachstehend „VR China“ genannt), Hongkong und Malaysia ein (nachstehend „Einstellungsbeschluss“ genannt), da die Einführung von Maßnahmen nicht im Gemeinschaftsinteresse gelegen hätte. Die Kommission war zu dem Schluss gelangt, dass dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft aufgrund seines geringen Marktanteils aus der Einführung von Maßnahmen keine spürbaren Vorteile erwachsen würden. Die Einführung von Maßnahmen wurde daher angesichts der erheblichen negativen Auswirkungen auf Einführer, Vertriebsgesellschaften, Einzelhändler und Verbraucher als unverhältnismäßig erachtet.

3. Einleitung einer Überprüfung

- (4) Am 22. März 2007 leitete die Kommission mit einer im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichten Bekanntmachung ⁽⁷⁾ (nachstehend „Einleitungsbekanntmachung“ genannt) eine teilweise Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren beispielbarer Compact Discs mit Ursprung in Taiwan sowie eine teilweise Interimsüberprüfung der Ausgleichsmaßnahmen gegenüber Einfuhren beispielbarer Compact Discs mit Ursprung in Indien ein.
- (5) Die von der Kommission von Amts wegen eingeleiteten Überprüfungen waren beide auf die Untersuchung des Interesses der Gemeinschaft beschränkt, wobei davon ausgegangen wurde, dass der entsprechende Beschluss möglicherweise rückwirkend zum 5. November 2006, d. h. dem Tag des Inkrafttretens des Einstellungsbeschlusses, gelten würde. Aus Gründen der Verfahrenseffizienz wurden die Überprüfung der Antidumpingzölle auf Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Taiwan und die Überprüfung der Ausgleichszölle auf Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Indien in einer Untersuchung zusammengefasst.

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2117/2005 (AbL. L 340 vom 23.12.2005, S. 17).

⁽²⁾ ABl. L 288 vom 21.10.1997, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 461/2004 (AbL. L 77 vom 13.3.2004, S. 12).

⁽³⁾ ABl. L 160 vom 18.6.2002, S. 2.

⁽⁴⁾ ABl. C 130 vom 12.6.2007, S. 17.

⁽⁵⁾ ABl. L 138 vom 5.6.2003, S. 1.

⁽⁶⁾ Beschluss 2006/753/EG der Kommission vom 3. November 2006 zur Einstellung des Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren beispielbarer Compact Discs (CD-R) mit Ursprung in der Volksrepublik China, Hongkong und Malaysia (AbL. L 305 vom 4.11.2006, S. 15).

⁽⁷⁾ ABl. C 66 vom 22.3.2007, S. 16.

- (6) Wie bereits erwähnt, liefen die Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Taiwan am 18. Juni 2007 aus. Die Überprüfung betreffend Taiwan wurde daher eingestellt. Bei der bis zu jenem Zeitpunkt offiziell durchgeführten Untersuchung konzentrierte sich die Kommission auf die Frage, ob die zwischen dem 5. November 2006 und dem 18. Juni 2007 entrichteten Zölle rückwirkend aufgehoben werden sollen.
- (7) Um das Verfahren zu straffen und die Kohärenz ihrer Maßnahmen sicherzustellen, fasste die Kommission die Schlussfolgerungen der beiden Überprüfungen in der vorliegenden Verordnung zusammen.

4. Von dem Verfahren betroffene Parteien

- (8) Die Kommission unterrichtete die Gemeinschaftshersteller, Einführer und Verwender sowie Ausführer und Vertreter Indiens und Taiwans offiziell von der Einleitung des Verfahrens. Alle interessierten Parteien erhielten Gelegenheit, innerhalb der in der Einleitungsbekanntmachung gesetzten Frist ihren Standpunkt schriftlich darzulegen und eine Anhörung zu beantragen. Da die Überprüfungen auf Aspekte des Interesses der Gemeinschaft beschränkt waren, übermittelte die Kommission lediglich den in der Gemeinschaft ansässigen Parteien Fragebogen, d. h. den Gemeinschaftsherstellern sowie den Einführern und Verwendern in der Gemeinschaft. Den Fragebogen beantworteten ein Hersteller, 14 Einführer und 10 Verwender.
- (9) Ferner erhielt die Kommission ein Schreiben des Ausschusses europäischer CD-R-Hersteller (nachstehend „CECMA“ genannt), der in den ursprünglichen Antidumping- und Antisubventionsverfahren sowie in den mit dem Einstellungsbeschluss beendeten Verfahren den Antragsteller darstellte; ein weiteres Schreiben ging vom früheren Vertreter des im Einstellungsbeschluss als „Unternehmen D“ bezeichneten Gemeinschaftsherstellers ein.
- (10) Stellungnahmen übermittelten außerdem weitere interessierte Parteien, namentlich Vertriebsgesellschaften und Lieferanten eines indischen Ausführers.
- (11) Die Kommissionsdienststellen analysierten die Stellungnahmen und Argumente der interessierten Parteien mit der gebotenen Sorgfalt. Angesichts der Lage der Gemeinschaftsproduktion beschränken sich die Schlussfolgerungen dieser Überprüfung auf die Definition des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft.

5. Untersuchungszeitraum

- (12) Die Untersuchung der Aspekte des Gemeinschaftsinteresses betraf den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006 (nachstehend „Untersuchungszeitraum“ oder „UZ“ genannt). Die Untersuchung der für die Beurteilung des Gemeinschaftsinteresses relevanten Entwicklungen betraf den Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis zum Ende des UZ (nachstehend „Bezugszeitraum“ genannt).

6. Betroffene Ware und gleichartige Ware

6.1. Betroffene Ware

- (13) Gegenstand der Überprüfung sind beispielbare Compact Discs (CD-R) mit Ursprung in Indien (nachstehend „betroffene Ware“ genannt), die derzeit unter dem KN-Code ex 8523 40 11 eingereiht werden. Der KN-Code wird nur informationshalber angegeben.
- (14) Dieselbe Ware mit Ursprung in Taiwan war zwischen dem 22. März 2007, dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Einleitungsbekanntmachung, und dem 18. Juni 2007, als die Antidumpingmaßnahmen auf Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Taiwan ausliefen, Gegenstand der Überprüfung.
- (15) Bei der betroffenen Ware handelt es sich um eine Polycarbonatscheibe, die mit einer Farbschicht, einer Reflexionsschicht und einer Schutzschicht überzogen ist. CD-R können zwar in mehreren Schritten beschrieben werden, die aufgezeichneten Informationen sind aber nicht löschar. CD-R dienen der optischen Speicherung von digitalen Daten oder Musik.
- (16) CD-R werden nach der Art der gespeicherten Daten (Daten-CD-R und Musik-CD-R), der Speicherkapazität und der reflektierenden Metallschicht unterschieden sowie danach, ob sie bedruckt sind oder nicht. Alle Typen von CD-R weisen die gleichen materiellen und technischen Eigenschaften und die gleichen Verwendungen auf. Daher werden sie als eine einzige Ware angesehen.

6.2. Gleichartige Ware

- (17) Im Rahmen der laufenden Verfahren wurde die Vergleichbarkeit der betroffenen Ware mit den in die Gemeinschaft eingeführten bzw. dort hergestellten CD-R nicht in Frage gestellt. Daher werden die CD-R-Typen mit Ursprung in Indien oder Taiwan und die in der Gemeinschaft hergestellten CD-R-Typen als gleichartige Ware im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 der Antidumpinggrundverordnung und des Artikels 1 Absatz 5 der Antisubventionsgrundverordnung angesehen.

B. GEMEINSCHAFTSPRODUKTION UND WIRTSCHAFTSZWEIG DER GEMEINSCHAFT

1. Gemeinschaftsproduktion und Wirtschaftszweig der Gemeinschaft in dem mit dem Einstellungsbeschluss beendeten Verfahren

- (18) In diesem Verfahren (vgl. Randnummern 28 und 58 ff. des Einstellungsbeschlusses) stellten die Kommissionsdienststellen fest, dass die Gemeinschaftsproduktion im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 der Antidumpinggrundverordnung auf 10 Hersteller entfiel. Lediglich einer von ihnen (Manufacturing Advanced MEDIA (MAM-E)) wurde als Wirtschaftszweig der Gemeinschaft gemäß Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 4 der Antidumpinggrundverordnung angesehen.

2. Gemeinschaftsproduktion und Wirtschaftszweig der Gemeinschaft in den laufenden Verfahren

- (19) Keiner der Hersteller, deren Produktion im Einstellungsbeschluss in die Definition der Gemeinschaftsproduktion einbezogen wurde, arbeitete an dem laufenden Verfahren mit.
- (20) Ferner liegen der Kommission Beweise dafür vor, dass das einzige Unternehmen, das in dem Verfahren, das zum Einstellungsbeschluss führte, den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft bildete, in Liquidation gegangen war. Dies wurde in einem Schreiben seines früheren Vertreters bestätigt. Die Kommission erhielt darüber hinaus eine Abschrift der Gerichtsentscheidung über die Einleitung des Liquidationsverfahrens, mit der der Betrieb des Unternehmens eingestellt wurde. Der Fragebogen der Kommission wurde mit dem Vermerk „gerichtliches Liquidationsverfahren“ (liquidation judiciaire) zurückgesandt.
- (21) Der CECMA befürwortete zwar die Aufrechterhaltung der Maßnahmen, legte aber weder einen Fragebogen noch andere Nachweise im Namen eines Gemeinschaftsherstellers, der Mitglied des CECMA ist, vor.
- (22) Ein weiteres Unternehmen (Unternehmen A im Einstellungsbeschluss) teilte der Kommission mit, dass es seine Produktion in der Gemeinschaft eingestellt hat.
- (23) Schließlich erhielt die Kommission noch eine Antwort des im Einstellungsbeschluss als „Unternehmen b“ bezeichneten Gemeinschaftsherstellers. Auch damit konnten die Feststellungen des Einstellungsbeschlusses nicht widerlegt werden, denen zufolge das Unternehmen B nicht in die Definition des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft aufzunehmen und seine Produktion aus der Definition der Gemeinschaftsproduktion auszuschließen war (vgl. Randnummer 40 des Einstellungsbeschlusses).
- (24) Es wird daher der Schluss gezogen, dass es keinen Wirtschaftszweig der Gemeinschaft mehr gibt und daher auch kein Interesse der Gemeinschaft vorliegt.

C. RÜCKWIRKUNG

- (25) Angesichts obiger Feststellungen sollten die Antidumpingmaßnahmen gegenüber Einfuhren von CD-R mit Ur-

sprung in Taiwan und die Ausgleichsmaßnahmen gegenüber Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Indien rückwirkend zum Tag des Inkrafttretens des Einstellungsbeschlusses aufgehoben werden.

- (26) Die endgültigen Antidumpingzölle, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1050/2002 auf Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Taiwan, welche ab 5. November 2006 in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt wurden, entrichtet oder buchmäßig erfasst wurden, sowie die endgültigen Ausgleichszölle, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 960/2003 auf Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Indien, welche ab 5. November 2006 in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt wurden, entrichtet oder buchmäßig erfasst wurden, sollten zurückgezahlt oder erlassen werden.
- (27) Die Rückzahlung bzw. der Erlass der Zölle ist bei den einzelstaatlichen Zollbehörden im Einklang mit den einzelstaatlichen Zollvorschriften zu beantragen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die mit der Verordnung (EG) Nr. 1050/2002 eingeführten Antidumpingzölle auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs (CD-R) mit Ursprung in Taiwan und die mit der Verordnung (EG) Nr. 960/2003 auf Einfuhren beispielbarer Compact Discs (CD-R) mit Ursprung in Indien eingeführten Ausgleichszölle werden aufgehoben.

Artikel 2

Die Antisubventionsverfahren betreffend Einfuhren von CD-R mit Ursprung in Indien werden eingestellt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 1 gilt ab dem 5. November 2006.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Luxemburg am 30. Oktober 2007.

Im Namen des Rates

Der Präsident

F. NUNES CORREIA

VERORDNUNG (EG) Nr. 1294/2007 DER KOMMISSION
vom 5. November 2007
zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

(2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 6. November 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. November 2007

Für die Kommission

Jean-Luc DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 756/2007 (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 41).

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 5. November 2007 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	MA	71,8
	MK	52,6
	TR	85,1
	ZZ	69,8
0707 00 05	JO	186,1
	MA	47,1
	MK	70,4
	TR	110,4
	ZZ	103,5
0709 90 70	MA	79,0
	TR	89,3
	ZZ	84,2
0805 20 10	MA	94,2
	ZZ	94,2
0805 20 30, 0805 20 50, 0805 20 70, 0805 20 90	HR	39,1
	TR	84,1
	UY	70,4
	ZZ	64,5
0805 50 10	AR	84,0
	TR	92,3
	ZA	55,0
	ZZ	77,1
0806 10 10	BR	249,1
	TR	123,4
	US	252,9
	ZZ	208,5
0808 10 80	AR	81,9
	AU	183,7
	CA	105,4
	CL	86,0
	MK	20,2
	NZ	45,9
	US	98,9
	ZA	92,9
ZZ	89,4	
0808 20 50	AR	49,4
	CN	76,2
	TR	117,3
	ZZ	81,0

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1833/2006 der Kommission (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 19). Der Code „ZZ“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1295/2007 DER KOMMISSION**vom 5. November 2007****zur zollamtlichen Erfassung bestimmter zubereiteter oder haltbar gemachter Zitrusfrüchte (Mandarinen usw.) mit Ursprung in der Volksrepublik China**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽¹⁾ („Grundverordnung“), insbesondere auf Artikel 10 Absatz 4 und Artikel 14 Absatz 5,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Der Kommission liegt ein Antrag nach Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung auf zollamtliche Erfassung bestimmter zubereiteter oder haltbar gemachter Zitrusfrüchte (Mandarinen usw.) mit Ursprung in der Volksrepublik China vor.

A. BETROFFENE WARE

- (1) Bei der betroffenen Ware handelt es sich um unter die KN-Position 2008 fallende zubereitete oder haltbar gemachte Mandarinen (einschließlich Tangerinen und Satsumas), Clementinen, Wilkings und ähnliche Kreuzungen von Zitrusfrüchten, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit Ursprung in der Volksrepublik China („betroffene Ware“), die unter den KN-Codes 2008 30 55, 2008 30 75 und ex 2008 30 90 eingereiht werden.

B. ANTRAG

- (2) Nach Eingang eines Antrags des spanischen Dachverbandes der Obst und Gemüse verarbeitenden Industrie (FNACV) („Antragsteller“) stellte die Kommission fest, dass ausreichende Beweise für die Einleitung eines Verfahrens vorlagen, und leitete gemäß Artikel 5 der Grundverordnung mit einer Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* („Einleitungsbekanntmachung“) ein Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren bestimm-

ter zubereiteter oder haltbar gemachter Zitrusfrüchte (Mandarinen usw.) mit Ursprung in der Volksrepublik China ein ⁽²⁾.

- (3) Der Antragsteller beantragt außerdem, dass die Einfuhren der betroffenen Ware gemäß Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung zollamtlich erfasst werden, so dass in der Folge Maßnahmen gegenüber diesen Einfuhren vom Zeitpunkt dieser zollamtlichen Erfassung an eingeführt werden können.

C. GELTENDE MASSNAHMEN

- (4) Die betroffene Ware ist derzeit bereits zu einem großen Teil Gegenstand endgültiger Schutzmaßnahmen, die mit der Verordnung (EG) Nr. 658/2004 der Kommission ⁽³⁾ eingeführt wurden. Diese Maßnahmen laufen am 8. November 2007 aus.

D. GRÜNDE FÜR DIE ZOLLAMTLICHE ERFASSUNG

- (5) Nach Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung dürfen vorläufige Maßnahmen frühestens 60 Tage nach Verfahrenseinleitung eingeführt werden. Gemäß Artikel 10 Absatz 4 kann indessen ein endgültiger Antidumpingzoll auf die Waren erhoben werden, die innerhalb von 90 Tagen vor dem Zeitpunkt der Anwendung der vorläufigen Maßnahmen in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt wurden, sofern die im betreffenden Absatz aufgeführten Bedingungen erfüllt sind und die Einfuhren gemäß Artikel 14 Absatz 5 zollamtlich erfasst wurden. Nach Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung kann die Kommission nach Konsultationen im Beratenden Ausschuss die Zollbehörden anweisen, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Einfuhren zollamtlich zu erfassen, so dass in der Folge Maßnahmen gegenüber diesen Einfuhren vom Zeitpunkt dieser zollamtlichen Erfassung an eingeführt werden können. Die zollamtliche Erfassung der Einfuhren kann auf einen Antrag des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft vorgenommen werden, der ausreichende Beweise für die Rechtfertigung dieser Maßnahme enthält.
- (6) Der Antrag enthält hinreichende Beweise, um eine zollamtliche Erfassung zu rechtfertigen. Diese werden auch durch Beweise aus anderen Quellen gestützt.

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2117/2005 (ABl. L 340 vom 23.12.2005, S. 17).

⁽²⁾ ABl. C 246 vom 20.10.2007, S. 15.

⁽³⁾ ABl. L 104 vom 8.4.2004, S. 67.

- (7) Hinsichtlich des Dumpings liegen der Kommission ausreichende Anscheinsbeweise dafür vor, dass die Einfuhren der betroffenen Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China gedumpte sind und dass die Ausführer dumpen. Der Antidumpingantrag und der Antrag auf zollamtliche Erfassung enthalten Beweise zu den Ausführpreisen für die Saison 2006/07. Diese werden durch Eurostat-Daten untermauert sowie durch verschiedene Angebote oder Angaben von Ausführpreisen, die von verschiedenen Quellen gegenüber einer Reihe von Einführern gemacht wurden. Die im Antidumpingantrag und im Antrag auf zollamtliche Erfassung enthaltenen Beweise zum Normalwert, bestehen, in diesem Stadium und vorbehaltlich der Vorlage weiterer Daten im Laufe der Untersuchung, aus detaillierten Angaben über Inlandspreise und Produktionskosten von allen oder fast allen Herstellern in einem Vergleichsland. In diesem Stadium beziehen sich diese, zur Berücksichtigung der geschätzten Transportkosten und anderer Kosten entsprechend berichtigten, Daten offensichtlich auf dieselbe Ware, denselben Zeitraum und dieselbe Handelsstufe, und dürften daher weitgehend vergleichbar sein. Insgesamt und angesichts der Höhe des angeblichen Dumpings wird durch diese Beweise in diesem Stadium hinreichend belegt, dass die in Frage stehenden Ausführer dumpen.
- (8) In Bezug auf die Schädigung liegen der Kommission hinreichende Anscheinsbeweise dafür vor, dass die Dumpingpraktiken der Ausführer eine Schädigung verursachen oder verursachen würden. Bei diesen Beweisen handelt es sich um detaillierte Angaben zu den Hauptschadensfaktoren im Sinne von Artikel 3 Absatz 5 der Grundverordnung, die im Antidumpingantrag und im Antrag auf zollamtliche Erfassung enthalten sind und durch Angaben aus anderen Quellen untermauert werden. Die Beweise im Zusammenhang mit der vorangegangenen Untersuchung zur Einführung von Schutzmaßnahmen stützen außerdem die Auffassung, dass das Einfuhrvolumen ohne Schutzmaßnahme erheblich steigen und der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft weiter geschädigt würde.
- (9) Der Kommission liegen ferner aus dem Antidumpingantrag und dem Antrag auf zollamtliche Erfassung hinreichende, von Informationen aus anderen Quellen gestützte Anscheinsbeweise dafür vor, dass die Einführer wussten oder hätten wissen müssen, dass die Ausführer dumpen und damit den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft schädigten oder hätten schädigen können. Eine Bekanntmachung zur Einleitung einer Untersuchung wegen angeblichen schädigenden Dumpings wurde veröffentlicht. Außerdem geht aus mehreren Artikeln in der Fachpresse, die über längere Zeit veröffentlicht wurden, hervor, dass der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft durch Niedrigpreiseinfuhren aus China geschädigt werden könnte. Schließlich kann, angesichts der Höhe des Dumpings der Schluss gezogen werden, dass den Einführern die Situation bewusst gewesen sein dürfte oder hätte bewusst sein müssen.
- (10) Zudem liegen der Kommission hinreichende Anscheinsbeweise dafür vor, dass eine solche Schädigung durch massive gedumpte Einfuhren in einem relativ kurzen Zeitraum verursacht wird oder würde, was angesichts des Zeitpunktes und der Menge der gedumpten Einfuhren und anderer Umstände (wie dem raschen Aufbau von Lagerbeständen) die von endgültigen Antidumpingzöllen ausgehende Erholungswirkung fast zunichte machen dürfte, sofern solche Antidumpingzölle nicht rückwirkend angewandt würden. Bei diesen Beweisen, die im Antidumpingantrag und im Antrag auf zollamtliche Erfassung enthalten sind und von Informationen aus anderen Quellen untermauert werden, handelt es sich um Informationen über die Art der Ware, einschließlich ihrer Fungibilität und ihres Saisoncharakters und der Tatsache, dass sie in Dosen konserviert wird und leicht über längere Zeit gelagert und transportiert werden kann. Das ermöglicht auch einen schnellen Aufbau von Lagerbeständen. Außerdem bestätigen im Rahmen der Schutzmaßnahmenuntersuchung erlangte Beweise, dass ohne Maßnahmen das Einfuhrvolumen wieder dramatisch ansteigen dürfte. Dies gilt umso mehr, als die Schutzmaßnahme kurz nach Beginn der Konservierungssaison ausläuft.
- (11) Aus diesen Gründen sind im vorliegenden Fall die Voraussetzungen für eine zollamtliche Erfassung gegeben.

E. VERFAHREN

- (12) Aus den vorstehenden Gründen gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass die Beweise im Antrag für eine zollamtliche Erfassung der betroffenen Ware gemäß Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung ausreichen.
- (13) Alle interessierten Parteien werden aufgefordert, ihren Standpunkt unter Vorlage sachdienlicher Beweise schriftlich darzulegen. Die Kommission kann die interessierten Parteien außerdem anhören, sofern die Parteien dies schriftlich beantragen und nachweisen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen.

F. ZOLLAMTLICHE ERFASSUNG

- (14) Gemäß Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung sollten die Einfuhren der betroffenen Ware zollamtlich erfasst werden, damit, falls die Untersuchungsergebnisse zur Einführung von Antidumpingzöllen führen, diese Zölle, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, rückwirkend nach Maßgabe der anwendbaren Rechtsvorschriften erhoben werden können.

- (15) Eine etwaige künftige Zollschnuld ergäbe sich aus den Feststellungen der Antidumpinguntersuchung. Die Angaben im Antrag auf Einleitung einer Untersuchung liegen für das Dumping über 50 % und für die Schädigung über 30 %.

G. VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

- (16) Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr ⁽¹⁾ verarbeitet —

unternehmen, um die Einfuhren von unter die KN-Position 2008 fallenden zubereiteten oder haltbar gemachten Mandarinen (einschließlich Tangerinen und Satsumas), Clementinen, Wilkings und ähnlichen Kreuzungen von Zitrusfrüchten, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, mit Ursprung in der Volksrepublik China, die unter den KN-Codes 2008 30 55, 2008 30 75 und ex 2008 30 90 (TARIC-Codes 2008 30 90 61, 2008 30 90 63, 2008 30 90 65, 2008 30 90 67, 2008 30 90 69) eingereicht werden, zollamtlich zu erfassen. Die zollamtliche Erfassung endet neun Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

Alle interessierten Parteien werden aufgefordert, ihren Standpunkt unter Vorlage sachdienlicher Beweise schriftlich darzulegen oder innerhalb von zwanzig Tagen nach dem Tag der Veröffentlichung dieser Verordnung eine Anhörung zu beantragen.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Zollbehörden werden gemäß Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 angewiesen, geeignete Schritte zu

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 9. November 2007 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. November 2007

Für die Kommission
Peter MANDELSON
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1296/2007 DER KOMMISSION**vom 5. November 2007****über ein Fangverbot für Kabeljau im Skagerrak für Schiffe unter der Flagge Schwedens**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 26 Absatz 4,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 21 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In der Verordnung (EG) Nr. 41/2007 des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen⁽³⁾ sind die Quoten für das Jahr 2007 vorgegeben.
- (2) Nach den der Kommission übermittelten Angaben haben die Fänge aus dem im Anhang der vorliegenden Verordnung genannten Bestand durch Schiffe, die die Flagge des im Anhang genannten Mitgliedstaats führen oder in diesem Mitgliedstaat registriert sind, die für 2007 zugeteilte Quote erreicht.

- (3) Daher müssen die Befischung dieses Bestands, die Aufbewahrung an Bord sowie das Umladen und Anlanden von Fängen aus diesem Bestand verboten werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1***Ausschöpfung der Quote**

Die Fangquote für den im Anhang dieser Verordnung genannten Bestand, die dem ebenfalls im Anhang genannten Mitgliedstaat für das Jahr 2007 zugeteilt wurde, gilt ab dem im Anhang festgesetzten Zeitpunkt als erschöpft.

*Artikel 2***Verbote**

Die Befischung des im Anhang dieser Verordnung genannten Bestands durch Schiffe, die die Flagge des im Anhang genannten Mitgliedstaats führen oder in diesem Mitgliedstaat registriert sind, ist ab dem im Anhang festgesetzten Zeitpunkt verboten. Die Aufbewahrung an Bord sowie das Umladen und Anlanden von Fängen aus diesem Bestand, die von den genannten Schiffen nach diesem Zeitpunkt getätigt werden, sind gleichfalls verboten.

*Artikel 3***Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. November 2007

Für die Kommission

Fokion FOTIADIS

*Generaldirektor für Fischerei und
maritime Angelegenheiten*

⁽¹⁾ ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 865/2007 (ABl. L 192 vom 24.7.2007, S. 1).

⁽²⁾ ABl. L 261 vom 20.10.1993, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1967/2006 (ABl. L 409 vom 30.12.2006, S. 11). Berichtigung im ABl. L 36 vom 8.2.2007, S. 6.

⁽³⁾ ABl. L 15 vom 20.1.2007, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 898/2007 der Kommission (ABl. L 196 vom 28.7.2007, S. 22).

ANHANG

Nr.	66
Mitgliedstaat	Schweden
Bestand	COD/03AN.
Art	Kabeljau (<i>Gadus morhua</i>)
Gebiet	Skagerrak
Datum	22.10.2007

RICHTLINIEN

RICHTLINIE 2007/60/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 23. Oktober 2007

über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Hochwasser haben das Potenzial, zu Todesfällen, zur Umsiedlung von Personen und zu Umweltschäden zu führen, die wirtschaftliche Entwicklung ernsthaft zu gefährden und wirtschaftliche Tätigkeiten in der Gemeinschaft zu behindern.
- (2) Hochwasser ist ein natürliches Phänomen, das sich nicht verhindern lässt. Allerdings tragen bestimmte menschliche Tätigkeiten (wie die Zunahme von Siedlungsflächen und Vermögenswerten in Überschwemmungsgebieten sowie die Verringerung der natürlichen Wasserrückhaltefähigkeit des Bodens durch Flächennutzung) und Klimaänderungen dazu bei, die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Hochwasserereignissen zu erhöhen und deren nachteilige Auswirkungen zu verstärken.
- (3) Eine Verringerung des Risikos hochwasserbedingter nachteiliger Folgen insbesondere auf die menschliche Gesundheit und das menschliche Leben, die Umwelt, das Kulturerbe, wirtschaftliche Tätigkeiten und die Infrastrukturen ist möglich und wünschenswert. Jedoch sollten Maßnahmen, die dazu dienen, diese Risiken zu vermindern, möglichst innerhalb eines Einzugsgebiets koordiniert werden, wenn sie ihre Wirkung entfalten sollen.
- (4) Die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik ⁽³⁾ schreibt die Erstellung

von Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete aller Flussgebietseinheiten vor, um einen guten ökologischen und chemischen Zustand der Gewässer zu erreichen, was gleichzeitig zur Abschwächung der Auswirkungen von Hochwasser beiträgt. Die Verringerung des Hochwasserrisikos ist jedoch kein Hauptziel der genannten Richtlinie; zukünftige Veränderungen hinsichtlich des Überschwemmungsrisikos als Folge von Klimaänderungen bleiben ebenfalls unberücksichtigt.

- (5) Die Mitteilung der Kommission vom 12. Juli 2004 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — „Hochwasserrisikomanagement — Vermeidungs-, Schutz- und Minderungsmaßnahmen“ beschreibt auf der Grundlage einer Analyse ein Konzept für ein Hochwasserrisikomanagement auf Gemeinschaftsebene und kommt zu dem Schluss, dass konzertierte, koordinierte Maßnahmen auf der Ebene der Gemeinschaft einen beträchtlichen Mehrwert erbringen und das Niveau des Hochwasserschutzes insgesamt verbessern würden.
- (6) Eine wirksame Hochwasservorsorge und Begrenzung von Hochwasserschäden erfordert über die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten hinaus die Zusammenarbeit mit Drittländern. Dies steht im Einklang mit der Richtlinie 2000/60/EG und mit internationalen Grundsätzen für das Hochwasserrisikomanagement, wie sie insbesondere in dem durch den Beschluss 95/308/EG des Rates ⁽⁴⁾ genehmigten Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen und in den nachfolgenden Übereinkünften über die Anwendung dieses Übereinkommens niedergelegt sind.
- (7) Die Entscheidung 2001/792/EG, Euratom des Rates vom 23. Oktober 2001 über ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzmaßnahmen ⁽⁵⁾ trifft Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten bei bedeutsamen Notfällen, einschließlich Hochwasser. Der Katastrophenschutz kann angemessene Hilfsmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung leisten und die Bereitschaft und Reaktionsfähigkeit verbessern.

⁽¹⁾ ABl. C 195 vom 18.8.2006, S. 37.

⁽²⁾ Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 13. Juni 2006 (AbI. C 300 E vom 9.12.2006, S. 123), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 23. November 2006 (AbI. C 311 E vom 19.12.2006, S. 10) und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 25. April 2007. Beschluss des Rates vom 18. September 2007.

⁽³⁾ ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1. Richtlinie geändert durch die Entscheidung Nr. 2455/2001/EG (AbI. L 331 vom 15.12.2001, S. 1).

⁽⁴⁾ ABl. L 186 vom 5.8.1995, S. 42.

⁽⁵⁾ ABl. L 297 vom 15.11.2001, S. 7.

- (8) Die Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates vom 11. November 2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union ⁽¹⁾ ermöglicht es, in bedeutsamen Katastrophenfällen rasch finanzielle Unterstützung zu leisten, um den betroffenen Personen, Naturräumen, Regionen und Ländern zu helfen, wieder möglichst normale Bedingungen zu schaffen; der Fond ist jedoch auf Notfallmaßnahmen beschränkt; Interventionen in den Phasen, die Notfällen vorausgehen, sind nicht vorgesehen.
- (9) Bei der Erarbeitung politischer Maßnahmen für die Wasser- und Flächennutzung sollten die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft die potenziellen Auswirkungen berücksichtigen, die solche Maßnahmen auf das Hochwasserrisiko und das Hochwasserrisikomanagement haben könnten.
- (10) In der Gemeinschaft treten verschiedene Arten von Hochwasser auf, z. B. Hochwasser in Flüssen, Sturzfluten, Hochwasser in Städten und vom Meer ausgehendes Hochwasser in Küstengebieten. Hochwasserschäden können je zwischen den Ländern und Regionen der Gemeinschaft variieren. Daher sollten die Ziele des Hochwasserrisikomanagements von den Mitgliedstaaten selbst festgelegt werden und sich nach den lokalen und regionalen Gegebenheiten richten.
- (11) In bestimmten Gebieten der Gemeinschaft wie zum Beispiel in dünn bevölkerten oder unbewohnten Gebieten oder in Gebieten mit beschränktem wirtschaftlichem oder ökologischem Wert könnten Hochwasserrisiken als nicht signifikant eingestuft werden. Für jede Flussgebietseinheit bzw. für jede Bewirtschaftungseinheit sollte eine Bewertung des Hochwasserrisikos und der Notwendigkeit weiterer Maßnahmen — wie etwa Einschätzungen zu möglichen Hochwasserschutzpotenzialen — erfolgen.
- (12) Um über ein zuverlässiges Informationswerkzeug zu verfügen und eine wertvolle Grundlage für die Festlegung von Prioritäten sowie für technische, finanzielle und politische Entscheidungen im Bereich des Hochwasserrisikomanagements zu schaffen, ist es erforderlich, dass Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten erstellt werden, aus denen die möglichen nachteiligen Folgen unterschiedlicher Hochwasserszenarien — einschließlich der Informationen über potenzielle Quellen der Umweltverschmutzung infolge von Hochwasser — hervorgehen. In diesem Zusammenhang sollten die Mitgliedstaaten eine Bewertung der Tätigkeiten vornehmen, die eine Zunahme der Hochwasserrisiken bewirken.
- (13) Um die nachteiligen Auswirkungen des Hochwassers in dem betroffenen Gebiet zu vermeiden bzw. verringern zu können, ist es angebracht, Hochwasserrisikomanagementpläne zu erstellen. Ursachen und Folgen von Hochwasserereignissen variieren in der Gemeinschaft je nach Land und Region. Hochwasserrisikomanagementpläne sollten deshalb die besonderen Merkmale des jeweiligen Gebiets berücksichtigen und maßgeschneiderte Lösungen anbieten, die auf den Bedarf und die Prioritäten des betreffenden Gebiets abgestimmt sind, wobei eine geeignete Koordinierung innerhalb der Flussgebietseinheiten sichergestellt sein muss und das Erreichen der in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften festgelegten umweltpolitischen Ziele unterstützt werden muss. Die Mitgliedstaaten sollten insbesondere von Maßnahmen oder Handlungen absehen, die die Überschwemmungsgefahr in anderen Mitgliedstaaten erheblich erhöhen, es sei denn, diese Maßnahmen wurden koordiniert und es wurde von den betroffenen Mitgliedstaaten einvernehmlich eine Lösung gefunden.
- (14) Bei den Hochwasserrisikomanagementplänen sollte der Schwerpunkt auf Vermeidung, Schutz und Vorsorge liegen. Um den Flüssen mehr Raum zu geben, sollten in den Plänen, sofern möglich, der Erhalt und/oder die Wiederherstellung von Überschwemmungsgebieten sowie Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung nachteiliger Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten berücksichtigt werden. Die Hochwasserrisikomanagementpläne sollten regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert werden, wobei die voraussichtlichen Auswirkungen von Klimaänderungen auf das Auftreten von Hochwasser zu berücksichtigen sind.
- (15) Der Grundsatz der Solidarität ist im Zusammenhang mit dem Hochwasserrisikomanagement von sehr großer Bedeutung. Im Rahmen dieses Grundsatzes sollten die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, eine faire Teilung der Zuständigkeiten anzustreben, wenn Maßnahmen zum Hochwasserrisikomanagement an Flussläufen zum Nutzen aller gemeinsam beschlossen werden.
- (16) Zur Vermeidung von Doppelarbeit sollten die Mitgliedstaaten berechtigt sein, zum Erreichen der Ziele dieser Richtlinie und zur Erfüllung ihrer Anforderungen auf bestehende vorläufige Hochwasserrisikobewertungen, Hochwassergefahrenkarten, Hochwasserrisikokarten und Hochwasserrisikomanagementpläne zurückzugreifen.
- (17) Die Erstellung von Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete gemäß der Richtlinie 2000/60/EG und von Hochwasserrisikomanagementplänen gemäß der vorliegenden Richtlinie sind Elemente der integrierten Bewirtschaftung der Einzugsgebiete. Deshalb sollte bei diesen beiden Prozessen das Potenzial für gemeinsame Synergien und Vorteile im Hinblick auf die umweltpolitischen Ziele der Richtlinie 2000/60/EG genutzt werden und damit eine effiziente und sinnvolle Nutzung von Ressourcen gewährleistet werden, wobei sich die zuständigen Behörden und Bewirtschaftungseinheiten gemäß der vorliegenden Richtlinie und der Richtlinie 2000/60/EG unterscheiden können.
- (18) Die Mitgliedstaaten sollten ihre Bewertungen, Karten und Pläne auf die geeigneten besten Verfahren und die besten verfügbaren Technologien stützen, die keine übermäßigen Kosten im Bereich des Hochwasserrisikomanagements verursachen.

⁽¹⁾ ABl. L 311 vom 14.11.2002, S. 3.

- (19) Bei vielfältiger Nutzung von Wasserkörpern für verschiedene Formen nachhaltiger menschlicher Tätigkeiten (z. B. Hochwasserrisikomanagement, Umweltschutz, Binnenschifffahrt oder Nutzung von Wasserkraft) mit Auswirkungen auf diese Wasserkörper sieht die Richtlinie 2000/60/EG hinsichtlich solcher Nutzungen und Auswirkungen eindeutige und transparente Verfahren vor, einschließlich der Genehmigung von möglichen Ausnahmen hinsichtlich der Ziele des „guten Zustands“ oder des „Verschlechterungsverbots“ in Artikel 4 der genannten Richtlinie. Artikel 9 der Richtlinie 2000/60/EG sieht Maßnahmen zur Kostendeckung vor.
- (20) Die zur Durchführung dieser Richtlinie erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse⁽¹⁾ erlassen werden.
- (21) Insbesondere sollte die Kommission die Befugnis erhalten, den Anhang an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen. Da es sich hierbei um Maßnahmen von allgemeiner Tragweite handelt, die eine Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Richtlinie bewirken, sind diese Maßnahmen nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle des Artikels 5a des Beschlusses 1999/468/EG zu erlassen.
- (22) Diese Richtlinie steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden. Insbesondere soll im Einklang mit dem Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung gemäß Artikel 37 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union die Einbeziehung eines hohen Umweltschutzniveaus in die Politiken der Union gefördert werden.
- (23) Da das Ziel dieser Richtlinie, nämlich die Festlegung eines Rahmens für Maßnahmen zur Verringerung der Risiken hochwasserbedingter Schäden, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahmen besser auf Gemeinschaftsebene zu verwirklichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (24) Nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität und dem dem Vertrag beigefügten Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit und angesichts bestehender Möglichkeiten der Mitgliedstaaten sollte ein erhebliches Maß an Flexibilität auf lokaler und regionaler Ebene gewährleistet werden, insbesondere hinsichtlich der Organisation und Verantwortung der Behörden.

- (25) Entsprechend Nummer 34 der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung⁽²⁾ sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, für ihre eigenen Zwecke und im Interesse der Gemeinschaft eigene Tabellen aufzustellen, denen im Rahmen des Möglichen die Entsprechungen zwischen dieser Richtlinie und den Umsetzungsmaßnahmen zu entnehmen sind, und diese zu veröffentlichen —

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Ziel dieser Richtlinie ist es, einen Rahmen für die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken zur Verringerung der hochwasserbedingten nachteiligen Folgen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten in der Gemeinschaft zu schaffen.

Artikel 2

Im Sinne dieser Richtlinie gelten neben den Definitionen von „Fluss“, „Einzugsgebiet“, „Teileinzugsgebiet“ und „Flussgebietseinheit“ gemäß Artikel 2 der Richtlinie 2000/60/EG folgende Begriffsbestimmungen:

1. „Hochwasser“: zeitlich beschränkte Überflutung von Land, das normalerweise nicht mit Wasser bedeckt ist. Diese umfasst Überflutungen durch Flüsse, Gebirgsbäche, zeitweise ausgesetzte Wasserströme im Mittelmeerraum sowie durch in Küstengebiete eindringendes Meerwasser; Überflutungen aus Abwassersystemen können ausgenommen werden.
2. „Hochwasserrisiko“: Kombination der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Hochwasserereignisses und der hochwasserbedingten potenziellen nachteiligen Folgen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten.

Artikel 3

(1) Für die Zwecke der vorliegenden Richtlinie nutzen die Mitgliedstaaten die nach Artikel 3 Absätze 1, 2, 3, 5 und 6 der Richtlinie 2000/60/EG getroffenen Vereinbarungen.

(2) Für die Zwecke der Durchführung der vorliegenden Richtlinie können die Mitgliedstaaten jedoch

- a) andere als die nach Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 2000/60/EG benannten Behörden als zuständige Behörden benennen;
- b) bestimmte Küstengebiete oder einzelne Einzugsgebiete bestimmen und diese einer anderen als der nach Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie 2000/60/EG bestimmten Bewirtschaftungseinheit zuordnen.

⁽¹⁾ ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23. Beschluss geändert durch den Beschluss 2006/512/EG (ABl. L 200 vom 22.7.2006, S. 11).

⁽²⁾ ABl. C 321 vom 31.12.2003, S. 1.

In diesen Fällen übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission bis zum 26. Mai 2010 die in Anhang I der Richtlinie 2000/60/EG genannten Informationen. Zu diesem Zweck gelten Verweise auf zuständige Behörden und Flussgebietseinheiten als Verweise auf die in diesem Artikel genannten zuständigen Behörden und Bewirtschaftungseinheiten. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über jegliche Veränderung der gemäß diesem Absatz gemachten Angaben innerhalb von drei Monaten nach Wirksamwerden der Veränderung.

KAPITEL II

VORLÄUFIGE BEWERTUNG DES HOCHWASSERRISIKOS

Artikel 4

(1) Die Mitgliedstaaten nehmen für jede Flussgebietseinheit bzw. für jede Bewirtschaftungseinheit nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b oder für jeden in ihrem Hoheitsgebiet liegenden Teil einer internationalen Flussgebietseinheit eine vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels vor.

(2) Die vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos wird auf der Grundlage verfügbarer oder leicht abzuleitender Informationen, wie etwa Aufzeichnungen und Studien zu langfristigen Entwicklungen, insbesondere zu den Auswirkungen von Klimaänderungen auf das Auftreten von Hochwasser, durchgeführt, um eine Einschätzung der potenziellen Risiken vorzunehmen. Sie umfasst zumindest Folgendes:

- a) in geeignetem Maßstab angelegte Karten der Flussgebietseinheit, aus denen die Grenzen der Einzugsgebiete, Teileinzugsgebiete und, sofern vorhanden, der Küstengebiete sowie die Topografie und die Flächennutzung hervorgehen;
- b) eine Beschreibung vergangener Hochwasser, die signifikante nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten hatten und bei denen die Wahrscheinlichkeit der Wiederkehr in ähnlicher Form weiterhin gegeben ist, einschließlich ihrer Ausdehnung und der Abflusswege sowie einer Bewertung ihrer nachteiligen Auswirkungen;
- c) eine Beschreibung der signifikanten Hochwasser der Vergangenheit, sofern signifikante nachteilige Folgen zukünftiger ähnlicher Ereignisse erwartet werden könnten;

und umfasst, abhängig von den besonderen Bedürfnissen der Mitgliedstaaten, erforderlichenfalls

- d) eine Bewertung der potenziellen nachteiligen Folgen künftiger Hochwasser auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten unter möglichst umfassender Berücksichtigung von Faktoren wie der Topografie, der Lage von Wasserläufen und ihrer allgemeinen hydrologischen und geomorphologischen Merkmale, einschließlich der Überschwemmungsgebiete als natürliche Retentionsflächen, der Wirksamkeit der bestehenden vom Menschen geschaffenen Hochwasserabwehrinfrastrukturen, der Lage bewohnter Gebiete, der Gebiete wirtschaftlicher Tä-

tigkeit und langfristiger Entwicklungen, einschließlich der Auswirkungen des Klimawandels auf das Auftreten von Hochwasser.

(3) Bei internationalen Flussgebietseinheiten oder mit anderen Mitgliedstaaten geteilten Bewirtschaftungseinheiten nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b stellen die Mitgliedstaaten einen Austausch relevanter Informationen zwischen den betreffenden zuständigen Behörden sicher.

(4) Die Mitgliedstaaten schließen die vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos bis zum 22. Dezember 2011 ab.

Artikel 5

(1) Auf der Grundlage einer vorläufigen Bewertung des Hochwasserrisikos gemäß Artikel 4 bestimmen die Mitgliedstaaten in jeder Flussgebietseinheit, jeder Bewirtschaftungseinheit nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b oder jedem in ihrem Hoheitsgebiet liegenden Teil einer internationalen Flussgebietseinheit diejenigen Gebiete, bei denen sie davon ausgehen, dass ein potenzielles signifikantes Hochwasserrisiko besteht oder für wahrscheinlich gehalten werden kann.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehene Bestimmung von Gebieten in internationalen Flussgebietseinheiten oder in mit anderen Mitgliedstaaten geteilten Bewirtschaftungseinheiten nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b wird zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten koordiniert.

KAPITEL III

HOCHWASSERGEFAHRENKARTEN UND HOCHWASSERRISIKOKARTEN

Artikel 6

(1) Die Mitgliedstaaten erstellen auf der Ebene der Flussgebietseinheiten oder der Bewirtschaftungseinheiten nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten im bestgeeigneten Maßstab für die nach Artikel 5 Absatz 1 bestimmten Gebiete.

(2) Die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten für nach Artikel 5 bestimmte Gebiete, die von mehreren Mitgliedstaaten geteilt werden, unterliegt einem vorherigen Informationsaustausch zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten.

(3) Die Hochwassergefahrenkarten erfassen die geografischen Gebiete, die nach folgenden Szenarien überflutet werden könnten:

- a) Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit oder Szenarien für Extremereignisse;
- b) Hochwasser mit mittlerer Wahrscheinlichkeit (voraussichtliches Wiederkehrintervall ≥ 100 Jahre);
- c) gegebenenfalls Hochwasser mit hoher Wahrscheinlichkeit.

(4) Für jedes in Absatz 3 genannte Szenario ist Folgendes anzugeben:

- a) Ausmaß der Überflutung;
- b) Wassertiefe bzw. gegebenenfalls Wasserstand;
- c) gegebenenfalls Fließgeschwindigkeit oder relevanter Wasserabfluss.

(5) Die Hochwasserrisikokarten verzeichnen potenzielle hochwasserbedingte nachteilige Auswirkungen nach den in Absatz 3 beschriebenen Szenarien, die anzugeben sind als:

- a) Anzahl der potenziell betroffenen Einwohner (Orientierungswert);
- b) Art der wirtschaftlichen Tätigkeiten in dem potenziell betroffenen Gebiet;
- c) Anlagen gemäß Anhang I der Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung⁽¹⁾, die im Falle der Überflutung unbeabsichtigte Umweltverschmutzungen verursachen könnten, und potenziell betroffene Schutzgebiete gemäß Anhang IV Nummer 1 Ziffern i, iii und v der Richtlinie 2000/60/EG;
- d) weitere Informationen, die der Mitgliedstaat als nützlich betrachtet, etwa die Angabe von Gebieten, in denen Hochwasser mit einem hohen Gehalt an mitgeführten Sedimenten sowie Schutt mitführende Hochwasser auftreten können, und Informationen über andere bedeutende Verschmutzungsquellen.

(6) Die Mitgliedstaaten können für bereits ausreichend geschützte Küstengebiete beschließen, die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten auf das in Absatz 3 Buchstabe a genannte Szenario zu beschränken.

(7) Die Mitgliedstaaten können für Gebiete, in denen Überflutungen aus Grundwasserquellen stammen, beschließen, die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten auf das in Absatz 3 Buchstabe a genannte Szenario zu beschränken.

(8) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten bis zum 22. Dezember 2013 erstellt werden.

KAPITEL IV

HOCHWASSERRISIKOMANAGEMENTPLÄNE

Artikel 7

(1) Auf der Grundlage der Karten nach Artikel 6 erstellen die Mitgliedstaaten auf der Ebene der Flussgebietseinheiten oder der Bewirtschaftungseinheiten nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b für die nach Artikel 5 Absatz 1 bestimmten Gebiete und die Gebiete nach Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b im Einklang mit den Absätzen 2 und 3 des vorliegenden Artikels koordinierte Hochwasserrisikomanagementpläne.

⁽¹⁾ ABl. L 257 vom 10.10.1996, S. 26. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 1).

(2) Die Mitgliedstaaten legen für die nach Artikel 5 Absatz 1 bestimmten Gebiete und die Gebiete nach Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b angemessene Ziele für das Hochwasserrisikomanagement fest, wobei der Schwerpunkt auf der Verringerung potenzieller hochwasserbedingter nachteiliger Folgen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten und, sofern angebracht, auf nicht-baulichen Maßnahmen der Hochwasservorsorge und/oder einer Verminderung der Hochwasserwahrscheinlichkeit liegt.

(3) Die Hochwasserrisikomanagementpläne umfassen Maßnahmen zur Erreichung der gemäß Absatz 2 festgelegten Ziele und beinhalten ferner die in Teil A des Anhangs beschriebenen Bestandteile.

Die Hochwasserrisikomanagementpläne berücksichtigen relevante Aspekte, wie etwa Kosten und Nutzen, Ausdehnung der Überschwemmung und Hochwasserabflusswege und Gebiete mit dem Potenzial zur Retention von Hochwasser, wie z. B. natürliche Überschwemmungsgebiete, die umweltbezogenen Ziele des Artikels 4 der Richtlinie 2000/60/EG, Bodennutzung und Wasserwirtschaft, Raumordnung, Flächennutzung, Naturschutz, Schifffahrt und Hafeninfrastruktur.

Die Hochwasserrisikomanagementpläne erfassen alle Aspekte des Hochwasserrisikomanagements, wobei der Schwerpunkt auf Vermeidung, Schutz und Vorsorge, einschließlich Hochwasservorhersagen und Frühwarnsystemen, liegt und die besonderen Merkmale des betreffenden Einzugsgebietes bzw. Teileinzugsgebietes berücksichtigt werden. Die Unterstützung nachhaltiger Flächennutzungsmethoden, die Verbesserung des Wasserrückhalts und kontrollierte Überflutungen bestimmter Gebiete im Falle eines Hochwasserereignisses können ebenfalls in die Hochwasserrisikomanagementpläne einbezogen werden.

(4) Im Interesse der Solidarität dürfen Hochwasserrisikomanagementpläne, die in einem Mitgliedstaat erstellt werden, keine Maßnahmen enthalten, die aufgrund ihres Umfangs und ihrer Wirkung das Hochwasserrisiko anderer Länder flussaufwärts oder flussabwärts im selben Einzugsgebiet oder Teileinzugsgebiet erheblich erhöhen, es sei denn, diese Maßnahmen wurden koordiniert und es wurde im Rahmen des Artikels 8 zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten eine gemeinsame Lösung gefunden.

(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Hochwasserrisikomanagementpläne bis zum 22. Dezember 2015 erstellt und veröffentlicht werden.

Artikel 8

(1) Die Mitgliedstaaten stellen für Flussgebietseinheiten oder Bewirtschaftungseinheiten nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b, die vollständig in ihr Hoheitsgebiet fallen, sicher, dass ein einziger Hochwasserrisikomanagementplan oder ein auf der Ebene der Flussgebietseinheit koordiniertes Paket mit Hochwasserrisikomanagementplänen erstellt wird.

(2) Fällt eine internationale Flussgebietseinheit oder eine Bewirtschaftungseinheit nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b vollständig in das Gemeinschaftsgebiet, so stellen die Mitgliedstaaten eine Koordinierung sicher, um einen einzigen internationalen Hochwasserrisikomanagementplan oder ein auf der Ebene der internationalen Flussgebietseinheit koordiniertes Paket mit Hochwasserrisikomanagementplänen zu erstellen. Werden solche Pläne nicht erstellt, so erstellen die Mitgliedstaaten Hochwasserrisikomanagementpläne, die zumindest die in ihr Hoheitsgebiet fallenden Teile der internationalen Flussgebietseinheit abdecken und die möglichst weitgehend auf der Ebene der internationalen Flussgebietseinheit koordiniert sind.

(3) Erstreckt sich eine internationale Flussgebietseinheit oder eine Bewirtschaftungseinheit nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus, so sind die Mitgliedstaaten bestrebt, einen einzigen internationalen Hochwasserrisikomanagementplan oder ein auf der Ebene der internationalen Flussgebietseinheit koordiniertes Paket mit Hochwasserrisikomanagementplänen zu erstellen; ist dies nicht möglich, so gilt Absatz 2 für alle Teile der internationalen Flussgebietseinheit, die in ihr Hoheitsgebiet fallen.

(4) Die in den Absätzen 2 und 3 genannten Hochwasserrisikomanagementpläne werden durch detailliertere und auf der Ebene der internationalen Teileinzugsgebiete abgestimmte Hochwasserrisikomanagementpläne ergänzt, sofern Länder mit einem gemeinsamen Teileinzugsgebiet dies für angemessen erachten.

(5) Stellt ein Mitgliedstaat ein Problem fest, das Auswirkungen auf das Hochwasserrisikomanagement für seine Gewässer hat, von diesem Mitgliedstaat jedoch nicht gelöst werden kann, so kann er dies der Kommission und jedem anderen betroffenen Mitgliedstaat mitteilen und Empfehlungen zur Lösung dieses Problems geben.

Die Kommission reagiert auf jede Mitteilung oder Empfehlung der Mitgliedstaaten innerhalb von sechs Monaten.

KAPITEL V

ABSTIMMUNG MIT DER RICHTLINIE 2000/60/EG, INFORMATION UND KONSULTATION DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel 9

Die Mitgliedstaaten treffen angemessene Maßnahmen, um die Anwendung dieser Richtlinie und die Anwendung der Richtlinie 2000/60/EG miteinander zu koordinieren, wobei sie den Schwerpunkt auf Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz und des Informationsaustauschs sowie zur Erzielung von Synergien und gemeinsamen Vorteilen im Hinblick auf die Umweltziele des Artikels 4 der Richtlinie 2000/60/EG legen. Insbesondere gilt Folgendes:

1. Die Erstellung der ersten Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten und deren anschließende Überarbeitungen gemäß den Artikeln 6 und 14 der vorliegenden Richtlinie werden dergestalt durchgeführt, dass die darin dargestellten Informationen mit den nach der Richtlinie 2000/60/EG vorgelegten relevanten Angaben vereinbar sind. Sie werden mit den in Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie

2000/60/EG vorgesehenen Überprüfungen abgestimmt und können in diese einbezogen werden.

2. Die Erstellung der ersten Hochwasserrisikomanagementpläne und deren anschließende Überarbeitungen gemäß den Artikeln 7 und 14 der vorliegenden Richtlinie werden mit den in Artikel 13 Absatz 7 der Richtlinie 2000/60/EG vorgesehenen Überprüfungen der Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete koordiniert und können in diese einbezogen werden.
3. Die aktive Einbeziehung aller interessierten Stellen gemäß Artikel 10 der vorliegenden Richtlinie wird, soweit angemessen, mit der aktiven Einbeziehung der interessierten Stellen gemäß Artikel 14 der Richtlinie 2000/60/EG koordiniert.

Artikel 10

(1) Im Einklang mit den geltenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften ermöglichen die Mitgliedstaaten der Öffentlichkeit Zugang zu der ersten Bewertung des Hochwasserrisikos, zu den Hochwassergefahrenkarten, den Hochwasserrisikokarten und den Hochwasserrisikomanagementplänen.

(2) Die Mitgliedstaaten fördern eine aktive Einbeziehung der interessierten Stellen bei der Erstellung, Überprüfung und Aktualisierung der in Kapitel IV genannten Hochwasserrisikomanagementpläne.

KAPITEL VI

DURCHFÜHRUNG UND ÄNDERUNGEN

Artikel 11

(1) Die Kommission kann nach dem in Artikel 12 Absatz 2 genannten Verfahren technische Formate für die Verarbeitung von Daten, einschließlich statistischer und kartografischer Daten, und für deren Übertragung an die Kommission festlegen. Die technischen Formate sollten mindestens zwei Jahre vor den in Artikel 4 Absatz 4, Artikel 6 Absatz 8 bzw. Artikel 7 Absatz 5 genannten Terminen festgelegt werden, wobei die bestehenden Standards sowie die nach den einschlägigen Gemeinschaftsrechtsakten entwickelten Formate zu berücksichtigen sind.

(2) Die Kommission kann den Anhang unter Berücksichtigung der Überarbeitungs- und Aktualisierungsfristen an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anpassen.

Diese Maßnahmen zur Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Richtlinie werden nach dem in Artikel 12 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen.

Artikel 12

(1) Die Kommission wird von dem mit Artikel 21 der Richtlinie 2000/60/EG eingesetzten Ausschuss unterstützt.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Der Zeitraum nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf drei Monate festgesetzt.

(3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten Artikel 5a Absätze 1 bis 4 und Artikel 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

KAPITEL VII

ÜBERGANGSMASSNAHMEN

Artikel 13

(1) Die Mitgliedstaaten können beschließen, die vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos nach Artikel 4 für diejenigen Einzugsgebiete, Teileinzugsgebiete oder Küstengebiete nicht vorzunehmen, für die sie entweder

a) bereits vor dem 22. Dezember 2010 nach Durchführung einer Bewertung des Hochwasserrisikos festgestellt haben, dass ein potenzielles signifikantes Hochwasserrisiko besteht oder für wahrscheinlich gehalten werden kann, was zur Zuordnung des betreffenden Gebiets zu den Gebieten nach Artikel 5 Absatz 1 führt, oder

b) vor dem 22. Dezember 2010 die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sowie von Hochwasserrisikomanagementplänen gemäß den einschlägigen Bestimmungen dieser Richtlinie beschlossen haben.

(2) Die Mitgliedstaaten können beschließen, Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten zu verwenden, die vor dem 22. Dezember 2010 fertig gestellt wurden, sofern das Informationsniveau dieser Karten den Anforderungen des Artikels 6 entspricht.

(3) Die Mitgliedstaaten können beschließen, Hochwasserrisikomanagementpläne zu verwenden, die vor dem 22. Dezember 2010 fertig gestellt wurden, sofern der Inhalt dieser Pläne den Anforderungen des Artikels 7 entspricht.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 des vorliegenden Artikels finden unbeschadet des Artikels 14 Anwendung.

KAPITEL VIII

ÜBERPRÜFUNGEN, BERICHTE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 14

(1) Die vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos oder die Bewertung und Beschlüsse nach Artikel 13 Absatz 1 werden bis zum 22. Dezember 2018 und danach alle sechs Jahre überprüft und erforderlichenfalls aktualisiert.

(2) Die Hochwassergefahrenkarten und die Hochwasserrisikokarten werden bis zum 22. Dezember 2019 und danach alle sechs Jahre überprüft und erforderlichenfalls aktualisiert.

(3) Der bzw. die Hochwasserrisikomanagementpläne, einschließlich der in Teil B des Anhangs beschriebenen Bestandteile, werden bis zum 22. Dezember 2021 und danach alle sechs Jahre überprüft und erforderlichenfalls aktualisiert.

(4) Bei den Überprüfungen nach den Absätzen 1 und 3 wird den voraussichtlichen Auswirkungen des Klimawandels auf das Auftreten von Hochwasser Rechnung getragen.

Artikel 15

(1) Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission die vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos, die Hochwassergefahrenkarten, die Hochwasserrisikokarten und die Hochwasserrisikomanagementpläne gemäß den Artikeln 4, 6 und 7 sowie die betreffenden überarbeiteten und gegebenenfalls aktualisierten Fassungen innerhalb von drei Monaten nach den in Artikel 4 Absatz 4, Artikel 6 Absatz 8, Artikel 7 Absatz 5 bzw. Artikel 14 genannten Terminen zur Verfügung.

(2) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission innerhalb der in Artikel 4 Absatz 4, Artikel 6 Absatz 8 bzw. Artikel 7 Absatz 5 genannten Fristen über die nach Artikel 13 Absätze 1, 2 und 3 getroffenen Beschlüsse und stellen ihr die diesbezüglichen Informationen zur Verfügung.

Artikel 16

Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 22. Dezember 2018 und danach alle sechs Jahre einen Bericht über die Durchführung dieser Richtlinie. Bei der Erstellung dieses Berichts werden die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt.

Artikel 17

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie bis zum 26. November 2009 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 18

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 19

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Straßburg am 23. Oktober 2007.

Im Namen des Europäischen
Parlaments
Der Präsident
H.-G. PÖTTERING

Im Namen des Rates
Der Präsident
M. LOBO ANTUNES

ANHANG

A. Hochwasserrisikomanagementpläne

I. Bestandteile der ersten Hochwasserrisikomanagementpläne:

1. Schlussfolgerungen aus der in Kapitel II geforderten vorläufigen Bewertung des Hochwasserrisikos in Form einer Übersichtskarte der Flussgebietseinheit oder der Bewirtschaftungseinheit gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b, mit Angabe der gemäß Artikel 5 Absatz 1 bestimmten Gebiete, die Gegenstand dieses Hochwasserrisikomanagementplans sind;
2. Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten, die gemäß Kapitel III erstellt wurden oder gemäß Artikel 13 bereits bestehen, und mögliche Schlussfolgerungen aus diesen Karten;
3. Beschreibung der gemäß Artikel 7 Absatz 2 festgelegten angemessenen Ziele des Hochwasserrisikomanagements;
4. Zusammenfassung der Maßnahmen und deren Rangfolge, die auf die Verwirklichung der angemessenen Ziele des Hochwasserrisikomanagements abzielen, einschließlich der gemäß Artikel 7 ergriffenen Maßnahmen, und der im Rahmen anderer Gemeinschaftsrechtsakte, einschließlich der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten ⁽¹⁾, der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen ⁽²⁾, der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme ⁽³⁾ und der Richtlinie 2000/60/EG ergriffenen Hochwasserbekämpfungsmaßnahmen;
5. falls verfügbar, für grenzüberschreitende Einzugsgebiete oder Teileinzugsgebiete eine Beschreibung der von den betreffenden Mitgliedstaaten festgelegten Methode für die Kosten-Nutzen-Analyse, die für die Beurteilung von Maßnahmen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen verwendet wird.

II. Beschreibung der Umsetzung des Plans:

1. Beschreibung der Rangfolge und der Methode, nach der die Fortschritte bei der Umsetzung des Plans überwacht werden;
2. Zusammenfassung der zur Information und Anhörung der Öffentlichkeit ergriffenen Maßnahmen/Aktionen;
3. Liste der zuständigen Behörden und gegebenenfalls Beschreibung der Koordinierungsverfahren innerhalb jeder internationalen Flussgebietseinheit und des Koordinierungsverfahrens mit der Richtlinie 2000/60/EG.

B. Bestandteile späterer Aktualisierungen der Hochwasserrisikomanagementpläne:

1. alle Änderungen oder Aktualisierungen seit Veröffentlichung der letzten Fassung des Hochwasserrisikomanagementplans, einschließlich einer Zusammenfassung der nach Artikel 14 durchgeführten Überprüfungen;
2. Bewertung der Fortschritte im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des Artikels 7 Absatz 2;
3. Beschreibung und Begründung von Maßnahmen, die in einer früheren Fassung des Hochwasserrisikomanagementplans vorgesehen waren, und deren Umsetzung geplant war, aber nicht durchgeführt wurde;
4. Beschreibung der zusätzlichen Maßnahmen, die seit Veröffentlichung der letzten Fassung des Hochwasserrisikomanagementplans ergriffen wurden.

⁽¹⁾ ABl. L 175 vom 5.7.1985, S. 40. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 156 vom 25.6.2003, S. 17).

⁽²⁾ ABl. L 10 vom 14.1.1997, S. 13. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 97).

⁽³⁾ ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte, die in Anwendung des EG-Vertrags/Euratom-Vertrags erlassen wurden)

ENTSCHEIDUNGEN UND BESCHLÜSSE

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 29. Oktober 2007

zur Änderung von Anlage B zu Anhang VII der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens hinsichtlich einiger Betriebe in der Fleisch-, Geflügelfleisch-, Fisch-, Milch- und Milcherzeugnisverarbeitung in Rumänien

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2007) 5210)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2007/710/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens, insbesondere Anhang VII Kapitel 5 Abschnitt B Unterabschnitt I Buchstabe e,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene⁽¹⁾ und die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs⁽²⁾ sehen bestimmte strukturelle Anforderungen an Betriebe vor, die in den Geltungsbereich dieser Verordnungen fallen.
- (2) Anhang VII Kapitel 5 Abschnitt B Unterabschnitt I Buchstabe a der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens sieht vor, dass bestimmte, in diesen Verordnungen

festgelegte strukturelle Anforderungen an die in Anlage B zu Anhang VII der Beitrittsakte aufgeführten Betriebe („Liste der Betriebe“) unter bestimmten Bedingungen bis zum 31. Dezember 2009 nicht gelten.

- (3) Die Liste der Betriebe wurde mit der Entscheidung 2007/23/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 zur Änderung von Anlage B zu Anhang VII der Beitrittsakte von 2005 hinsichtlich einiger Betriebe in der Fleisch-, Milch- und Fischwirtschaft in Rumänien⁽³⁾ aktualisiert.
- (4) In Rumänien haben einige Betriebe der Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch und Milch verarbeitenden Sektoren sowie einige Milchproduktbetriebe ihren Modernisierungsprozess abgeschlossen und entsprechen nun in vollem Umfang den Gemeinschaftsvorschriften. Andere Betriebe haben ihre Tätigkeit eingestellt. Damit diesen Veränderungen Rechnung getragen werden kann, sollte die Liste der Betriebe entsprechend geändert werden.
- (5) Aus technischen Gründen haben einige Betriebe der Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch und Milch verarbeitenden Sektoren sowie einige Milchproduktbetriebe in Rumänien außerdem Schwierigkeiten, die einschlägigen strukturellen Anforderungen der Verordnungen (EG) Nr. 852/2004 und (EG) Nr. 853/2004 einzuhalten. Diese Betriebe brauchen mehr Zeit für den Abschluss ihres Modernisierungsprozesses, der ihnen die umfassende Einhaltung der in diesen Verordnungen festgelegten strukturellen Anforderungen ermöglichen wird. Sie sollten in die Liste der Betriebe in der Übergangsphase aufgenommen werden.

⁽¹⁾ ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1. Berichtigung im ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 3.

⁽²⁾ ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55. Berichtigung im ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 22. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1).

⁽³⁾ ABl. L 8 vom 13.1.2007, S. 9.

- (6) Sie alle bieten nun hinreichende Garantien dafür, dass sie über die erforderlichen Mittel verfügen, um innerhalb der Übergangszeit etwaige noch verbliebene Mängel zu beheben. Es liegen detaillierte Informationen zu den Mängeln in den einzelnen Betrieben vor.
- (7) Im Interesse der Klarheit des Gemeinschaftsrechts ist es zweckmäßig, die Liste der Betriebe in Anlage B zu Anhang VII der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens durch die Liste im Anhang dieser Entscheidung zu ersetzen.
- (8) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anlage B zu Anhang VII der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens wird durch den Wortlaut im Anhang dieser Entscheidung ersetzt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 29. Oktober 2007

Für die Kommission

Markos KYPRIANOU

Mitglied der Kommission

ANHANG

„Anlage B zu Anhang VII

Liste der Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch und Milch verarbeitenden Betriebe sowie der Milchproduktbetriebe gemäß Anhang VII Kapitel 5 Abschnitt B Unterabschnitt I**Fleisch verarbeitende Betriebe**

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
1	AB 927	S.C. Lider Prod Carn SRL	Alba Iulia, Jud. Alba, 510340
2	AB 2588	S.C. Crimbo Carn SRL	Zlatna, Jud. Alba, 516100
3	AB 2771	S.C. Montana Popa SRL	Blaj, Str. Gh. Barițiu, jud. Alba, 515400
4	AB 2957	S.C. Miacarn SRL	Miraslau, Str. Abatorului nr. 1, jud. Alba, 517470
5	AB 3263	S.C. Transeuro SRL	Ighiu, str. Principală nr. 205 A jud. Alba, 517360
6	AG 002 IC	S.C. Agofloris Prod SRL	Stefanesti, Jud. Arges, 117715
7	AG 005 IC	S.C. Abatorul Campulung	Campulung, Jud. Arges, 115100
8	AG 008 IC	S.C. Carmen SRL	Bascov, Jud. Arges, 117045
9	AG 013 IC	S.C. Radic Star SRL	Stefanesti Str. Cavalerului nr. 893, Jud. Arges, 117715
10	AG 017 IC	S.C. Coșcovele SRL	Rucar Str. Industriasilor nr. 1, jud. Arges, 117630
11	AG 024 IC	S.C. Rador A&E SRL	Bascov, str. Serelor nr. 48, jud. Arges, 117045
12	AG 026 IC	S.C. Muntenia SRL	Costesti, Jud. Arges, 115201
13	AG 29 IC	S.C. Tehnic Complex	Topoloveni, Jud. Arges 115500
14	AR 2146	S.C. Maier Com SRL	Pecica, FN, jud. Arad, 317235
15	AR 4798	S.C. Crimona SRL	Arad, Str. M. Tabacovici, nr. 5 jud. Arad, 310249
16	AR 4927	S.C. Prodalim SRL	Arad, Str. Feleacului, nr. 1, jud. Arad, 310396
17	AR 4930	S.C. Filip D Impex SRL	Arad, Str. Lacrimioa-relor, nr. 4/A, jud. Arad, 310445
18	AR 5065	S.C. RB Prod SRL	Arad, Str. Constituției, jud. Arad, 310227
19	AR 5307	S.C. Chibax SRL	Arad, Str. Bodrogului, nr. 20, jud. Arad, 310059
20	AR 5806	S.C. Combinatul Agroind Curtici	Curtici, Str. Revoluției nr. 33, jud. Arad, 315200
21	AR 6119	S.C. Ropilin Impex SRL	Arad, Str. Calea Bodrogului nr. 20, jud. Arad, 310059
22	B 208	S.C. Rabet Prod SRL	Bucuresti, 062620
23	B 586	S.C. Fleischmeister Prod SRL	Bucuresti, 062620
24	B 764	S.C. Antrefrig SRL	Bucuresti, 062620
25	B 830	S.C. Romalim SRL	Bucuresti, 062620
26	B 39826	S.C. Val Com 50 SRL	Bucuresti, 062620
27	B 40632	S.C. Medeus & Co Prodimpex SRL	București, Str. Parcului nr. 20, sector 1, București, 012329

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
28	B 70304	S.C. Vericom 2001 SRL	Str. Turnu Magurele nr. 17, Bucuresti, 041706
29	B 71201	S.C. Clasinterprod SRL	Bucuresti, 062620
30	BC 2	S.C. Agricola Internat SA.	Bacau, Jud. Bacau, 600450
31	BC 1022	S.C. Carmun SRL	Loc. Oituz, Poiana Sarata, jud. Bacau, cod 607371
32	BC 1306	S.C. Bunghez Prodcum SRL	Onesti, Str. Caşinului nr. 2, jud. Bacau, 601007
33	BC 2598	SC Salbac Dry Salami	Bacau, Jud. Bacau, 600450
34	BC 3178	S.C. Nicbac SRL	Loc. N. Balcecu, jud. Bacău, cod 607355
35	BC 4165	S.C. Tiberias 2000 SRL	Racaciuni, jud. Bacau, 607480
36	BC 5196	S.C. Miralex SRL	Loc. Bacau, str. Bicaş, nr. 8, Jud. Bacau, cod 600293
37	BC 5733	S.C. Alimenta S.A.	Bacau, Str. Arinilor nr. 13, jud. Bacau, 600351
38	BH 036	S.C. Toto Flor Com SRL	Madaras, Jud. Bihor, 417330
39	BH 102	S.C. Prodaliment SA	Salonta, Str. Republicii, nr. 101, jud. Bihor, 41550
40	BH 110	S.C. Nutrientul SA	Oradea, str. Cazaban nr. 134, jud. Bihor, 410276
41	BH 223	S.C. Florian Impex.SRL	Oradea, str. Morii nr. 11/B, jud. Bihor, 410577
42	BH 226	S.C. Distinct Comimpex. SRL	Oradea, Jud. Bihor, 410710
43	BH 704	S.C. Carmangerie Tavi-Bogdan SRL	Oradea, str. Dobrogei nr. 21, jud. Bihor, 410526
44	BH 1534	S.C. Columbia Romimpex SRL.	Oradea, str. Arţarilor nr. 13/A, jud. Bihor, 410258
45	BH 2010	S.C. Sarilma Com.SRL	Loc. Sumugiu nr. 15, jud. Bihor, 417279
46	BH 2029	S.C. Cominca.SA	Oradea, str. Octavian Goga nr. 4, jud. Bihor, 410221
47	BH 2227	S.C. Andromi Com.SRL	Oradea, str. Fagurelui nr. 18, jud. Bihor 410222
48	BH 3001	S.C. Global Agro Prod SRL	Sârbi nr. 469, jud. Bihor, 417520
49	BH 3092	S.C. Inter Prod Com SRL	Sacueni, str. Leta Mare, jud. Bihor, 417435
50	BH 5073	S.C. Betarom Impex SRL	Valea Mihai, Jud. Bihor, 415700
51	BH 5122	S.C. Abrumar	Sântandrei, nr. 62/B, jud. Bihor, 417515
52	BH 5185	S.C. Carmangerie Tavi-Bogdan SRL	Loc. Mihai Bravu nr. 169, jud. Bihor, 417237
53	BH 5341	S.C. Abator Dara SRL	Tulca 668 A, jud. Bihor, 417600
54	BN 2041	S.C. Sonil	Feldru, str. Ridul Zavoi, nr. 1209, jud. Bistriţa-Năsăud, 427080
55	BN 2097	S.C. Agroinvest Prod SRL	Bistrita,, str. Libertatii, nr. 41, jud. Bistriţa-Năsăud, 420155
56	BN 2184	S.C. Caraiman	Bistriţa, str. Tarpiului, nr. 26A, jud. Bistriţa-Năsăud, cod: 420062
57	BN 2207	S.C. Rebrisoreana Trans SRL	Bistriţa, Drumul Cetăţii nr. 7A, jud. Bistrita-Năsăud, 420063

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
58	BN 2227	S.C. Unic Cremona	Bistrita, str. Tarpiului, F.N., jud. Bistrița-Năsăud, cod: 420062
59	BR 62	S.C. Doraliment Prod SRL	Brăila, Jud. Braila, 810650
60	BR 405	S.C. Dany Vio SRL	Brăila, Str. Milcov 166, jud. Brăila, 810335
61	BR 406	S.C. Cento Trading SRL	Brăila, Str. Milcov 166, jud. Brăila, 810335
62	BR 574	S.C. Electiv Prod SRL	Comuna Romanu, jud. Brăila, 817115
63	BR 629	S.C. Melkart SRL	Brăila, Str. Barbu Ștefănescu 1, Brăila, jud. Brăila, 810186
64	BR 774	S.C. Tazz Trade SRL	Brăila, Str. Faleză Portului, nr. 2, jud. Brăila 810529
65	BT 125	S.C. Impex Dona SRL	Băisa, jud. Botoșani, 717246
66	BT 132	S.C. Petanic Prod SRL	Flămânzi, jud. Botoșani, 717155
67	BT 133	AF Fediuc Aurel	Curtești, jud. Botoșani, 717110
68	BT 138	S.C. Sagrod SRL	Darabani, Str. Muncitorului, jud. Botoșani, 715100
69	BT 140	S.C. Raffaello SRL	Tîngeni, jud. Botoșani, 717120
70	BT 144	S.C. Agrocarn Company SRL	Botoșani, Str. Pod de Piatra nr. 89, jud. Botoșani 710350
71	BT 188	SC Mary Com Impex SRL	Str. Stegari, nr. 24, Botoșani, jud. Botoșani 710021
72	BT 194	S.C. Practic Comerț SRL	Darabani, Str. 1 Decembrie nr. 168, jud. Botoșani 715100
73	BT 196	S.C. Carne Com SRL	Dracșani, jud. Botoșani, 717374
74	BT 198	S.C. Emanuel Com SRL	Răchiți, jud. Botoșani, 717310
75	BT 202	S.C. Zacom SRL	Bajura, jud. Botoșani, 715101
76	BV 175	S.C. Nelgiani Com SRL	Brașov, Jud. Brasov, 500650
77	BV 1593	S.C. Panfil SRL	Brașov str. Plevnei nr. 13, jud. Brașov 500187
78	BV 1931	S.C. Sergiana Prod Impex SRL	Poiana Mărului str. Principala nr. 339 B, jud. Brașov 507160
79	BV 2807	S.C. Duprod SRL	Codlea str. Halchiului nr. 4, jud. Brașov 505100
80	BZ 101	S.C. Frasinu SA	Buzău, Sos Sloboziei km 2, jud. Buzău 120360
81	BZ 103	S.C. Neptun Ramnic SRL	Râmnicu Sărat, Str. Eroilor nr. 1, jud. Buzău, 125300
82	BZ 104	S.C. N 2001 SRL	Cochirleanca, jud. Buzău, 127190
83	BZ 109	S.C. Ferma Cătălin-Anicom SRL	Pogoanele, Str. N. Bălcescu, jud. Buzău, 125200
84	BZ 110	S.C. Carmozimbrul	Râmnicu Sărat, Str. LTL. Sava Rosescu 140, jud. Buzău, 125300
85	BZ 112	S.C. Tri 94 Prod Com SRL	Com Berca, Sat Valea Nucului, jud. Buzău, 127048
86	BZ 114	S.C. Total Activ SRL	Posta Calnau, Jud. Buzău, 127485
87	BZ 115	S.C. Ferm Com Prod SRL	Căldărăști, jud. Buzău, 125201
88	BZ 204	S.C. Comsoradi SRL	Buzău, Str. Bucegi 14, jud. Buzău, 120208

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
89	CJ 108	S.C. Turism Valcele SRL	Vâlcele FN, jud. Cluj, 407274
90	CJ 120	S.C. Mariflor SRL	Gherla, Jud. Cluj, 405300
91	CJ 122	S.C. Riana Servprodcom SRL	Iclod FN, jud. Cluj, 407335
92	CJ 135	S.C. Maxialiment SRL	Turda, str. Clujului, nr. 194, jud. Cluj 401180
93	CJ 140	S.C. Maria Cris SRL	Huedin, str. Horea, FN, jud. Cluj 405400
94	CJ 474	S.C. Xamus SRL	Baciu, str. Principală, nr. 294, jud. Cluj 407055
95	CJ 3261	S.C. Flora SA	Gârbău, FN, jud. Cluj, 407295
96	CJ 5519	S.C. 2 T Prod SRL	Cluj-Napoca, Str. Taberei nr. 3A, jud. Cluj, 400512
97	CL 0182	S.C. Agrosud SRL	Oltenita, str. 1 Decembrie, nr. 1 E, jud. Călărași, 915400
98	CL 0545	S.C. Dragomir Impex SRL	Com. Cuza Voda, jud. Călărași, 917045
99	CL 1388	S.C. Donald's SRL	Com. Dorobantu, jud. Călărași, 917065
100	CL 1446	S.C. Izocom MC SA	Cuza Vodă, jud. Călărași, 917045
101	CL 1598	S.C. Comaro SRL	Oltenita, str. Cuza Voda, nr. 131, jud. Călărași 915400
102	CS 33	S.C. Stauber SRL	Caransebeș, Str. Sestul Rosu nr. 5, jud. Caraș 325400
103	CS 40	S.C. Palaloga Carneprep SRL	Bocșa, Str. Binișului nr. 1, jud. Caraș 325300
104	CS 47	S.C. Gospodarul SRL	Reșița, Str. Țerovei, F.N. jud. Caraș 320044
105	CS 55	S.C. Simon Prod Com SRL	Berzovia, Str. Fizeșului, F.N. jud. Caraș 327030
106	CS 61	S.C. Mona Lisa SRL	Resita, Jud. Caras – Severin, 320290
107	CS 541	S.C. Agrokraft SRL	Berzovia, Str. Timișorii nr. 2, jud. Caraș 327030
108	CS 2147	S.C. Cavarantana Comp. SA	C-tin Daicoviciu 1A, jud. Caraș, 327090
109	CS 2506	S.C. Marbek Impex SRL	Reșița, Str. Țerovei, nr. 10, jud. Caraș 320044
110	CT 5	S.C. Carmeco SA	Constanta, Sos. Mangaliei nr. 74, jud. Constanta, 900116
111	CT 19	S.C. Carnob SRL	Lumina, Str. Lebedelor nr. 1A, jud. Constanța, 907175
112	CV 123	S.C. Torro Impex SRL	Loc.Lemnia, Str. Principală 375, jud. Covasna, 527110
113	CV 154	S.C. Casalco SA	Sf. Gheorghe, Str. Jókai Mór nr. 9-11, jud. Covasna 520046
114	CV 158	S.C. Agrochem SRL	Câmpu Frumos 5, jud. Covasna, 520072
115	CV 1776	S.C. Lefrumarin 2000 SRL	Micloșoara, Str. Laterală nr. 201, jud. Covasna, 525104
116	CV 2544	S.C. Prod. Com. Tib-Giz SRL	Sf. Gheorghe, Str. Mikes Kelemen nr. 39, jud. Covasna, 520028
117	DB 3075	S.C. Branis Agro SRL	Branistea, Jud. Dambovita, 137050
118	DB 3341	S.C. Nin Bog SRL	Sotanga, Jud. Dambovita, 137430

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
119	DB 3451	S.C. Libertatea SRL	Brănești, jud. Dambovita, 137055
120	DB 3457	S.C. Neval SRL	Pietroșița, jud. Dâmbovița, 137360
121	DJ 222	S.C. Elisiria SRL	Podari, Jud. Dolj, 207465
122	DJ 312	S.C. Olas Prod SRL	Craiova, Str. N. Romanescu nr. 130, jud. Dolj, 200738
123	GJ 5	S.C. Lexi Star SRL	Sat Bucureasa, Com Danesti, jud. Gorj, 217200
124	GJ 2234	S.C. Atos Garant SRL	Sat Urechești com. Dragutesti, jud. Gorj, 217225
125	GL 0369	S.C. Serbănești Livada SRL	Com.Liesti, jud. Galați, 805235
126	GL 0853	S.C. Atfab SRL	Tecuci, str. Mihail Kogalniceanu nr. 64, jud. Galați, 805300
127	GL 3026	S.C. Top Fish Food SRL	Galati, str. Traian nr. 437, jud. Galați, 800179
128	GL 3330	S.C. Karomtec SRL	Tecuci, str. Mihail Kogalniceanu nr. 48 jud. Galați, 805300
129	GL 3710	S.C. Saltempo SRL	Galati, Jud. Galati, 800830
130	GL 4121	S.C. Romnef SRL	Munteni, Jud. Galati, 807200
131	GR 5663	S.C. Carnig SRL	Giurgiu, Șos București Km 3, jud. Giurgiu, 080301
132	HD 2	S.C. Adept Prod SRL	Deva, Jud. Hunedoara, 330520
133	HD 28	S.C. Alexcom SRL	Orăștie, str. Erou O. Munteanu, nr. 15 jud. Hunedoara, 335700
134	HD 66	S.C. Agrocompany SRL	Com. Certeju de Sus, sat Nojag, nr. 1A, jud. Hunedoara, 337196
135	HD 78	S.C. Carman DC Prest SRL	Orăștie, str. Luncii, nr. 3, jud. Hunedoara, 335700
136	HD 89	S.C. Rotina Product SRL	Hunedoara, str. Libertății, nr. 4, jud. Hunedoara, 331128
137	HD 143	S.C. Lorialba Prest SRL	Brad, Str. Crișul Alb nr. 1, jud. Hunedoara, 335200
138	HD 147	S.C. Agrocompany SRL	Sântuhalm, nr. 123, jud. Hunedoara, 330004
139	HR 73	S.C. Elan Trident SRL	Odorheiu Secuiesc, Str. Rákóczi Ferenc 90, jud. Harghita, 535600
140	HR 84	S.C. Amiral SRL	Mrea Ciuc, Jud. Harghita, 530320
141	HR 153	S.C. Arterimpex SRL	Gheorgheni, Str. Kossuth Lajos nr. 211, jud. Harghita, 535500
142	HR 207	S.C. Decean SRL	Mrea Ciuc, Jud. Harghita, 530320
143	HR 263	S.C. Avicoopex SRL	Cristuru Secuiesc, Str. Orban Balays, jud. Harghita, 535400
144	IF 42	S.C. Zena SRL	Domnesti, Jud. Ilfov, 077090
145	IF 2188	S.C. Preda Prod Com SRL.	Com. Jilava, Jud. Ilfov, 077120
146	IF 2749	S.C. Nigo Car Prod SRL	Pantelimon, Jud. Ilfov, 077145
147	IF 2755	S.C. Ifantis Romania SRL.	Otopeni, Jud. Ilfov, 075100

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
148	IF 2789	S.C. Mario T General Com SRL	Voluntari, str. Ghe. Dinida, nr. 5 jud. Ilfov, 077190
149	IF 2831	S.C. Picovit Rom Impex SRL	Popesti Leordeni, Str. Olteniței nr. 220, jud. Ilfov 077160
150	IF 2872	S.C. Popas Turistic Apollo SRL	Afumați, sos. Buc.-Urziceni, nr. 1672, jud. Ilfov, 077010
151	IF 2873	S.C. Romsuintest SA	Periș, jud. Ilfov, 077150
152	IF 2913	S.C. Overseas 2000 SRL	Glina, str. Abatorului, nr. 5, jud. Ilfov, 077105
153	IF 3384	S.C. Glina SA	Glina, str. Abatorului, nr. 5, jud. Ilfov, 077105
154	IL 0245	S.C. STC Internațional SRL	Ghe. Lazăr, jud. Ialomița, 927130
155	IL 1060	S.C. Ovicom SRL	Slobozia, Sos Buc-Constanta, km 2-4, jud. Ialomița, 920086
156	IL 702	S.C. Hiros SRL	Alexeni, jud. Ialomita, 927015
157	IL 1122	S.C. Albora SRL	Coșereni, jud. Ialomița, 927095
158	IS 333	S.C. Kosarom SA	Pascani, Jud. Iasi, 705200
159	IS 578	S.C. AJC Ana Maria SRL	Iasi, sos Nicolina nr. 150, jud. Iași, 700243
160	IS 607	S.C. Sturion SRL	Tg. Frumos, st. Buznei 3 a, jud. Iași, 705300
161	IS 639	S.C. Marcel SRL	Mircesti, Jud. Iasi, 707295
162	IS 1354	S.C. Razana SRL	Harlau, str. Abatorului nr. 1, jud. Iasi, cod 705100
163	MM 28	S.C. Tipgex Ghita SRL	Ardusat, Jud. Maramures, 437005
164	MM 892	S.C. Carmangeria Dalia SRL	Baia Mare, Bd. București 49, jud. Maramures, 430013
165	MM 990	S.C. Toto SRL	Lapusel, Jud. Maramures, 437227
166	MM 1054	S.C. Tipgex Ghita SRL	Baia Mare, Jud. Maramures, 430530
167	MM 1609	S.C. Carmangeria B SRL	Baia Mare, Str. Gh. Șincai 14, jud. Maramures, 430311
168	MM 2726	S.C. Cetina SRL	Baia Mare, Jud. Maramures, 430530
169	MM 3054	S.C. Aunda Carn SRL	Sighetu Marmației, Str. A. Iancu 19a, jud. Maramures, 435500
170	MM 3671	S.C. Gelsor SRL	Baia Mare, Bd. Unirii 37a, jud. Maramures, 430232
171	MM 4406	S.C. Carmangeria Dalia SRL	Baia Mare, Jud. Maramures, 430530
172	MM 4420	S.C. Mezelco SRL	Ardusat, nr. 30/A jud. Maramureș, 437005
173	MM 5642	S.C. Selmont SRL	Baia Mare, Jud. Maramures, 430530
174	MS 91	S.C. Prima Com SRL	T. Mures str. Barajului 5 jud. Mures 540101
175	MS 138	S.C. Prodcarni SRL	Tg. Mures str. Libertatii 4 jud. Mures 540031
176	MS 158	S.C. Tordai Impex SRL	Targu Mures, Jud. Mures, 540690
177	MS 198	S.C. Dealul Mare SRL	Sighisaora str. Parangului 100 jud. Mures 545400

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
178	MS 1560	S.C. Nor Dan Deservire SRL	Santana de Mures 593, jud. Mures 547565
179	MS 2585	S.C. Cazadela SRL	Reghin, Str. Oltului nr. 34, jud. Mureș, 545300
180	MS 3180	S.C. Prodimpex Albert's Mixed Goods SRL	Tg. Mures str. Muresului 8 jud. Mures 540252
181	MS 4048	S.C. Coniflor SRL	Gurghiu, Str. Petru Maior 128, jud. Mureș, 547295
182	MS 4228	S.C. Dealul Mare SRL	Sighisoara str. Parangului 100 jud. Mures, 545400
183	MS 4294	S.C. Talimur SRL	Valea nr. 108, jud. Mures, 547629
184	MS 4585	S.C. Agro Prod Com Dosa SRL	Chibed, Str. Principală nr. 759, jud. Mureș, 547268
185	MS 5044	S.C. Ponderoza Comp. SRL	Tg. Str. Viile str. Viile Dealul Mic jud. Mures 540417
186	MS 5536	S.C. Alymony SRL	Bolintineni 53 jud. Mures 547456
187	MS 5552	S.C. Prodimex Monica SRL	Reghin str. Viilor 65 jud. Mures 545300
188	MS 5670	S.C. BujooBo SRL	Luduș, Str. Republicii nr. 6, jud. Mures, 545200
189	MS 5823	S.C. Carnicomp SRL	Sighisoara, Jud. Mures, 545400
190	NT 24	S.C. Nefmar Prod. Serv. SRL	Dumbrava Roșie, jud. Neamț, 617185
191	NT 31	S.C. Dustim SRL	Piatra Neamț, Str. G.ral Dăscălescu nr. 254, jud. Neamț, 610201
192	NT 32	S.C. Carmduofast SRL	Săvinești, jud. Neamț, 617410
193	NT 33	S.C. Cord Company SRL	Roman, Str. Bogdan Dragoș nr. 111, jud. Neamț, 611160
194	NT 422	S.C. Prodprosper SRL	Dumbrava Roșie, Str. Dumbravei nr. 18, jud. Neamț, 617185
195	NT 445	S.C. Azo SRL	Tg. Neamț, str. Nemțisor 59, jud. Neamț, 615200
196	NT 549	S.C. TCE 3 Brazi SRL	Zănești, jud. Neamț, 617515
197	OT 24	S.C. Spar SRL	Potcoava, Str. Gării nr. 10, jud. Olt, 237355
198	OT 26	S.C. Matra SRL	Scornicesti, B-dul Muncii, jud. Olt, 235600
199	OT 2076	S.C. Simona SRL	Balș, Str. Popa Șapcă nr. 105, jud. Olt, 235100
200	OT 2091	S.C. Avi Iancu SRL	Slatina, str. Textelistului, nr. 4 jud. Olt, 230126
201	OT 2093	S.C. Comagrimex	Slatina, str. Grigore Alexandrescu, nr. 19 jud. Olt, 230049
202	OT 2094	S.C. Malitext SRL	Scornicesti, str. Tudor Vladimirescu, jud. Olt, 235600
203	PH 34	S.C. Salsi SA	Sinaia, Str. Republicii nr. 20, jud. Prahova, 106100
204	PH 180	S.C. Panex Ion SNC	Bucov, str. Valeanca, jud. Prahova, cod 107110
205	PH 3618	S.C. Brutus Impex SRL	Manesti, jud. Prahova, cod 107375

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
206	PH 3960	S.C. Filip Prod Carn SRL	Filipeștii de Pădure, Str. Minei nr. 1, jud. Prahova, 107245
207	PH 4417	S.C. Gopa SRL	Ploiești, Str. Gheorghe Doja, nr. 124, jud. Prahova 100141
208	PH 4987	S.C. Ana & Cornel SNC	Mizil, str. Amarului, nr. 1, jud. Prahova, cod 105800
209	PH 5410	S.C. Nicolin SRL	Targsoru Vechi, sat Strejnic, jud. Prahova, cod 107592
210	PH 5451	S.C. Filipescarom SRL	Filipeștii de Pădure, Str. Rotărești 839, jud. Prahova, 107245
211	PH 5644	S.C. Maraget Prod SRL	Ploiesti, str. Corlatesti, nr. 15, jud. Prahova, cod 100532
212	PH 5775	S.C. Domidene SRL	Posești, jud. Prahova, 107440
213	PH 5878	S.C. Comnilis SRL	Magureni, str. Filipeștii de Padure, tarla 24, jud. Prahova, cod 107350
214	PH 6012	S.C. Carnsan Prod SRL	Filipești de Padure, str. Principala, nr. 941, jud. Prahova, cod 107245
215	PH 6044	S.C. Algrim Center SRL	Barcanesti, Jud. Prahova, 107055
216	PH 6190	S.C. Banipor SRL	Targ Vechi, Jud. Prahova, 107590
217	SB 111	S.C. M & C Import Export SRL	Copsa Mica, Sat Tirnavioara, nr. 90, jud. Sibiu, 555400
218	SB 126	S.C. Capa Prod SRL	Sibiu, Calea Turnisorului, nr. 150, jud. Sibiu, 550048
219	SB 138	S.C. Muvi Impex SRL	Sibiu, Str. Drumul Ocnei, nr. 4, jud. Sibiu, 550092
220	SB 157	S.C. Lactofarm SRL	Hamba Nr. 335, jud. Sibiu, 557266
221	SB 388	Af Fluieras	Bungard, Jud. Sibiu, 557261
222	SJ 86	S.C. Universal SRL	Crișeni, jud. Sălaj, 457105
223	SM 102	S.C. Magvacom SRL	Carei, Jud, Satu Mare, 445100
224	SM 104	S.C. Rosacom Import-Export SRL	Satu Mare, str. Careiului, nr. 146, jud. Satu Mare, 440187
225	SM 105	S.C. Clara Prod Com SRL	Carei, DN 19, Ferma Ianculesti, jud. Satu Mare, 445100
226	SM 3897	S.C. Arca SRL	Satu Mare, str. Soimoseni, nr. 32, jud. Satu Mare, 440111
227	SV 039	S.C. Tonic Distribution SRL	Brosteni, Jud. Suceava, 727075
228	SV 139	S.C. Apollo SRL	Rădăuți, Str. Constantin Brancoveanu, jud. Suceava, 725400
229	SV 217	S.C. Rogelya SRL	Fălticeni, Str. Ion Creangă nr. 69, jud. Suceava, 725200
230	SV 254	S.C. Killer SRL	Horodnic, Jud. Suceava, 727300
231	SV 5661	S.C. Harald SRL	Mazanaiesti, jud. Suceava, 727219
232	SV 5666	S.C. Superstar SRL	Radauti, Str. Francei 24, jud. Suceava, 725400
233	SV 5819	S.C. Mara Alex SRL	Bădeuți, jud. Suceava, 727361

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
234	SV 5943	S.C. Scuza Prod SRL	Forăști 96, jud. Suceava, 727235
235	SV 5962	S.C. Carpatis SRL	Suceava, Str. Mirauti nr. 72, jud. Suceava, 720028
236	SV 5963	S.C. Danielevici SRL	Gura Humorului, Str. Fundatura Ghiociei 2, jud. Suceava, 725300
237	SV 5965	S.C. Killer SRL	Horodnic de jos, jud. Suceava, 727301
238	SV 6066	S.C. Raitar SRL	Cornu Luncii, jud. Suceava, 727140
239	SV 6067	S.C. Andelvero SRL	Câmpulung Moldovenesc, Str. Eudoxiu Hurmuzachi 6, jud. Suceava, 725100
240	SV 6071	S.C. Ancarol SRL	Gura Humorului, Bd. Bucovina FN, jud. Suceava, 725300
241	SV 6102	S.C. Avastar SRL	Liteni, jud. Suceava, 727335
242	TL 019	S.C. Tabco Campofrio SA	Tulcea, Str. Prislav nr. 177, jud. Tulcea, 820013
243	TL 020	S.C. Carniprod SRL	Tulcea, Sos. Murighiol km 4-5, jud. Tulcea, 820004
244	TL 177	S.C. Gazdi Prod SRL	Stejaru, Jud. Tulcea, 827215
245	TL 269	S.C. Romit SA	Tulcea, Jud. Tulcea, 820320
246	TL 418	S.C. Stoli SRL	Cerna, Jud. Tulcea, 827045
247	TL 658	S.C. Cosmit TL SRL	Ceamurlia de Sus, Jud. Tulcea, 827008
248	TL 686	S.C. Pig Com SRL	Satu nou, Jud. Tulcea, 827141
249	TL 782	S.C. Prodimport CDC SRL	Frecăței, jud. Tulcea, 827075
250	TL 1273	S.C. MM Product SA	Tulcea, Jud. Tulcea, 820320
251	TM 378	S.C. Veromen SRL	Timișoara, Jud. Timis, 300970
252	TM 1683	S.C. Carnexim Banat SRL	Dumbrăvița, str. M. Eminescu 87 A, jud. Timiș, 307160
253	TM 1931	S.C. Agil SRL	Timișoara, Aleea Viilor nr. 24 A, jud. Timis, 303700
254	TM 2725	S.C. Recosemtract ARL	Recaș, Calea Bazoșului nr. 1, jud. Timis, 307340
255	TM 4187	S.C. Femadar SRL	Giroc str. Gloria nr. 4, jud. Timiș, 307220
256	TM 4297	S.C. Kendo SRL	Victor Vlad Delamarina, jud. Timis, 307460
257	TM 7438	S.C. Ambax SRL	Timisoara, Calea Buziașului nr. 14, jud. Timiș, 300693
258	TM 9568	S.C. Komoviand SRL	Jebel, f.n., jud. Timiș, 307235
259	TM 9595	S.C. Pastorel SRL	Carani, f.n., jud. Timiș, 307376
260	TR 10	S.C. Romcip SA	Salcia, Jud. Teleorman, 147300
261	TR 26	S.C. Com Giorgi SRL	Alexandria, Jud. Teleorman, 140150
262	TR 36	S.C. Avicola Costești SA	Rosiori de Vede, Str. Vadu Vezii 1 jud. Teleorman, 145100
263	TR 93	S.C. Mara Prod Com SRL	Alexandria, Str. Abatorului nr. 1 bis, jud. Teleorman, 140106
264	VL 6	S.C. Diana Prod SRL	Vlădești, jud. Vâlcea, 247740

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
265	VL 4174	S.C. Marsto Prod SRL	Rm. Valcea, Str. Stirbei Voda 77, jud. Vâlcea, 240588
266	VN 42	S.C. Stemaradi SRL	Tătăranu, Jud. Vrancea, 627350
267	VN 2694	S.C. Comind Thomas SRL	Focsani, Str. Sihleanu 5, jud. Vrancea, 620165
268	VN 3045	S.C. Vanicad Prod SRL	Milcov, Jud. Vrancea, 627205
269	VN 3085	S.C. Madalina Serv SRL	Adjud, Jud. Vrancea, 625100
270	VN 2796	S.C. Luky Comprod SRL	Homocea, jud. Vrancea, 627175,
271	VN 2954/ 116	S.C. Aurora Com SRL	Odoșești, Str. Libertății nr. 38, jud. Vrancea, 625300
272	VS 2231	S.C. Tivas Impex SRL	Vaslui, Jud. Vaslui, 730300
273	VS 2232	S.C. Prodcyp Impex SRL	Husi, Str. Huși-Stăniștești 2, jud. Vaslui, 735100
274	VS 2243	S.C. CIB SA	Bârlad, Fundătura Elena Doamna nr. 2, jud. Vaslui, 731018
275	VS 2268	S.C. Viorom P Impex SRL	Com Oltenesti, Localitatea Tarzii, jud. Vaslui, 737380
276	VS 2300	S.C. Caracul SRL	Vaslui, Jud. Vaslui, 730233

Geflügelfleisch verarbeitende Betriebe

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
1	AR 92	SC Agriprod SRL	Nadlac, str. Calea Aradului nr. 1, 315500
2	AR 294	SC Prodagro Cetate SRL	Siria, Complex zootehnic, jud. Arad
3	AR 6078	S.C. Petra Prod SA	Arad, Str. Mesterul Manole, nr. 16, jud. Arad, 310493
4	B 120	SC Rom-Select 2000 SRL	Bucuresti, B-dul Iuliu Maniu nr. 220, sector 6
5	B 269	SC Foodicom SRL	Bucuresti, Str. Catinei nr. 25, sector 6
6	B 921	SC Romalim International SRL	Bucuresti, B-dul Timisoara 104 B, sector 6
7	BH 103	S.C. Avicola Salonta SA	Salonta, Str. Ghestului, nr. 7, jud. Bihor, 415500
8	BR 456	S.C. Bona Avis SRL	Oras Ianca, Str. Sos. Brailei nr. 3, jud. Braila, 817200
9	BV 11	S.C. Avicod SA	Codlea extravilan, jud. Brasov, 505100
10	BV 12	SC Drakom Silva SRL	Codlea extravilan, sos Codlea Dumbravita, jud. Brasov
11	CJ 109	S.C. Oncos Impex SRL	Florești, Str. Abatorului, nr. 2, jud. Cluj, 407280
12	CL 201	SC Mixalim Impex SRL	Com. Frumușani, jud. Calarasi
13	CS 42	S.C. Food 2000 SRL	Bocsa, Str. Binisului nr. 10, jud. Caras Severin, 325300
14	CV 210	S.C. Nutricod SA	Sf. Gheorghe, Str. Paraului nr. 6, jud. Covasna, 520033

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
15	DJ 34	SC Felvio SRL	Bucovăț, Platforma Bucovăț, jud. Dolj
16	GJ 2117	S.C. Aviinstant SRL	Tg. Jiu, Str. Mărgăritarului, jud. Gorj, 210223
17	GR 2951	S.C. Agronutrisco SRL	Drăgănescu, Com. Mihailesti, jud. Giurgiu, 085200
18	HD 73	S.C. Avis 3000 SA	Balata, Soimus, jud. Hunedoara, 337451
19	IL 0745	S.C. Avicola Slobozia SA	Slobozia, Șos. Buc-Constanța km 5-6, jud. Ialomița 920150
20	IS 1376	S.C. Avicola SA	Tg Frumos, jud. Iasi, 705300
21	IS 461	S.C. Avitop SA	Iasi, Sos Iasi-Tg Frumos km 10, jud. Iasi, 707410
22	MM 1289	SC Avimar SA	Baia Mare str. Bd. Bucuresti nr. 61-63, 430013
23	MS 3896	S.C. Oprea Avicom SRL	Crăiești, nr. 5, jud. Mureș, 547180
24	TL 1265	SC Total Aliment SRL	Tulcea, Str. Isacpei nr. 115, jud. Tulcea
25	TM 2739	SC Aviblan SRL	Jebel, 307235
26	TM 7679	SC.Faust Florea Usturoi SRL	Jimbolia, Str. T. Vladimirescu, 305400
27	B 39833	SC Comprocoop SA Bucuresti (EPP)	Bucuresti, B-dul Timisoara nr. 52, sector 6, 061333
28	CT 10	SC Avicola Lumina SA (EPC)	Lumina, jud. Constanta
29	CT 31	SC Top Vision SRL (EPC)	Corbu, str. Sibioarei Ferma 7 nr. 22, jud. Constanta, 907175
30	CV 471	SC Nutricod SA (EPC)	Sf. Gheorghe, str. Jokai Mor FN, jud. Covasna, 520033
31	DB 97	SC Haditon Cereale SRL (EPC)	Petresti, jud. Dambovita, 135350
32	DB 133	SC Avicola Gaesti SA (EPC)	Gaesti, jud. Dambovita, 135200
33	GR 3028	Avicola Bucuresti SA CSHD Mihailesti (EPC)	Mihailesti, jud. Giurgiu, 085200
34	GR 3037	Jack Moris Com SRL (EPC)	Iepuresti, jud. Giurgiu, 013895
35	GR 1601	SC La Tara SRL (EPC)	Fratesti, jud. Giurgiu, 085200
36	HD 4151	SC Avis 3000 SA Mintia (EPC)	Mintia, str. Principala nr. 2, jud. Hunedoara, 337532
37	IF 234	SC Avicola Buftea (EPC)	Buftea, sos. Bucuresti-Targoviste nr. 4, jud. Ilfov, 070000
38	IF 235	SC Euro-Casa Prod SRL (EPC)	Buftea, sos. Bucuresti-Targoviste nr. 4, jud. Ilfov, 070000
39	IS 192	SC Avicola Iasi SA (EPC)	Iasi, sos. Iasi-Tg. Frumos Km 10, jud. Iasi, 707305
40	MM 002	SC Combimar SA (CC, EPC)	Baia Mare, str. Fabricii nr. 5, jud. Maramures, 430015
41	MM 012	SC Tovira Prod Com SRL (EPC)	Seini, str. Somes nr. 2, jud. Maramures, 435400
42	MM 258	SC Filstar SRL (EPC)	Seini, str. Somes nr. 2, jud. Maramures, 435400
43	MM 330	SC Galinus SRL (EPC)	Seini, str. Somes nr. 2, jud. Maramures, 435400

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
44	MS 45	SC Silvaur SRL (EPC)	Iernut, str. Campului 2, jud. Mures, 545100
45	MS 40	SC Agroprodal SA (EPC)	Dumbrava 230/A, jud. Mures, 547100
46	NT 100	SC Gradinaru Rares SNC (EPC)	Sat Izvoare, Com. Dumbrava Rosie, jud. Neamt, 617185
47	NT 269	SC Morosanu Prest SRL (EPC)	Sat Izvoare, Com. Dumbrava Rosie, jud. Neamt, 617185
48	VN 16	SC Aviputna SA Golesti (EPC)	Com. Golesti, str. Victoriei nr. 22, jud. Vrancea, 627150

Kühlager

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
1	AR 4268	SC. Frigo HM 2001 S.R.L.	Arad, str. Calea 6 Vanatori nr. 55, Jud. Arad, 301061
2	AR 516	SC. Radan Impex S.R.L.	Arad, str. Calea 6 Vanatori nr. 55, Jud. Arad, 301061
3	AR 4245	SC. Laicom S.R.L.	Arad, str. Calea 6 Vanatori nr. 55, Jud. Arad, 301061
4	AR 6183	SC. Laicom Park S.R.L.	Arad, str. Calea 6 Vanatori nr. 55, Jud. Arad, 301061
5	AR 6057	SC. Filip D Impex S.R.L.	Arad, str. Poetului 97-103, Jud. Arad, 310352
6	AR 4572	SC. Filip D Impex S.R.L.	Arad, str. Mesterul Manole F.N. Jud. Arad, 310493
7	AR 498	SC. Codlea Vial International S.R.L.	Arad, str. Calea 6 Vanatori nr. 55, Jud. Arad, 301061
8	AR 514	SC. Agrirom S.R.L.	Vladimirescu, str. Archim FN., Jud. Arad, 310010
9	AR 570	SC Palrom S.R.L.	Șofronea F.N., Jud. Arad, 310640
10	AG 101	SC Eurozen Cetate SRL	Pitesti, str. Depozitelor 14B, Jud. Arges, 110138
11	BC 1034	SC. Agricola International	Bacau, Calea Moldovei 16, Jud. Bacau, 600352
12	BC 788	SC Biota Com SRL	Bacau, str. AL Tolstoi nr. 6, Jud. Bacau, 600293
13	BC 92	SC Comaldin SA	Bacau, str. AL Tolstoi, Jud. Bacau, 600293
14	BC 42	SC Whiteland Logistic SRL	Bacau, str. AL Tolstoi nr. 14, Jud. Bacau, 600293
15	BC 113	SC Caroli Prod 2000 SRL	Bacau, str. AL Tolstoi nr. 14, Jud. Bacau, 600293
16	BC 53	SC Alfredo SRL	Bacau, str. AL Tolstoi nr. 12, Jud. Bacau, 600293
17	BN 63	SC Alsa Group SRL	Bistrita, str. Stramba nr. 2, Jud. Bistrita-Nasaud, 420155
18	BR 157	SC. Risk S.R.L.	Braila, str. Rm Sarat nr. 86 Jud. Braila, 810166

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
19	BR 392	SC. Doraliment Prod S.R.L.	Braila, str. Al. Vlahuta, nr. 1, Jud. Braila, 810188
20	BR 15	SC. Prodaliment S.R.L.	Braila, sos. Baldovinești nr. 12, Jud. Braila, 810176
21	BR 77	SC. Risk S.R.L.	Braila, str. Dorobanți nr. 311, Jud. Braila, 810075
22	BR 5	SC. Terol Prod S.R.L.	Braila, str. Fata Portului nr. 2, Jud. Braila, 810075
23	BR 788	SC. Biota Com S.R.L.	Braila, sos. Baldovinești nr. 12-16, Jud. Braila, 810176
24	BR 161	SC. Promoterm S.R.L.	Braila, sos. Baldovinești nr. 10, Jud. Braila, 810176
25	BR 448	SC. Total Fish S.R.L.	Braila, str. Mihai Bravu nr. 196, Jud. Braila, 810041
26	BR 160	SC. Admir Com S.R.L.	Braila, str. Plutinei nr. 62-64, Jud. Braila, 810527
27	BZ 2326	Asociația Vanatorilor și pescarilor sportivi	Buzau, sos. Brailei km.2, Jud. Buzau, 120360
28	CJ 4168	SC Cina Carmangeria SRL	Sâmpaul nr. 298, jud. Cluj 407530
29	CJ 1483	SC Agroalim Distribution SA	Cluj-Napoca, B-dul Muncii nr. 8, Jud. Cluj, 400641
30	CJ 2741	SC Oncos Impex SRL	Florești, str. Abatorului nr. 2, Jud. Cluj, 401189
31	CJ 4644	SC Marema Company Logistic & Distribution SRL	Cluj-Napoca, B-dul Muncii nr. 83, Jud. Cluj, 400641
32	CJ 4811	SC Napolact SA	Cluj-Napoca, Calea Baciului nr. 2-4, Jud. Cluj, 400230
33	CJ 29	SC Trimonus Distribution SRL	Cluj-Napoca, str. Liviu Rebreanu nr. 64, Jud. Cluj, 400220
34	CJ 23	SC Maestro Com SRL	Cluj Napoca, str. Traian Vuia nr. 214, Jud. Cluj, 400220
35	CJ 18	SC Danone P.D.R.A. SRL	Cluj Napoca, str. Orastiei nr. 10, Jud. Cluj, 400398
36	CJ 31	SC Macromex SRL	Cluj Napoca, Calea Baciului nr. 179/B, Jud. Cluj, 400230
37	CT 8	SC Carmeco	Constanta, sos. Mangaliei nr. 74, Jud. Constanta, 900111
38	CT 8070	SC Miricos	Constanta, sos. Interioara nr. 1, Jud. Constanta, 900229
39	CT 146	SC Frial	Constanta, Port Constanta, Dana 53, Jud. Constanta, 900900
40	CV 2462	Ocolul silvic Bretcu	Targu Secuiesc, str. Cimitirului 21, Jud. Covasna, 520003
41	DB 94	SC Agroalim SRL	Targoviste, Cooperatiei nr. 5, Jud. Dambovita, 130086
42	DB 103	SC Sorana SRL	Targoviste, str. Cetatea Alba nr. 2, Jud. Dambovita, 130114
43	DB 43	SC Eurobisniss SRL	Sotanga, Jud. Dambovita, 137430
44	DB 4	SC Major Impex SRL	Razvad, Jud. Dambovita, 137395

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
45	DB 169	SC Minion SRL	Targoviste str. Calea Ialomitei, Jud. Dambovita, 130142
46	DB 162	SC Cicom SRL	Targoviste, str. Calea Ialomitei, Jud. Dambovita, 130142
47	DJ 77	SC Arctica Trading SRL	Craiova, str. N. Romanescu, nr. 136C, Jud. Dolj, 200738
48	DJ 59	SC Frigoriferul SA	Craiova, str. Campului nr. 2, Craiova, Jud. Dolj, 200011
49	GL 62	SC Kubo Tofanis SRL	Costi, str. Magnoliei nr. 10, Jud. Galati, 807326
50	GL 100	SC Tapu Carpatin SRL	Galati, str. Piata Rizer, Jud. Galati, 800152
51	GL 111	SC Leinad SRL	Galati, str. Traian nr. 1, Jud. Galati, 800531
52	GL 87	SC Galmirom SRL	Galati, str. George Cosbuc nr. 206, Jud. Galati, 800385
53	GL 102	SC Cristim Prod Com SRL	Galati, str. Cetatianu Ioan nr. 7, Jud. Galati, 800290
54	GL 50	SC Alfredo Trading SRL	Galati, str. H. Coanda nr. 5, Jud. Galati, 800522
55	GL 505	SC Toranavis SRL	Galati, str. Al. Moruzzi nr. 54, Jud. Galati,
56	GL 103	SC Dorna Lactate	Galati, str. Basarabiei nr. 51, Jud. Galati, 800002
57	GR 483	SC. Adasor Com Tours	Bolintin Vale, str. Poarta Luncii nr. 39, Jud. Giurgiu, 085100
58	GR 248	SC. Minimax Discount SRL	Bolintin Deal, str. Ithaca nr. 200A, Jud. Giurgiu, 085100
59	GR 2801	SC. Larnyk Com Prod Impex 99 SRL	Joita, sos. Principala nr. 706, Jud. Giurgiu, 087150
60	GR 3065	SC. Rocca Prod 2000 SRL	Mihailesti, str. Salciei nr. 2, Jud. Giurgiu, 085200
61	GR 3066	SC. Pelicanul Prod 2000 SRL	Mihailesti, str. Monumentului FN, Jud. Giurgiu, 085200
62	HR 281	SC Palcaro S.R.L	Nicolesti, Jud. Harghita, 530211
63	IL 0166	SC Atalanta International SRL	Sos. Bucuresti-Constanta km 2-4, Jud. Ialomita 700910
64	IS 260	SC Agroalim Distribution SRL	Iasi, str. Chimiei nr. 14, jud. Iasi cod 700294
65	IS 1	SC Frigostar SRL	Iasi, str. I. Creangă nr. 109, Jud. Iasi, 700381
66	IS 2	SC Teona SRL	Iasi, str. Tomești nr. 30, Jud. Iasi, 707515
67	IF 353	SC Pasha Ice Land Warehouse SRL	Afumati, sos. Bucuresti-Urziceni nr. 34, Jud. Ilfov, 077010
68	IF 010	SC Avicola Buftea SA	Buftea, sos. Bucuresti-Targoviste nr. 4, Jud. Ilfov, 070000
69	IF 102	SC Exel Delamode Logistic SRL	Chiajna, str. Centura nr. 37-41, Jud. Ilfov, 077040
70	IF 237	SC Simex SRL	Magurele, str. Marasesti nr. 65, Jud. Ilfov, 077125
71	IF 162	SC Tudor Prodcum 94 SRL	Glina, str. Intrarea Abatorului nr. 9, Jud. Ilfov, 077105

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
72	IF 160	SC Tar 93 SRL	1 Decembrie, str. 1 Decembrie nr. 264, Jud. Ilfov, 430306
73	MM 22	SC Agroalim Distribution SRL	Baia Mare, str. Mârgeanului, nr. 6, jud. Maramures, 430014
74	MM 141	SC Maruami Com SRL	Recea, Jud. Maramures, 227414
75	MH 34	SC Vasilopoulos SRL	Turnu Severin, str. Portilor de Fier nr. 2 A, Jud. Mehedinti, 227003
76	MH 31	SC Frau Ella SRL	Simian, str. Dedovintei nr. 5, Jud. Mehedinti, 227447
77	MH 4	SC Ducino com	Turnu Severin, str. Calea Timisoarei nr. 2, Jud. Mehedinti, 220238
78	MS 65	SC Alex Agrocom Impex SRL	Ernei, Jud. Mures, 547215
79	MS 471	SC Avicola Brasov	Reghin, str. CFR nr. 13, Jud. Mures, 540700
80	MS 5622	SC Gitoggi SRL	Targu Mures, str. Gh. Doja nr. 64-68, Jud. Mures, 540146
81	MS 6666	SC Royal German Fish & Seafood SRL	Tarnaveni, str. Industriei nr. 4/205, Jud. Mures, 540700
82	MS 6665	SC Romfleisch SRL	Tarnaveni, str. Industriei 4/202, Jud. Mures, 540700
83	MS 5553	SC Raptonic SRL	Sighisoara, str. Targului nr. 1, Jud. Mures, 540069
84	MS 150	SC Hochland Romania SRL	Sighisoara, str. Targului nr. 1, Jud. Mures, 540069
85	NT 214	SC Marcel SRL	Neamt, str. Castanilor nr. 7, Jud. Neamt, 610139
86	NT 145	SC Medas Impex	D-va Rosie, str. Dumbravei nr. 182, Jud. Neamt, 617185
87	PH 25	SC Casco Distribution SRL	Minier, Serban Cantacuzino nr. 138, Jud. Prahova, 107247
88	PH 28	SC Plus Discount SRL	Crangu lui Bot, DN 72, Jud. Prahova, 100720
89	PH 5727	SC Frigoriferul SA	Ploiesti, str. Laboratorul 5, Jud. Prahova, 100720
90	SJ 16	SC Rom Italia	Salaj, str. M. Viteazu nr. 60/A, Jud. Salaj, 450099
91	SJ 60	SC Flaviola	Salaj, str. M. Viteazu nr. 22/A, Jud. Salaj, 450062
92	SV 143	SC Givas Comimpex SRL	Scheia FN, Jud. Suceava, 727525
93	SV 128	SC Acular SRL	Suceava, str. Humorului 68, Jud. Suceava, 720360
94	SV 202	Directia silvica Suceava	Sadova, str. Principala nr. 8, Jud. Suceava, 727470
95	TL 323	SC Frigorifer SA	Tulcea, str. Portului nr. 14, Jud. Tulcea, 820242
96	TL 263	SC Interfrig SRL	Cataloi, Jud. Tulcea, 827076
97	TL 266	SC Total Fish SRL	Tulcea, str. Prislav, Jud. Tulcea, 820330
98	TL 271	SC Ecofish SRL	Tulcea, str. Jurilovca, str. Portului, Jud. Tulcea, 827115

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
99	TL 274	SC Hala de Peste	Tulcea, str. Libertatii nr. 82, Jud. Tulcea, 820144
100	TL 285	SC Tulco SA	Tulcea, str. Prislav nr. 176, Jud. Tulcea, 820330
101	TL 298	SC Fraher SRL	Tulcea, str. Isacsei nr. 115, Jud. Tulcea, 820226
102	VN 69	SC Opera Com SRL	Focsani, str. Calea Moldovei, Jud. Vrancea, 620250
103	VN 81	SC Stela Com SRL	DN. Soseaua Focsani-Galati km. 5, Jud. Vrancea, 620250
104	B 946	SC Old Legend SRL	Bucuresti, str. Jiului 29, 013221
105	B 883	SC Mantra Meat SRL	Bucuresti, b-dul Timisoara nr. 52, sector 6, 061316
106	B 736	SC Stenyon Com SRL	Bucuresti, b-dul Timisoara nr. 59, sector 6, 061317
107	B 545	Euroccoling Center SRL	Bucuresti, sos. Andronache nr. 203, sector 2, 022524
108	B 488	Expomarket Aliment SRL	Bucuresti, str. Fantanica 36, sector 2, 021802
109	B 473	SC R Family Prod Serv SRL	Bucuresti, str. Valea Merilor nr. 34, sector 1, 011272
110	B 447	SC Marchand SRL	Bucuresti, str. Ion Garbea nr. 26, sector 5, 050683
111	B 432	SC Tabco Campofrio SRL	Bucuresti, str. Dr Harlescu, sector 2, 021505
112	B 411	SC Laicom SRL	Bucuresti, b-dul Timisoara nr. 52, sector 6, 061316
113	B 384	SC Amiral Fish SRL	Bucuresti, str. Tuzla nr. 50, sector 2, 023832
114	B 380	SC Arlina Prod Com Impex SRL	Bucuresti, b-dul Timisoara nr. 52, sector 6, 061316
115	B 328	SC Nordic Import Export Com SRL	Bucuresti, str. Calea Vitan 240, sector 3, 031301
116	B 254	SC Spar SRL	Bucuresti, b-dul Timisoara nr. 52, sector 6, 061316
117	B 214	SC Whiteland Import Export SRL	Bucuresti, b-dul Metalurgiei nr. 132, sector 4, 041837
118	B 190	SC Romselect 2000 SRL	Bucuresti, b-dul Iuliu Maniu 220, sector 6, 061126
119	B 176	SC Metim Fruct Impex SRL	Bucuresti, b-dul Iuliu Maniu 566-570, sector 6, 061101
120	B 418	SC Molero Prod SRL	Bucuresti, b-dul Timisoara nr. 52, sector 6, 061316
121	B 422	SC Perla Grup SRL	Bucuresti, str. Anul 1864 nr. 69, sector 9, 062372
122	B 212	SC Diona International EXIM SRL	Bucuresti, str. Plivitului nr. 68, sector 5, 051829
123	B 338	SC ER & VE Food SRL	Bucuresti, str. Gârbea Ion nr. 26, sector 5, 050683

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
124	B 26	SC Elit SRL	Bucuresti, str. Fântânică nr. 36, sector 2, 021805
125	B 20	SC Stenyon Com SRL	Bucuresti, b-dul Timișoara nr. 52, sector 6, Bucuresti, 061317
126	B 8	SC Elixir CD SRL	Bucuresti, str. Mărgeanului nr. 14, sector 5, 05106
127	B 61	SC Raies Com SRL	Bucuresti, str. Gheorghe Sincai nr. 13, sector 4, 040313
128	B 137	SC Asil 2000 Trading Impex SRL	Bucuresti, b-dul Iuliu Maniu nr. 566-570, sector 6, 061129
129	B 58	SC Frig Pro SRL	Bucuresti, b-dul. Iuliu Maniu nr. 566-570, sector 6, 061101
130	B 321	SC Uno International Eximp SRL	Bucuresti, str. Chitilei nr. 3, sector 1, 012381
131	B 72394	Antepozite Frigorifice PGA SRL	Bucuresti, str. Fantanica nr. 36, 021802
132	B 176	SC Select 95 SRL	Bucuresti, b-dul Iuliu Maniu nr. 566-570, 061101
133	B 236	SC Negro 2000 SRL	Bucuresti, b-dul Splaiul Unirii 162, sector 4, 040042
134	B 363	SC Euro Food Prod SRL	Bucuresti, sos. Odaii nr. 253-259, sector 1, 013604
135	B 202	SC Dioma Intern SRL	Bucuresti, str. Plivitului, nr. 68, sector 5, 051829
136	B 144	SC Aurmar Import Export SRL	Bucuresti, str. Grindeiului, nr. 12, sector 3, 051829
137	B 927	SC Cristim 2 Prodcom	Bucuresti, b-dul Bucurestii Noi nr. 140, sector 1, 012367
138	B183	SC Andu Comert SRL	Bucuresti, str. Mitropolit Andrei Saguna nr. 21, sector 1, 012934

Fisch verarbeitende Betriebe

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
1	AR 97	S.C. Seestern S.R.L.	Arad, str. Oituz nr. 51, jud. Arad, 310038
2	BC 1662	S.C. Bonito S.R.L.	Bacau, Str. 22 Decembrie, nr. 38, jud. Bacau, 600374
3	BC 4978	S.C. Salmar Prod S.R.L.	Comanesti, str. 1 Mai, Complex Zavoi, jud. Bacau, 605200
4	BR 184	S.C. Tazz Trade S.R.L.	Tulcea, str. Fata Portului nr. 2, jud. Tulcea, 810529
5	BR 185	S.C. Tazz Trade S.R.L.	Tulcea, str. Fata Portului nr. 2, jud. Tulcea, 810529
6	B 453	S.C. Costiana S.R.L.	Bucuresti, str. Andronache, nr. 11-19, 022527
7	CT 73	S.C. Pescom Company S.R.L.	Navodari, Pod CFR, jud. Constanta, 905700
8	IS 05	S.C. Cordial M.V. S.R.L.	Iasi, sos. Pacurari nr. 153, jud. Iasi, 700544
9	IF 2850	S.C. Sardes Trades Industry S.R.L.	1 Decembrie, sos. Bucuresti-Giurgiu, jud. Ilfov, 077005

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
10	PH 1817	S.C. Divertas S.R.L.	Comuna Fantanele nr. 578, jud. Prahova, 107240
11	TM 4675	S.C. Sabiko Impex S.R.L.	Timisoara, Calea Sagului nr. 141-143, jud. Timis 300514
12	VS 156	S.C. Pescom S.R.L.	Vaslui, str. Garii nr. 4, jud. Vaslui 730232

Milch verarbeitende Betriebe und Milchproduktbetriebe

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
1	AB 641	S.C. Biomilk SRL	Lopadea Noua, Jud. Alba, 517395
2	AB 999	S.C. Albalact SA	Alba Iulia, Jud. Alba, 510200
3	AB 1256	S.C. Binal Mob SRL	Rimetea Jud. Alba, 517610
4	AB 3386	S.C. Lactate C.H. SRL	Sanmiclaus, Jud. Alba, 517761
5	AR 412	S.C. Helvetica Milk SRL	Pecica, Jud. Arad, 317235
6	AR 563	S.C. Silmar Prod SRL	Santana, Jud. Arad, 317280
7	AG 11	S.C. Agrolact Cosesti	Cosesti, Jud. Arges, 115202
8	AG 6	SC Bradet SRL	Bradulet, Jud. Arges, 117147
9	AG 4	S.C. Dincudana SRL	Bradou, Jud. Arges, 117140
10	AG 9	S.C. Instant Eclips	Curtea de Arges, Jud. Arges, 115300
11	AG 5	S.C. Lactag SA Fabrica Costesti	Costesti, Jud. Arges, 115200
12	BC 2519	S.C. Marlact SRL	Buhoci, Jud. Bacau, 607085
13	BC 4759	S.C. Aic Bac SA	Saucesti, Jud. Bacau, 627540
14	L 13	S.C. BI & DI SRL	Negri, Jud. Bacau, 607345
15	BC 5042	S.C. Almera International SRL	Bacau, Jud. Bacau, 600324
16	BC 5219	S.C. Prodsec SRL	Livezi, Jud. Bacau 607285
17	BH 4020	S.C. Moisi Serv Com SRL	Borsa, nr. 8, jud. Bihor, 417431
18	BH 5158	S.C. Biolact Bihor SRL	Paleu, Jud. Bihor, 417166
19	BN 209	S.C. Calatis Group Prod SRL	Bistrita, Jud. Bistrita-Nasaud, 427006
20	BN 2120	SC Eliezer SRL	Lunca Ilvei, Jud. Bistrita-Nasaud, 427125
21	BN 2100	S.C. Bendear Cris Prod Com SRL	Micestii de Campie, Jud. Bistrita-Nasaud, 427160
22	BN 2125	S.C. Sinelli SRL	Milas, Jud. Bistrita-Nasaud, 427165
23	BN 2126	S.C. G&B Lumidan SRL	Rodna, nr. 1196, Jud. Bistrita-Nasaud, 427245
24	BN 2145	S.C. Lech Lacto	Lechinta, Str. Independentei, nr. 387, Jud. Bistrita-Nasaud, 27105
25	BN 2192	S.C. Simcodrin Com SRL	Budesti-Fanate, nr. 122, Jud. Bistrita-Nasaud, 427021
26	BN 2377	S.C. Romfulda SA	Beclean, Jud. Bistrita-Nasaud, 425100
27	BN 2399	S.C. Carmo-Lact Prod SRL	Monor, Jud. Bistrita-Nasaud, 427175
28	BT 8	S.C. General Suhardo SRL	Paltinis, Jud. Botosani, 717295

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
29	BT 11	S.C. Portas Com SRL	Vlasinesti, Jud. Botosani, 717465
30	BT 50	S.C. Pris Com Univers SRL	Flamanzi, Jud. Botosani, 717155
31	BT 55	S.C. Ram SRL	Ibanesti, Jud. Botosani, 717215
32	BT 109	S.C. Lacto Mac SRL	Bucecea, Jud. Botosani, 717045
33	BT 115	S.C. Comintex SRL	Darabani, Jud. Botosani, 715100
34	BT 139	S.C. Milk SRL	Mihai Eminescu, Jud. Botosani, 717252
35	BT 154	S.C. Gerard SRL	Cotusca, Jud. Botosani, 717090
36	BT 263	S.C. Cosmi SRL	Saveni, Jud. Botosani 715300
37	BT 547	S.C. Orizont 2000 SRL	Vorona, Jud. Botosani, 717475
38	BT 572	S.C. Elavel SRL	Vlădeni, Jud. Botosani, 717460
39	BV 8	S.C. Prodlacta SA Homorod	Homorod, Jud. Brasov, 507105
40	BV 2451	S.C. Prodlacta SA Fagaras	Fagaras, Jud. Brasov, 505200
41	BV 2701	S.C. Prodlacta SA Brasov	Brasov, Jud. Brasov, 500001
42	BR 24	S.C. Lacta Prod SRL	Braila, Jud. Braila, 810074
43	BR 65	S.C. Brailact SRL	Braila, Jud. Braila, 810224
44	BR 622	SC Lactas SRL	Ianca, Jud. Braila, 810227
45	BR 36	S.C. Hatman SRL	Vadeni, Jud. Braila, 817200
46	BR 63	S.C. Cas SRL	Braila, Jud. Braila, 810224
47	BR 92	S.C. Nomad SRL	Insuratei, Jud. Braila, 815300
48	BR 121	S.C. Nichifor Com SRL	Faurei, Jud. Braila, 815100
49	BR 356	S.C. Lacto Silcos SRL	Ulmu, Jud. Braila, 817190
50	BR 502	S.C. Sanir Impex SRL	Jirlau, Jud. Braila, 817075
51	BR 581	S.C. Teobir Prod SRL	Judeti, Jud. Braila, 817037
52	BR 616	S.C. Danyan Lact SRL	Tufesti, Jud. Braila, 817185
53	BZ 0591	S.C. Stercu Marinarul Donca SRL	Balta Alba, Jud. Buzau, 127015
54	BZ 0098	SC Meridian Agroind	Ramnicu Sarat, Jud. Buzau, 125300
55	BZ 0627	SC Ianis Cos Lact SRL	C.A. Rosetti, Jud. Buzau, 127120
56	BZ 5615	SC Cristexim 2000 SRL	Valea Salciei, Jud. Buzau, 127665
57	BZ 2296	SC Euroferma SRL	Buzau, Jud. Buzau, 120217
58	BZ 0298	SC Camen Tas SRL	Smeeni, Jud. Buzau, 127595
59	BZ 0593	S.C. Levistar SRL	Cochirleanca, Jud. Buzau, 127190
60	BZ 2012	S.C. Zguras Lacto SRL	Pogoanele, Jud. Buzau, 25200
61	CS 116	SC Fabrica de Produse Lactate	Oravita, Jud. Caras Severin, 325600
62	CL 0044	S.C. Ianis Dim SRL	Lehliu Gară, Jud. Calarasi, 915300
63	CL 0120	S.C. Marys Lux SRL	Lehliu, Sapunari, Jud. Calarasi, 917150
64	CL 0132	S.C. Lio Prest SRL	Călărași, Jud. Calarasi, 910040
65	CL 0368	S.C. Lacto GMG SRL	Jegalia, Jud. Calarasi, 917145
66	CJ 560	S.C. Napolact SA	Taga, Jud. Cluj, 407565
67	CJ 739	S.C. Napolact SA	Cluj-Napoca, Jud. Cluj, 400236

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
68	CJ 956	SC Remido Prodcum SRL	Panticeu, Jud. Cluj, 407445
69	L 61	SC Napolact SA	Huedin, Jud. Cluj, 405400
70	CJ 41	SC Kazal SRL	Dej, Jud. Cluj, 405200
71	CJ 7584	SC Aquasala SRL	Bobalna, Jud. Cluj, 407085
72	CJ 7879	SC Comlact SRL	Corusu, Jud. Cluj, 407056
73	CJ 4185	SC Bonas Import Export SRL	Dezmir, Jud. Cluj, 407039
74	CT 04	SC Lacto Baneasa SRL	Baneasa, Jud. Constanta, 907035
75	CT 37	SC Niculescu Prod SRL	Cumpana, Jud. Constanta, 907105
76	CT 15	SC Nic Costi Trade SRL	Dorobantu, Jud. Constanta, 907211
77	CT 30	SC Eastern European Foods SRL	Mihail Kogalniceanu, Jud. Constanta, 907195
78	CT 335	SC Multicom Grup SRL	Pantelimon, Jud. Constanta, 907230
79	CT 329	SC Muntina SRL	Constanta, Jud. Constanta, 900735
80	CT 299	SC Nascu SRL	Indepenta, Jud. Constanta, 907145
81	CT 294	SC Suflaria Import Export SRL	Cheia, Jud. Constanta, 907277
82	CT 225	S.C. Mih Prod SRL	Cobadin, Jud. Constanta, 907065
83	CT 227	S.C. Theo Mihail SRL	Lipnita, Jud. Constanta, 907165
84	CT 256	S.C. Ian Prod SRL	Targusor, Jud. Constanta, 907275
85	CT 258	S.C. Bincio Lact SRL	Sacele, Jud. Constanta, 907260
86	CT 311	S.C. Alltocs Market SRL	Pietreni, Jud. Constanta, 907112
87	CT 11988	S.C. Lacto Baron SRL	Harsova, Str. Plantelor nr. 44, Jud. Constanta, 905400
88	CT 12201	S.C. Lacto Moni SRL	Vulturul, Jud. Constanta, 907305
89	CT 12203	S.C. Lacto Genimico SRL	Harsova, Jud. Constanta, 905400
90	CT 331	S.C. Lacto Stil S.R.L.	Ovidiu, Jud. Constanta, 905900
91	CV 56	SC Milk Com SRL	Saramas, Jud. Covasna, 527012
92	CV 2451	SC Agro Pan Star SRL	Sfantu Gheorghe, Jud. Covasna, 520020
93	L9	SC Covalact SA	Sfantu Gheorghe, Jud. Covasna, 520076
94	CV 23	S.C. MBI SRL	Chichis, Jud. Covasna, 527075
95	CV 688	S.C. Meotis SRL	Ilieni, Jud. Covasna, 527105
96	CV 1717	S.C. Golf SRL	Ghidfalau, Jud. Covasna 527095
97	DB 716	S.C. Marion Invest SRL	Cranguri, Jud. Dambovita, 137170
98	DJ 80	S.C. Duvadi Prod Com SRL	Breasta, Jud. Dolj, 207115
99	DJ 730	S.C. Lactido SA	Craiova, Jud. Dolj, 200378
100	GL 4136	S.C. Galmopan SA	Galati, Jud. Galati, 800506
101	GL 4432	S.C. Lactoprod Com SRL	Cudalbi, Jud. Galati, 807105
102	GR 5610	S.C. Lacta SA	Giurgiu, Jud. Giurgiu, 080556
103	GJ 231	S.C. Sekam Prod SRL	Novaci, Jud. Gorj, 215300
104	GJ 2202	S.C. Arte Import Export	Tg. Jiu, Jud. Gorj, 210112
105	HR 383	S.C. Lactate Harghita SA	Cristuru Secuiesc, Jud. Harghita, 535400

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
106	HR 166	SC Lactopan SRL	Mujna, Jud. Harghita, 537076
107	HR 70	S.C. Primulact SRL	Miercurea Ciuc, Jud. Harghita, 530242
108	HR 119	S.C. Bomilact SRL	Mădăraș, Jud. Harghita, 537071
109	HR 213	S.C. Paulact SA	Mărtiniș, Harghita, 537175
110	HR 625	S.C. Lactis SRL	Odorheiu Secuiesc, Harghita, 535600
111	HD 1014	S.C. Sorilact SA	Risculita, Jud. Hunedoara, 337012
112	IL 0270	S.C. Five Continents SRL	Fetesti, Jud. Ialomita, 925100
113	IL 0569	S.C. Electrotranscom SRL	Balaciu, Jud. Ialomita, 927040
114	IL 0750	S.C. Balsam Med SRL	Țândărei, Jud. Ialomita, 925200
115	IL 1127	S.C. Sami Ian, SRL	Grindu, Jud. Ialomita, 927140
116	IL 1167	S.C. Sanalact SRL	Slobozia, Jud. Ialomita, 920002
117	IS 1012	S.C. Agrocom S.A.	Strunga, Jud. Iasi, 707465
118	IS 1540	S.C. Promilch S.R.L.	Podu Iloaiei, Jud. Iasi, 707365
119	IS 2008	S.C. Romlacta S.A.	Pascani, Jud. Iasi, 705200
120	IF 3260	S.C. DO & DO SRL	Pantelimon, Jud. Ilfov, 077145
121	IF 3299	SC Natural Farm Int SRL	Gruiu, Jud. Ilfov, 077115
122	IF 2944	S.C. Zarone Comimpex SRL	Voluntari, Jud. Ilfov, 077190
123	MM 793	SC Wromsal SRL	Satulung, Jud. Maramures 437270
124	MM 807	SC Roxar SRL	Cernesti, Jud. Maramures, 437085
125	MM 6325	SC Ony SRL	Larga, Jud. Maramures, 437317
126	MM 1795	S.C. Calitatea SRL	Tautii Magheraus, Jud. Maramures, 437349
127	MM 4547	S.C. De Luxe SRL	Salsig, nr. 196, Jud. Maramures, 437300
128	MM 4714	S.C. Saturil SRL	Giulesti, Jud. Maramures, 437162
129	MM 6413	S.C. Multilact SRL	Baia Mare, Jud. Maramures, 430015
130	MH 1304	S.C. IL SA Mehedinti	Drobeta Turnu Severin, Jud. Mehedinti, 220167
131	MS 142	S.C. Indlacto SRL	Targu Mures, Jud. Mures, 540374
132	MS 948	SC Teodor Suciul SRL	Gurghiu, Jud. Mures, 547295
133	MS 207	S.C. Mirdatod Prod S.R.L	Ibanesti, Jud. Mures, 547325
134	MS 231	S.C. Lintuca Prodcum S.R.L	Breaza, Jud. Mures, 547135
135	MS 293	S.C. Sanlacta S.A.	Santana de Mures, Jud. Mures, 547565
136	MS 297	S.C. Rodos S.R.L	Faragau, Jud. Mures, 547225
137	MS 483	S.C. Heliantus Prod	Reghin, Jud. Mures, 545300
138	MS 532	S.C. Horuvio Service SRL	Lunca Santu, Jud. Mures, 547375
139	MS 618	S.C. I.L. Mures S.A.	Targu Mures, Jud. Mures, 540390
140	MS 913	S.C.Lactex Reghin S.R.L	Solovastru, Jud. Mures, 547571
141	MS 2462	S.C. Lucamex Com SRL	Gornesti, Jud. Mures, 547280
142	MS 4217	S.C. Agrotranscomex S.R.L	Miercurea Nirajului, Jud. Mures, 547410
143	MS 5554	S.C. Globivetpharm S.R.L	Batos, Jud. Mures, 547085
144	NT 189	S.C. 1 Decembrie SRL	Targu Neamt, Jud. Neamt, 615235

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
145	NT 247	S.C. Rapanu SR. COM SRL	Petricani, Jud. Neamt, 617315
146	NT 313	S.C. Prod A.B.C. Company SRL	Grumazesti, Jud. Neamt, 617235
147	L10	SC Dorna SA	Targu Neamt, Jud. Neamt, 615200
148	L12	S.C. Camytex Prod SRL	Targu Neamt, Jud. Neamt, 615200
149	L6	S.C. Lacta Han Prod SRL	Urecheni, Jud. Neamt, 617490
150	NT 900	S.C. Complex Agroalimentar SRL	Bicaz, Jud. Neamt, 615100
151	NT 556	S.C. Stefanos SRL	Trifesti, Jud. Neamt, 617475
152	NT 241	S.C. Pro Com Pascal SRL	Pastraveni, Jud. Neamt, 617300
153	NT 607	S.C. D. A. Secuieni	Secuieni, Jud. Neamt, 617415
154	NT 1047	S.C. Supercoop SRL	Targu Neamt, Jud. Neamt, 615200
155	NT 37	S.C. Conf Prod Vidu S.N.C.	Cracaoani, Jud. Neamt, 617145
156	PH 6064	S.C. Alto Impex SRL	Busteni, Jud. Prahova, 105500
157	PH 6448	SC Rusara Procom SRL	Valea Calugareasca, Jud. Prahova, 107620
158	PH 212	S.C. Vitoro SRL	Ploiesti, Jud. Prahova, 100537
159	PH 3868	S.C. Micolact SRL	Mizil, Jud. Prahova, 105800
160	PH 4625	S.C. Palex 97 SRL	Ciorani, Jud. Prahova, 107155
161	SJ 52	SC Sanolact Silvania SRL	Maieriste, Jud. Salaj, 457652
162	SJ 240	Societatea Agricola Bodia	Bodia, nr. 108, Jud. Salaj, 457051
163	SJ 282	S.C. Calion SRL	Jibou, nr. 39, Jud. Salaj, 455200
164	SM 3676	S.C. Friesland România SA	Satu Mare, Jud. Satu Mare, 440122
165	SM 3876	S.C. Schwaben Molkerei	Carei, Jud. Satu Mare, 445100
166	SM 4038	S.C. Buenolact SRL	Satu Mare, Jud. Satu Mare, 440089
167	SM 4189	S.C. Primalact SRL	Satu Mare, Jud. Satu Mare, 440089
168	SB 1134	S.C. Valirom SRL	Smig, Jud. Sibiu, 557024
169	SB 2706	S.C. Tom Sib SRL	Alamor, Jud. Sibiu, 557121
170	SV 1085	S.C. Bucovina SA Falticeni	Falticeni, Jud. Suceava, 725200
171	SV 1176	S.C. Tudia SRL	Gramesti, Jud. Suceava, 727285
172	SV 1205	S.C. Pro Putna SRL	Putna, Jud. Suceava, 727455
173	SV 1562	S.C. Bucovina SA Suceava	Suceava, Jud. Suceava, 720290
174	SV 1888	S.C. Tocar Prod SRL	Fratautii Vechi, Jud. Suceava, 727255
175	SV 2070	S.C. Balaceana SRL	Ciprian Porumbescu, Jud. Suceava, 727125
176	SV 3834	S.C. Niro Serv Com SRL	Gura Humorului, Jud. Suceava, 725300
177	SV 4540	S.C. Kinetas SRL	Boroaia, Jud. Suceava, 727040
178	SV 4909	S.C. Zada Prod SRL	Horodnic de Jos, Jud. Suceava, 727301
179	SV 5386	S.C. Gapa Lact SRL	Dolhesti, Jud. Suceava, 727180
180	SV 5398	S.C. Chitriuc Impex SRL	Balcauti, Jud. Suceava, 727025
181	SV 5614	S.C. Cozarux SRL	Suceava, Jud. Suceava, 720158
182	SV 6101	S.C. Prodal Holding SRL	Vatra Dornei, Jud. Suceava, 725700
183	SV 6118	S.C. Real SRL	Patrauti nr. 21, Jud. Suceava, 727420

Nr.	Veterinärkontrollnummer	Name des Betriebs	Adresse des Betriebs
184	SV 6159	S.C. Ecolact SRL	Milisauti, Jud. Suceava, 727360
185	SV 6322	S.C. Aida SRL	Bilca, Jud. Suceava, 727030
186	SV 6356	S.C. Colacta SRL	Sadova, Jud. Suceava, 727470
187	SV 737	S.C. Cavior SRL	Forasti, Jud. Suceava, 727235
188	SV 5355	SC Lacto Zaharia	Frumosu, Jud. Suceava, 727260
189	L14	SC Dorna Lactate SA	Vatra Dornei, Jud. Suceava, 725700
190	SV 6394	SC Martin's European Food Products Comimpex SRL	Bosanci, Jud. Suceava, 727045
191	L62	SC Camy Lact SRL	Panaci, Jud. Suceava, 727405
192	TR 78	SC Interagro SRL	Zimnicea, Jud. Teleorman, 145400
193	TR 27	S.C. Violact SRL	Putineiu, Jud. Teleorman, 147285
194	TR 81	S.C. Big Family SRL	Videle, Jud. Teleorman, 145300
195	TR 239	S.C. Comalact SRL	Nanov, Jud. Teleorman, 147215
196	TR 241	S.C. Investrom SRL	Sfintesti, Jud. Teleorman, 147340
197	TM 5254	S.C. Simultan SRL	Orțișoara, Jud. Timiș, 307515
198	TM 6014	S.C. Friesland Romania SA	Deta, Jud. Timis, 305200
199	TL 661	S.C. Bioaliment SRL	Macin, Jud. Tulcea, 825300
200	TL 908	S.C. Favorit SRL	Stejaru, Jud. Tulcea, 827215
201	TL 855	SC Deltalact SA	Tulcea, Jud. Tulcea, 820013
202	TL 965	SC Minerii SRL	Minerii, Jud. Tulcea, 827211
203	TL 005	SC Toplact SRL	Topolog, Jud. Tulcea, 827220
204	TL 1328	SC Izacos Lact SRL	Topolog, Jud. Tulcea, 827220
205	VN 231	S.C. Vranlact SA	Focsani, Jud. Vrancea, 620122
206	VN 348	S.C. Stercus Lacto SRL	Ciorasti, Jud. Vrancea, 627082
207	VN 35	SC Monaco SRL	Vrâncioaia, Jud. Vrancea, 627445“

III

(In Anwendung des EU-Vertrags erlassene Rechtsakte)

IN ANWENDUNG VON TITEL V DES EU-VERTRAGS ERLASSENE
RECHTSAKTE

BESCHLUSS DES POLITISCHEN UND SICHERHEITSPOLITISCHEN KOMITEES BiH/11/2007

vom 25. September 2007

zur Ernennung eines EU-Befehlshabers des Einsatzkontingents für die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina

(2007/711/GASP)

DAS POLITISCHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE KOMITEE —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 25 Absatz 3,

gestützt auf die Gemeinsame Aktion 2004/570/GASP des Rates vom 12. Juli 2004 über die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit Artikel 6 der Gemeinsamen Aktion 2004/570/GASP hat der Rat das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) ermächtigt, weitere Beschlüsse zur Ernennung des EU-Befehlshabers des Einsatzkontingents zu fassen.
- (2) Am 27. Juni 2006 hat das PSK den Beschluss BiH/9/2006 ⁽²⁾ angenommen, mit dem Konteradmiral Hans-Jochen WITTHAUER zum EU-Befehlshaber des Einsatzkontingents für die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina ernannt wurde.
- (3) Der Befehlshaber der EU-Operation hat empfohlen, Generalmajor Ignacio MARTIN VILLALAIN zum neuen EU-Befehlshaber des Einsatzkontingents für die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina zu ernennen.
- (4) Der EU-Militärausschuss hat diese Empfehlung unterstützt.
- (5) Gemäß Artikel 6 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen

Gemeinschaft beigefügten Protokolls über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Ausarbeitung und Durchführung von Beschlüssen und Maßnahmen der Europäischen Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben.

- (6) Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 12./13. Dezember 2002 in Kopenhagen eine Erklärung angenommen, wonach die „Berlin-plus“-Vereinbarungen und ihre Umsetzung nur für diejenigen EU-Mitgliedstaaten gelten, die auch entweder NATO-Mitglieder oder Vertragsparteien der „Partnerschaft für den Frieden“ sind und die dementsprechend bilaterale Sicherheitsabkommen mit der NATO geschlossen haben —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Generalmajor Ignacio MARTIN VILLALAIN wird zum EU-Befehlshaber des Einsatzkontingents für die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina ernannt.

Artikel 2

Dieser Beschluss wird am 4. Dezember 2007 wirksam.

Geschehen zu Brüssel am 25. September 2007.

*Im Namen des Politischen und
Sicherheitspolitischen Komitees*

Der Vorsitzende

C. DURRANT PAIS

⁽¹⁾ ABl. L 252 vom 28.7.2004, S. 10.

⁽²⁾ ABl. L 196 vom 18.7.2006, S. 25.